

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gerald K. Zschorsch
Nirgendwo zu Hause
Eine Jugend in der DDR

Jörg Bernhard Bilke
Die verdrängte Wirklichkeit
DDR-Literatur unter
Erich Honecker 1971-1978

Karl Schmitt
Zur Wirksamkeit
der politischen Erziehung in der DDR

Heinz Theisen
Bibliographie
zu den Ereignissen des 17. Juni 1953

ISSN 0479-611 X

B 23/78
10. Juni 1978

Gerald K. Zschorsch, geb. 1951 in Elsterberg/Vogtland. Wegen der Verteilung von Flugschriften, die den Einmarsch der Volksarmee in die Tschechoslowakei im Mai 1968 verurteilten, Verhaftung und eine Jugendstrafe von 18 Monaten; danach Abitur und Arbeit am Theater in Plauen. Während dieser Zeit schriftstellerisch tätig, jedoch keine Möglichkeit zur Publikation. Im August 1972 erneut verhaftet und zu fünfeinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Berufung wurde das Urteil vom Obersten Gericht der DDR auf vier Jahre reduziert. Bis Dezember 1974 in Haft und dann Landesverweis; lebt heute in Hessen.

Veröffentlichungen u. a.: *Glaubt bloß nicht, daß ich traurig bin* (Prosa und Lyrik), Berlin 1977; zahlreiche Publikationen in Zeitungen und Zeitschriften sowie Rundfunksendungen.

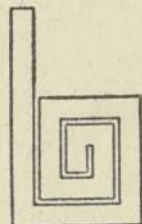
Jörg Bernhard Bilke, Dr. phil., geb. 1937 in Berlin, Studium der Literaturwissenschaft in West-Berlin und Mainz. Als Mitarbeiter der Mainzer Studentenzeitung „nobis“ auf der Leipziger Buchmesse 1961 verhaftet und wegen „staatsgefährdender Hetze“ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt; im Sommer 1964 freigekauft. Gastdozentur 1972/73 am „Institute of German Studies“ in Bloomington. 1972 Gründung des „Archivs für DDR-Literatur und DDR-Germanistik“ (Bonn). 1975/77 wiss. Mitarbeiter der Ost-Akademie in Lüneburg, seit 1976 Mitarbeiter der „Welt“ in Bonn.

Veröffentlichungen u.a.: *Troglodytische Jahre. Meine Jugend in Deutschland. Autobiographischer Bericht*, Mainz 1965/66; *Die zweite deutsche Literatur*, Bonn 1969²; *Auf den Spuren der Wirklichkeit. DDR-Literatur: Traditionen, Tendenzen, Möglichkeiten*, Stuttgart 1969; *Die Germanistik in der DDR: Literaturwissenschaft in gesellschaftlichem Auftrag*, Stuttgart 1971; *Zwischen Bürgerlichkeit und revolutionärem Auftrag. Die frühe Prosa der Anna Seghers*, Worms 1978.

Karl Schmitt, Dr. phil., geb. 1944; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Romanistik in Bonn, Toulouse, Freiburg, Ann Arbor/Michigan; Assistent am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg und Mitarbeiter des Arnold-Bergstraesser-Instituts.

Veröffentlichungen: *Staat und Kirche in Äthiopien*, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), *Africana Collecta II*, Düsseldorf 1971; *Education and Politics in the GDR*, in: *Comparative Education Review*, 1/1975; *Funktionswandel der Bildung zwischen Sozialisation und Allokation*, in: Theodor Hanf (Hrsg.), *Funkkolleg Sozialer Wandel*, Weinheim/Basel 1975; *Politische Erziehung in der DDR* (i. E.).

Heinz Theisen, geb. 1954 in Langenfeld; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Vorwort der Redaktion

Eindringlicher als wissenschaftliche Analysen vermögen oft biographische Selbstzeugnisse über den Zustand eines Gemeinwesens Aufschluß zu geben. Die so vermittelten Erfahrungen der älteren wie der heranwachsenden Generation können dabei — entsprechend den Zeitumständen — jeweils recht verschieden sein; sie ähneln sich jedoch insofern, als für beide Generationen bestimmte Daten zu Schlüsselerlebnissen wurden. In der Nachkriegszeit sind dies für unseren Raum u. a. der 17. Juni 1953, der Ungarnaufstand 1956, der Mauerbau vom 13. August 1961 sowie der Einmarsch in die Tschechoslowakei am 21. August 1968.

Für die jüngere Generation ist der 17. Juni 1953 nach 25 Jahren bereits ein Stück nicht mehr selbsterlebter Zeitgeschichte. Für sie wurde — und das ist in zahlreichen Äußerungen z. B. von Schriftstellern aus der DDR nachzulesen — der Mauerbau und der Einmarsch in die Tschechoslowakei zum Prüfstein der DDR-Realität. Wie sich der gewalttätig-ideologische Durchsetzungswille des SED-Staats auf einen nicht angepaßten Jugendlichen auswirkt, ist den Aufzeichnungen von Gerald K. Zschorsch (Jahrgang 1951) zu entnehmen, der es jedoch nach seiner Abschiebung in die Bundesrepublik wegen der emotionalen Kälte unserer Gesellschaft sowie materieller Existenznöte auch hier nicht länger auszuhalten vermag. — Den erzwungen-freiwilligen Wechsel von Schriftstellern aus der DDR in die Bundesrepublik sowie ihre literarische Verarbeitung des Widerspruchs zwischen Propaganda und Wirklichkeit dokumentiert Jörg Bernhard Bilke, selber als westdeutscher Publizist mehrere Jahre in DDR-Gefängnissen inhaftiert. Über die zwangsläufig nicht ausbleibenden Wirkungen der SED-Propaganda auf die Schuljugend berichtet Karl Schmitt überwiegend anhand empirischen Materials aus der DDR.

Gerald K. Zschorsch
Nirgendwo zu Hause
Eine Jugend in der DDR

Geboren wurde ich, als meine Mutter mich schon längst vergessen hatte.

Ich gehörte einer Generation ohne Geschichte an. Vom Zweiten Weltkrieg verschont und von der Hungersnot danach ausgespart, blieben uns nicht einmal negative Erinnerungen. Wir hatten nichts, woran wir uns hätten orientieren können. So fing das alles an.

Daß mein Geburtsort in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone lag, war reiner Zufall. Die Amerikaner hatten das Stück Vogtland gegen ein Fleckchen Berlin eingetauscht. Mein Vater war durch die Nazis Invalide geworden und meine Mutter war auf der Suche nach einer Karriere.

Ich wuchs auf, ordentlich und einigermaßen wohl behütet. Meine Eltern hatten wenig Zeit für mich, und so gab es andere, die sich um mich kümmerten. Als Sechsjähriger schenkte mir ein Sowjetsoldat eine Eiswaffel; an sein Gesicht kann ich mich heute noch erinnern. Dann kam die Schule.

Es fiel mir schwer, mich unterzuordnen, weil ich es nie gelernt hatte. Und so machte ich dieses Manko durch meine schulischen Leistungen wieder wett. Das klappte ganz gut, man ließ mich auch ansonsten zufrieden und zwang mich nie, in irgendeine Organisation einzutreten. Ich hätte es auch nicht gewollt. Es fehlte mir der Sinn und die Einsicht, mich in Haufen zusammenzuschließen. Das hat man mir später oft genug vorgeworfen:

Die Hose

„Na Mensch, das gib'ts doch nicht! Wegen der Hose?“

„Ja, weiter war nichts!“

„Da ruf ich gleich mal an, der Genosse Erturt macht da Sachen ... Erzähl mal, wie war das. Und das vor der ganzen Schule, konnte er dir das nicht allein sagen oder mich anrufen?“

„Vortreten mußte ich, beim Fahnenappell, und der Direktor fragte, was das soll, Blauhemd und Jeans. In einer sozialistischen Oberschule gebe es so etwas nicht! Und überhaupt wäre mein Verhalten ihm schon lange aufgefallen.“

„Er hat mir nie etwas davon gesagt, auch gestern auf der Sitzung nicht. Er hätte doch was sagen können.“

„Ja, weiß ich nicht.“

„Und dann?“

„Ich soll eine Stellungnahme dazu schreiben und sie ihm geben.“

„Was willst Du da schreiben?“

„Na, daß ich die Hosen praktisch finde und du nichts dagegen hast.“

„Das geht nicht, laß das mal, ich rufe ihn an, und kläre das. Es gibt viel Wichtigeres als diese Jeans“, sagte sie, und wählte eine Nummer.

Im Spiegel runzelte sie ihre Stirn. Es war das Runzeln einer Jugendrichterin der Deutschen Demokratischen Republik.

Meiner Mutter.

Es lief wirklich alles normal, und so wäre es auch sicher geblieben, hätte es nie den Prager Frühling gegeben. Mein Onkel hatte mich von zu Hause weggeholt, um sich um meine Erziehung zu kümmern. Er war Bürger der Tschechoslowakei und in Plauen am Theater engagiert. Durch ihn lernte ich Prag kennen und dann später fast das ganze Land. Ich habe ihm sehr viel zu verdanken. Während meiner Anwesenheit in Prag, im Frühjahr 1968, merkte ich, daß diese Menschen ganz anders waren als sonst. Sie führten auf den Straßen Diskussionen und unterhielten sich in Cafés über die Tische hinweg. Das hatte ich in der DDR noch nirgends bemerkt. Es war, wie soll ich sagen, ein wunderbares Gefühl. Mehr verstand ich nicht, denn obwohl ich mich damals schon mit Marxismus beschäftigt hatte, fehlte mir der Durchblick, was wahrscheinlich in erster Linie an meinem Alter lag. Ich war damals siebzehn Jahre.

Angeregt durch meinen Onkel und bedingt durch mein Interesse an Literatur, hatte ich schon angefangen, einiges zu schreiben. Es waren kleine Texte und Gedichte. Hier und da ein winziger Aufsatz über Literatur. Bei verschiedenen Bekannten hörte ich Bänder von Wolf Biermann. Ich habe mir nie vorstellen können, daß er in Ost-Berlin zuhause war. Es war einfach eine andere Welt für mich als die, die ich bis dahin erlebt hatte. Die Tschechoslowakei war auch ganz anders: Ich glaube, ich stand damals zwischen zwei Welten, die beide für mich neu waren. Mein altes

DDR-Bild war angekratzt, und zwar ganz schön; und das neue Bild, von einer besseren Gesellschaft, hatte ich noch nicht verstanden. Ich besorgte mir alle möglichen Bücher, um mit diesem neuen Zustand für mich fertig zu werden:

Transit

- „Kommst du morgen früh mit?“
„Ich denk schon. Du mußt aber am Fenster klopfen, mein Bruder hat den Wecker.“
„Klar, mach ich.“
„Aber nicht wie das letzte Mal, da ist meine Mutter aufgewacht, und ich konnte nicht weg.“
„Nein, ich mach schon leise.“
„Hebst du verschiedene Artikel überhaupt auf?“
„Ja, aber nur bestimmte, auch bloß die vollständigen. Könnten die ‚Westler‘ nicht mal ganze Zeitungen wegschmeißen? Immer diese halben Sachen und dann noch verklebt oder voller Kaugummi.“
„Na ja, die wissen es ja nicht, daß wir früh um halb sechs auf der Autobahn die Papierkörbe leeren.“
„Könnten sie aber.“
„Wie denn?“
„Wir können ihnen ja mal einen Zettel an den Papierkorb machen — Bitte nur ganze und saubere Zeitungen wegschmeißen!“

Es hat alles nichts geholfen. Was in den Büchern stand, wußte ich schon; etwas Neues konnte ich da auch nicht entdecken, und so quälte ich mich mit meinen Zweifeln herum.

Einmal fiel mir die Strophe eines Liedes ein, das ich gleich zu Beginn des ersten Schuljahres gelernt hatte:

„Im Kremfenster brennt noch Licht,
der große, weise Stalin schläft noch nicht.“

Und ich erinnerte mich, wie man in Plauen aus einem Stalinpavillon eine öffentliche Bedürfnisanstalt gemacht hatte. Aber war der Mann denn damit vergessen, waren denn auch seine Jünger gestorben?

Bei einem Gespräch in Prag spuckte ein Bekannter meines Onkels bei dem Namen Stalin auf den Fußboden und stieß wilde, böhmische Flüche aus.

Ich kapierte langsam, sehr langsam — und dann fand ich auch noch, um das Chaos, das in mir war, zu vergrößern, in der hintersten Buchreihe des Bücherschranks meines Onkels ein

Buch, das schlicht und einfach hieß „Stalins Verbrechen“. Es war von einem Manne, von dem ich nie etwas gehört hatte: Leo Trotzki. Ich las es in zwei Nächten aus und war am Ende. Mein ganzes Bild über das Vaterland aller Werktätigen, die Sowjetunion, war zunichte. Und was war nun mit der DDR, mit dem Land, in welchem ich erzogen und aufgewachsen war?

Die Antwort kam von allein.

In der Nacht vom 20. zum 21. August besetzten die Truppen des Warschauer Vertrages das Territorium der Tschechoslowakei. Auch DDR-Truppen überschritten die Grenze. Mein innerer Zwiespalt hatte sich von allein aufgehoben. Ich brauchte mich nicht mehr zu entscheiden:

Die Fahne

„Ach so ist das! Wo haben Sie diese Fahne her?“

„Eine idiotische Frage, denn in jedem Warenhaus kann man Fahnen der sozialistischen Bruderländer kaufen. Auch die Fahne der Tschechoslowakei.“

„Und die haben sie da einfach gekauft? Einfach so? Oder aus einem bestimmten Grund?“

„Natürlich habe ich sie ‚einfach so‘ nicht gekauft, sondern weil man an bestimmten Tagen, in bestimmten Häusern einfach flaggen muß. Und unser Haus war ein solches.“

„War denn im August ein ‚solcher Tag‘?“

„Na klar! Ich habe zu Hause und in der Schule gelernt, daß man auf bestimmte herausragende politische Ereignisse in einer bestimmten Form reagiert. Und am 21. August 1968 habe ich geflaggt.“

„Was war das denn für ein herausragendes Ereignis?“

„Ich habe es in den Geschichtsbüchern gelesen. Im Jahre 1938. Ein Verbrechen der Deutschen, der Einmarsch in die CSSR.“

„Da haben Sie Recht, wirklich ein Verbrechen. Aber jetzt zur Sache, warum haben Sie geflaggt?“

„Wegen dem gleichen, dreißig Jahre später, mit anderen zusammen.“

„Was?“

„Wieder der Einmarsch.“

„Was heißt hier ‚Einmarsch‘? Hille, brüderliche Hille unserer Armeen für das tschechoslowakische Volk.“

„Einmarsch kann auch ‚Hille‘ sein.“

„Das sagte ich doch.“

„Fragt sich bloß, für wen?“

„Na, für das tschechoslowakische Volk, oder wie?“

„Ich meine, für die Konterrevolution.“

„Was? In welche Schule gehen Sie?“ —

Dann habe ich sie gesehen, in ihren Uniformen und mit verbissenen Gesichtern. Die Bürgersteige wurden zur Seite gedrückt, wenn sie mit ihren Panzern um die Ecken bogen. Und ich dachte an das Jahr achtunddreißig, ein Verbrechen der Deutschen, der Einmarsch in die Tschechoslowakei. Dreißig Jahre später waren sie wieder mit dabei.

Ich habe mich so geschämt. Was sollten denn meine Freunde in Prag von mir denken. Ich war ja ein Deutscher. Es mußte doch irgend etwas passieren, es reichte doch nicht, die Augen niederzuschlagen.

In der Innenstadt habe ich dann Gedichte von mir verteilt; es ist sehr schade, ich kenne ihren Wortlaut nicht mehr. Es ist ja nun schon wieder zehn Jahre her, seit diesem großartigen Versuch in der Tschechoslowakei, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu errichten. Diese Gedichte waren bestimmt keine Meisterleistung, aber ich mußte doch etwas sagen, mußte mich doch äußern, daß ich gegen diese Okkupation war und für die Souveränität dieses wunderbaren Landes mit seinen Menschen.

Die Reaktion auf das Verteilen meiner Flug-schriften war sehr gespalten. Die einen wußten gar nichts von dem Einmarsch, die anderen behaupteten, die NATO wäre zuerst einmarschiert und jetzt würden unsere Truppen sie wieder vertreiben. Welch ein Hohn! Nur ganz wenige drückten mir die Hand und sagten: „Richtig, Junge, jetzt macht ihr endlich einmal was Vernünftiges, ihr seid doch die Freie Deutsche Jugend.“ Sehr lange hat alles nicht gedauert; ein Auto fuhr vor, und ich wurde gebeten, einzusteigen. Es waren die Herren aus der Gartenstraße, die Herren vom Ministerium für Staatssicherheit, kurz „Stasi“ genannt.

Sie waren nicht höflich, nein, sie waren brutal.

Erst zerrten und zogen sie an mir, dann sperrten sie mich in einen fensterlosen Keller, und dann war ich auch schon verhaftet. Wie schnell so was alles geht.

In einem Schnellverfahren wurde ich zu achtzehn Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Da

ich noch jugendlich war, kam für mich nur das Jugendgefängnis in Frage. Davon gibt es einige in der DDR: Torgau (Fischerinsel), Gräfentonna, Ictershausen, Luckau, Rasnitz bei Leipzig und noch andere Lager, in die man uns Kinder, fast kahlgeschoren, einsperrte.

Ich hatte mir bis dahin so etwas nie vorstellen können; ich hatte noch nie erlebt, wozu Jugendliche fähig sein können, wenn man sie einsperrt. Aus kleinen Dieben wurden Verbrecher. Die Brutalität des Systems übertrug sich auf die Psyche Minderjähriger:

Selbsterziehung

„Wo warst Du heute Vormittag? Eure ganze Zelle mußte doch zum VO?“ *)

„Du, da ist eine Sauerei passiert! Der kleine Mecklenburger, weißt Du, der neu zu uns gekommen ist, den haben sie gestern Nacht ‚angezündet‘. Harry mußte wieder ‚beweisen‘, daß er der ‚Chef‘ vom Kommando ist und hat den Kleinen zuerst in die Mangel genommen. Du weißt ja, das Übliche! ‚Fischköpfe‘ sind Scheißkerle, fressen nur Fisch und Rüben, ‚Flachlandbewohner‘, die nicht lesen und schreiben können, usw. Das hat der Kleine sich nicht gefallen lassen und meinte, Harry sei nicht viel besser, und daß es keine Kunst wäre, alten Omas die Handtaschen zu stehlen und ihnen dann noch mit einem Stein auf den Kopf zu schlagen.“

„Das hat Harry getroffen.“

„Das kannst Du aber glauben. Und wie! Er ging auf den Mecklenburger los, schlug ihn mit dem Gesicht gegen den Schrank und sagte grinsend: ‚Warte ab, heute Nacht...‘“

„Und dann?“

„Nach dem Einschluß haben er und seine zwei Gorillas den Kleinen aus dem Bett geholt, zwei Schläge in den Magen, einen in die Fresse, und dann haben sie ihn auf das Klo gestellt. Du, der hatte wahnsinnige Angst.“

„Und dann?“

„Haben sie in das Klo Becken Zeitungen gelegt und mit Bohnerwachs beschmiert. Einer hat dem Kleinen den Mund zugehalten und dann haben sie das Zeug angezündet. Es gab eine Stichflamme und der Kleine wollte vom Klo runter. Sie haben ihn festgehalten und mit einmal blieb er dann auch von allein ste-“

*) VO = Verbindungsoffizier für besondere Angelegenheiten vom Ministerium des Innern (Gefängnisverwaltung) zum Ministerium für Staatssicherheit. Er ist für alle besonderen Vorfälle, die in einer Anstalt geschehen, verantwortlich.

hen und schaute auf seine Oberschenkel, an denen die Haut anfang zu platzen. Wimmernd kroch er später in sein Bett. Früh konnte er nicht aufstehen, und als ihm der Wärter die Decke wegzog, sah er auch, warum. Und deshalb waren wir dann alle gleich beim VO."

"Und ihr habt alle zugeschaut, keiner hat ihm geholfen?"

"Du, ich bin doch nicht verrückt, wenn du was sagst, bist du nächste Nacht in der gleichen Lage, und dir hilft auch keiner. So etwas nennt man hier ‚Selbsterziehung!‘"

Da stand ich also im Innenhof und sah, wie eine Gruppe von vielleicht zwanzig bis dreißig Jugendlichen im Exerzierschritt an mir vorüberzogen.

Sie hatten dunkle Kleidung an, eine Art Kadettenuniform und auf dem Kopf ein dunkles Käppi. Ihr Haarschnitt, insofern man ihn unter der Kopfbedeckung noch erkennen konnte, war fürchterlich. Die Ohren stachen gegen den Himmel wie Flügel.

Ich glaube, selbst die Preußen hätten da nicht mitgemacht. Und das alles war auf einem Kopf, dessen Gesicht bleich, verständnislos, listig, abgestumpft und kalt sich ausdrückte. Es war ein grauenhafter Anblick.

Ich hatte noch meine Zivilsachen an, und so sah ich aus wie ein Exot. In wenigen Minuten war aber auch das vorbei. Da war ich dann einer unter vielen. Nur meine frische Gesichtsfarbe ließ mich die ersten Tage noch auffallen.

Es bedurfte nicht einmal einer Woche, um sie auszulöschen. Dieses Gefängnis war früher eine alte Wasserburg und während des Faschismus Zuchthaus. Hier wurden -zig Todesurteile vollstreckt. In der Waschküche konnte man noch sehen, wo das Fallbeil gestanden hatte. Über dem großen Stahltor, oben auf dem Dach, war eine kleine Glocke; bei jeder Hinrichtung wurde sie angeschlagen. Das war noch nicht einmal fünfundzwanzig Jahre her.

Ich wurde aufgeteilt, d. h. in ein Kommando eingewiesen, nachdem ich einige Tage auf dem „Zugang“ verbracht hatte. Dort wird man über die Anstalt unterrichtet und muß Fragebögen ausfüllen. Es war alles so seltsam fremd und bedrückend. Als ich vom Friseur kam, schaute ich in den Spiegel und mußte heulen; ich erkannte mich nicht. Aber bei diesem Alltag hier bleibt wenig Zeit zum Nachdenken. Entweder man paßt sich an, um des Überlebens willen, oder man geht kaputt. Es gibt nur wenig Spielraum, um einigerma-

Ben anständig zu bleiben. Die meisten meiner Mitgefangenen hatten schon etliche Verwahranstalten hinter sich und waren auf die Terminologie dieses Milieus eingeschworen. Ich kann es bis zum heutigen Tage nicht verstehen, wie man sich mit so etwas abfinden kann. Das einzige erstrebenswerte Ziel war, sich so viele Vorteile wie nur möglich zu verschaffen. Egal, auf wessen Kosten. Zuletzt ging es aber immer auf Kosten der Mitgefangenen. Vor allem die, welche schwach waren und sich nicht wehren konnten, waren die Leidtragenden. Sie waren Butler, Leibwächter, Zigarettenbeschaffer, Schuhputzer, Schneider, eine zusätzliche Portion Wurst und „Geliebte“ im Bett.

Die „Chefs“ sorgten dafür, daß es auf dem Kommando ruhig war und alle Anweisungen der „Erzieher“ befolgt wurden. Das Wort „Erzieher“ kann ich bis heute nicht hören. Ab und zu ging einer der Muskelmänner zu weit und wurde dann einfach in eine andere Anstalt versetzt. Aber auch dort kam er immer wieder auf die Füße. Ohne diese Menschen wäre diese Art von Strafvollzug nie denkbar, und ohne diesen Strafvollzug wäre dieser Menschenschlag nicht denkbar. Ohne beides, direkt oder indirekt, wäre dieses System nicht denkbar, aber ohne solch ein System gäbe es beides nicht — ich hoffe es zumindest. Da es nun aber real existiert, gibt es das alles, und es ist ein Teufelskreis, der zu wenig Ritzen hat, daß man entwischen könnte. Es ist die Mechanik einer toten Gesellschaft:

Zwei Finger sind doch keine Hand

„Vierzehn Zentimeter sagst du?“

„Es können auch dreizehn oder zwölf oder fünfzehn sein. So genau weiß ich das nicht. Auf alle Fälle hat die Tür ihr Gewicht! Und bestes Holz, deutsche Eiche, da ist kein Nagel drin, alles fugenlos eingepaßt und schichtenweise geleimt. Was da beim Zuschlagen dazwischen kommt, erkennst du nicht wieder.“

„Und da hat er seine Finger reingehalten?“

„Ja, hinten, zwischen der Tür und der Wand, genau in der Mitte zwischen der oberen und der unteren Türangel.“

„Und dann?“

„Dann hat er gewartet, bis einer die Tür zuschmeißt.“

Sobald Türen offenstehen, gibt es immer einen, der glaubt, sie zumachen zu müssen. Kugelblitz kam, sah die offene Tür, fing schon am Anfang des Flures an zu schreien und

trat mit seinem Stiefel gegen die offenstehende Tür. Die schlug zu; ein Schrei stand im Korridor und zwischen den Türangeln sah man zwei Kinderfinger, mit einem Hautfetzen am Holz der Zellentür kleben. Dann fielen sie zu Boden. Kugelblitz sagte: „Mein Gott, was hast du da gemacht?“ In einer Minute waren sie im Revier. Auf dem matschimmernden Flur der Jugendstrafanstalt G., nahe der Scheuerleiste, wo altes Bohnerwachs sich schwarz färbte, lagen die zwei Finger eines Kindes.“

„Und warum hat er das getan?“

„Er war ein stiller Typ, schwach war er auch und ein wenig zart. Jeder stieß ihn herum und wegen Lappalien wurde er schikaniert. Demütig nahm er alles hin, nur in seinen Augen wurde es naß. Er war kein jugendlicher Verbrecher, wie seine Mitgefangenen, er war ein Kind, das Zigaretten in Selbstbedienungsläden geklaut hatte. Das mit der Tür hat er getan, weil er nicht länger die Launen der ‚Chefs‘, der stärkeren Mitgefangenen, ertragen konnte. In vier Monaten sollte er entlassen werden.“

Es war die Hölle für mich; andere durchlebten nur ihren Alltag. Sie kannten nichts anderes. So mancher von denen hat heute bestimmt lebenslänglich und sitzt in Brandenburg oder Bautzen ein. Sie werden da auch sterben. Für sie gab es nie eine Chance.

Nach achtzehn Monaten wurde ich dann entlassen. Ich ging nach Plauen zurück, wo mich mein Onkel erwartete. Er besorgte mir eine Arbeit am Theater. Mühsam versuchte ich, diese Vergangenheit aufzuarbeiten, was durch die tägliche Konfrontation mit meiner Umwelt sehr schwierig war. Am stärksten belastete mich meine Voreingenommenheit der DDR gegenüber: Ich hatte ihr Herzstück, das Gefängnis, kennengelernt. Aber ich strengte mich an, nicht verbittert zu sein, um auch bestimmte Mechanismen beurteilen zu können.

In dieser Zeit habe ich eine Unmenge geschrieben. Mir kam es darauf an, mein eigenes „Ich“ zu finden und zu verstehen. Nur wenige Kilometer von Plauen entfernt saß der Reiner Kunze in Greiz in seiner Wohnung. Seine Gedichte haben mir sehr geholfen. Er war zu einer fünfjährigen „Ruhepause“ verdammt, bis dann 1973 sein „Brief mit blauem Siegel“ erscheinen konnte. Es war sein letztes DDR-Buch.

Durch das Theater animiert, schrieb ich ein Märchenstück mit dem Titel: „Das Land der

sieben Flüsse“. Es liegt seit meiner zweiten Verhaftung im Sommer 1972 in den Tresoren des Ministeriums für Staatssicherheit. Keiner machte mir Vorhaltungen wegen meiner Haftzeit. Nur in einer Diskussion anlässlich einer Premiere sagte der Parteisekretär des Theaters zu mir: „Ich hoffe, du hast deine Vergangenheit noch nicht vergessen.“ Er ist heute Kulturreferent in der Stadtverwaltung. Aus meiner heutigen Sicht war die zweite Haft schon vorprogrammiert. Es war wie ein Strudel, ein Sog, der von einer bestimmten Geschwindigkeit an alles mit sich reißt. Schon deshalb, weil die Vergangenheit immer mehr Gegenwart wurde und ich wie ein Irrer, taumelig, mich mittendrin befand.

Im Frühjahr 1972 war ich noch einmal in Prag. Wie hatte sich diese Stadt verändert! Die Menschen liefen geduckt umher und machten kaum den Mund auf. Es war ein lautloses Aneinandervorübergehen. Und wie hatte ich diese Stadt noch in Erinnerung! Diese schöne, goldene Stadt, die Stadt mit den offenen Mündern. Als ich auf der Karlsbrücke stand, spuckte ich in das Wasser der Moldau; ein vorübergehender Passant schaute mich erstaunt an. Mir war zum Heulen zumute. Seitdem habe ich diese Stadt nie wieder gesehen; man verweigerte mir das Visum. Im Monat August war es dann wieder soweit.

Anlässlich eines Vierländertreffens in Plauen spielte ich in der Innenstadt einige meiner Lieder und trug Gedichte vor.

Expression

*Kenn ein Land, wo die Blumen aus Glas,
wo die Bäume versteinert sind.
Wo nur dornig wächst das Gras,
wo feurig bläst der Wind.*

*Kenn ein Land, wo regiert nur die Nacht,
wo der Funke glimmt und erlischt.
Wo man niemals wieder mehr lacht,
wo man Masken trägt, statt ein Gesicht.*

*Kenn ein Land, wo man Sterne verehrt,
wo man Menschen zu Göttern macht.
Wo man fördert das, was verkehrt,
wo man hinter Mauern erwacht.*

*Kenn ein Land, wo man scharf ist auf Blut,
wo man Kinder zu Greisen macht.
Wo man schlecht ist, und man sagt gut,
wo man's weinen hört fast jede Nacht.*

*Kenn ein Land, wo die Liebe zum Tod,
wo das Nicht-Sein erstrebenswert ist.
Wo die Menschen in geistiger Not,
wo man eines Tages zerbricht.*

*Kenn den Tag, wo ein jeder bezahlt,
wo entschieden wird, wer, wie und wann.
Wo man letztmalig hört einen Schrei,
wo man sich wieder anschauen kann.*

Im Nu hatte sich ein großer Zuhörererkreis gebildet; wir haben über meine Texte diskutiert und auch gestritten. Als es Abend war, ging ich nach Hause; am nächsten Morgen, während der Proben, hat man mich dann abgeholt. Der Intendant machte ein ängstliches Gesicht, als die vier Herren mich abführten. Er hatte ja immerhin die Verantwortung für dieses Haus. Sie waren sehr nett; den ganzen Tag und auch die Nacht über. Dann war die Hausdurchsuchung beendet; auf dem Schreibtisch des Vernehmers türmte sich ein Berg Papier. Es waren meine Manuskripte und meine Abschriften von verbotenen Büchern. Er schrie, erst leise und beherrscht, dann immer lauter werdend und mit geschwollener Stirnader.

Ich fühlte mich eigenartiger Weise sehr stark, als ich sah, wie ohnmächtig er war. Gegen Morgen wurde ich in die Untersuchungsanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit nach Karl-Marx-Stadt gebracht. Es lag mitten in der Stadt, auf einem kleinen Hügel, Kaßberg genannt. Hier hatte man schon früher die Arbeiter dieses Industriebezirks auf die brutalste Art und Weise mißhandelt. Egal, unter welchem System. Darin gleichen sich so manche! Ich wurde aus dem Auto „ausgestiegen“ und rannte einen langen Gang entlang. Er mündete in einen Vorraum, wo ich mich ausziehen mußte und einen Trainingsanzug bekam. Dann ging eine Tür auf, und ich sah das Zellenhaus.

In zwei Etagen links und rechts die Zellentüren; in der Mitte waren Stahlnetze gespannt. Es sollte keiner das Recht haben, sich selbst zu töten.

Die Zelle war wie üblich, zwei mal vier Meter. Das Fenster war zugemauert mit Steinen aus Glas. Hinter mir schloß sich die Tür aus Eichenholz. Ich war allein.

Montag/1. Tag

Das Licht klatschte lautlos in die Zelle, es war sieben Uhr. Los hoch. Der Wärter der Nachtschicht schlug mit dem Schlüssel gegen die Tür. Jetzt mußte alles sehr schnell gehen, in wenigen Minuten war Schichtwechsel.

Die Klappe in der Tür krachte nach unten und der lange Schnabel der 10 Liter Kaffeekanne wippte ungeduldig rauf und runter. Ein Schuß von dieser schwarz-braunen Soße, mit

buntschillernder Oberfläche, gelangte auf diesem Wege in meinen roten Plastik-Becker. Ein wiederliches Gesöff, wovon man nach längerem (Jahren) Genuß schwarze Zähne bekam. Da war der Tee „Marke Bahndamm“ ein echt guter Schluck, vor allen Dingen war er warm, nicht heiß, nur so ein bißchen angenehm im Magen. Im Zellenhaus war Betrieb, die Klappe ging wieder auf, und Brot, Marmelade und ein Plastikmesser wurde hereingereicht. Jetzt ganz schnell die Marmelade auf das Brot gekratzt, denn die Klappe ging schon wieder auf und das stumpfe, zerkaute, „gefährliche“ Plastikmesser mußte abgegeben werden. Ich habe während meiner ganzen Untersuchungshaft mir nie vorstellen können, daß sich damit jemand das Leben nehmen kann, und trotzdem war dieses kleine, häßliche Plastikmesser der „Augapfel“ der „Genossen“ vom Wachregiment. Dazu eine kleine Episode, welche ich mit einem Unterleutnant des „Wachregimentes F. D.“ erlebt habe.

Ich hatte einmal, als das Plastikgeschirr des Abendbrotes abgeräumt wurde, vergessen, das gewisse Messer mit abzugeben. In der Eile des Schichtwechsels (der unmittelbar nach dem Essen war) hatte es auch keiner bemerkt, und so hatte ich in meiner Zelle von da an eines dieser Messer. Dadurch konnte ich in Ruhe meine Brote schmieren. Eines Tages war Zellendurchsuchung (Filzung). Ich hatte das Messer immer in einer Spalte unter dem Tisch versteckt, so auch an diesem Tag. Die ganze Zelle wurde auf den Kopf gestellt. Ich selbst mußte mich in der Nachbarzelle nackt ausziehen — peinlichste Untersuchungen auch in Mund und After. Dann wurde ich zurückgebracht und der Unterleutnant sagte zu mir: „Ja, ja, Zschorsch, wir sind da sehr genau.“

Ich dachte mir, das wollen wir mal sehen und knipste das Lichtsignal an der Zellentür an; als der „Genosse“ Unterleutnant kam, hielt ich ihm todernst mein Messer unter die Nase und sagte: „Das hier haben sie vergessen.“

Er wurde ganz blaß, nahm das Messer und machte die Klappe wieder zu. Wenige Minuten später ging die Tür auf, ich wurde wiederum in die leere Nachbarzelle geführt und der „Genosse“ Unterleutnant fragte mich mit freundlicher Stimme: „Nun sagen Sie mal Zschorsch, wo haben sie bloß das Messer versteckt, das gibt's doch gar nicht, also, wo war es?“

Ich grinste bloß und verlangte, in meine Zelle zurückgeführt zu werden. Jedesmal, wenn dieser Mensch wieder Dienst hatte, konnte

ich mir ein Lächeln nicht verkneifen und fast immer wurde danach meine Zelle auf den Kopf gestellt. Ohne Erfolg, es war nichts zu finden — ich hatte ja auch nichts zu verstecken.

Nach dem Frühstück noch ein bißchen Schlaf, mit dem Kopf auf dem Tisch, das ging aber nicht immer, es kam darauf an, wer Dienst hatte. Am Anfang konnte ich da nie schlafen, es war eine Qual. Zuerst schliefen einem die Beine und Füße ein, dann die Hand, auf der der Kopf lag, und dann tat einem der Arsch weh, auf welchem man saß. Doch nach und nach entwickelte man verschiedene Techniken, so daß ich nach einem halben Jahr sogar auf dem Tisch träumen konnte. Welch ein Erlebnis!

Es gab zwei Riesenschläge (die doppelten Riegel der Zelle wurden zurückgeschlagen), der Schlüssel drehte sich im Schloß und „Äffchen“ (um des besseren Unterschiedes willen hatte jeder meiner Bewacher von mir einen Namen bekommen) murmelte: „Freistunde.“ Ha, Freistunde — wieso überhaupt „Stunde“, wo es doch nur 15 Minuten waren, allein in einem Käfig, in einer Box, von 4 mal 3 Metern? Über dir ein Posten mit Maschinenpistole oder nur Pistole, manchmal waren es auch zwei.

Sport zu machen war verboten, Gymnastik war erlaubt.

Zurück in die Zelle, und laufen, in der Zelle im Kreis laufen und denken, nachdenken über alles, über Stalin und die Russische Oktoberrevolution, Lenin und Gorki, Majakowski und die Rolle der damaligen deutschen KPD, Komintern, Nichtangriffspakt, Faschismus und Exil in der Sowjetunion, Herwarth Walden, Max Hoelz, Heinrich Vogeler und Heinrich Kurella — und dann die Prozesse und Trotzki und dann Frieden 45, ach nein, Waffenstillstand, Gruppe Ulbricht und der XX. Parteitag der KPdSU 56, in der DDR, aus dem Stalinpavillon eine öffentliche Bedürfnisanstalt machen, in meiner Heimatstadt Plauen, und dann 68, Frühling in Prag, und danach? Erster Knast, Mensch, für ein Kind noch — und jetzt der zweite Knast — auch fast noch ein Kind — das hält man nur im Laufen aus, zehntausend Schritte, und dann wieder von vorn, Stimme an der Tür: „Jetzt machen Sie mal hier keine Hektik, setzen Sie sich hin.“ Nach 5 Minuten wieder laufen, immer im Kreis, an der Stelle ist das Linoleum ganz abgelaufen, wer wohl schon vor mir? Im Dritten Reich war es Gestapo-Gefängnis, wer wohl damals? —

Die Klappe fällt, Mittag, eine Schüssel voll, jede Woche am gleichen Tag das Gleiche.

Schüssel raus, wieder laufen, mit der Hand in der Tasche fummel ich an meinem Geschlecht, Mensch, und jetzt, das Licht geht an, eine fürchterlich summende Leuchtstoffröhre, jetzt in der Luft draußen laufen, im großen Gefängnis jenseits dieser Mauer, ach, da sind doch auch wieder Mauern, oben mit Stacheldraht! 5 Uhr, Abendbrot, auch wieder das berühmte Messer, das zerkaute. Klappe auf, das Plastikgeschirr aus der Zelle, und jetzt noch drei Stunden, dann ist Nachtruhe. Das Licht summt und dann waschen, dann Licht aus, aber nur kurz, alle zehn Minuten wird es wieder angemacht. Lichtkontrolle nennt man das. Und schlafen nur auf dem Rücken und mit dem Gesicht zur Zellenmitte; auf dem Bauch und mit dem Gesicht zur Wand schlafen ist verboten. Wer sich doch einmal „verlegt“, wird geweckt, ein Schlag mit dem Schlüsselbund gegen die Tür. Die Hände immer auf der Decke, wer kann da noch onanieren? Wer schon?

Man hört, wie das Haus atmet, wie es lebt und doch tot ist! Und dann immer dieses Licht. Am Anfang schläft man nur zehnminutenweise, später gibt sich das. Wer gewöhnt sich wohl nicht?

An das Licht ja, aber nicht an den Zustand!

Dienstag/2. Tag

Der Kaffee schmeckt schon wieder so, als ob da etwas drin wäre. Bei der „Freistunde“ pfeift einer neben mir in der Box: „Brüder, zur Sonne zur Freiheit“, der Posten schnauzt ihn sofort an. Dann rennt er in der Box, wahrscheinlich immer auf der Stelle. Wie sonst?

Der Posten schnauzt wieder.

Dann Stille.

Dann sagt er ganz laut: „Ich will wieder rein, besser drinnen als draußen, man wird je nur verrückt.“

Der Posten brüllt: „Ruhe, Mann“, drückt auf eine Klingel, und der Mann neben mir wird abgeholt.

Mittwoch/3. Tag

Unruhe im Haus. Wenn man länger da ist, merkt man sofort, wenn etwas los ist.

Da verweigert irgend jemand auf dem gegenüberliegenden Gang das Essen.

Welch ein Verbrechen!

Neben „Selbstmord“ das Schlimmste, was man machen kann.

Das Motiv?

Anwalt sprechen, auf Eingaben keine Antwort, schlechte ärztliche Versorgung, das „Nichtaushändigen“ von Post.

Erfolg?

Erst gut Zureden, dann Zwangsernährung.

Und dann?

Wird bei der Urteilsfindung berücksichtigt!

Wie?

Ein halbes Jahr länger!

Warum?

Wegen „Verletzung der Normen des sozialistischen Strafvollzuges“!

Donnerstag/4. Tag

Mir ist schlecht und ich lege mich auf die Pritsche. Werde mehrmals aufgefordert aufzustehen.

Kann aber nicht, alles dreht sich, wenn ich die Augen öffne. Wahrscheinlich Kreislauf.

Die Tür geht auf, drei Mann kommen in die Zelle und schleppen mich in die untere Etage.

Drei Stunden Stehzelle, zu klein zum Umfallen.

Ich hänge da wie ein nasser Sack, meine Knie sind aufgeschlagen. Wie gern würde ich mich hinsetzen, aber es geht nicht.

Ich stehe wie in einem Pfeiler.

Nach drei Stunden wieder nach oben.

„Das nächste Mal die ganze Nacht“, sagte mir der Major.

Freitag/5. Tag

Duschen.

Fünf Minuten.

Es reicht gerade.

Wäsche wechseln und Nägel schneiden.

Eine rostige, stumpfe Nagelzange, abklemmen, nicht schneiden. Auch wieder ein „Augapfel“, ein sehr kostbarer.

Der „Genosse“ paßt höllisch auf, daß da nichts passiert. Er bekommt lieber herumspritzende Nägel ab, als etwas weiter wegzugehen.

Was die wohl schon für Füße gesehen haben?

Manche brauchen die Nagelzange nicht.

Sie haben ihre Füße im Minenfeld gelassen.

Samstag/6. Tag

Abends, es ist schon Nachtruhe, schreit jemand.

„Ich will zu meinem Mann, laßt mich raus hier.“

Eine Frau.

Sie waren in den hinteren Zellen.

Die Frauen.

Die Stimme eines Mannes, ihres Mannes.

„Christel, ich bin hier, es wird alles gut, bald sind wir frei.“

Rennen im Treppenhaus, eine Tür wird aufgeschlossen, die Tür der Frau. Stimmengemurmel.

Zelle zu, schleifende Geräusche.

Auf der Treppe, nach unten.

Die Frau ruft: „Hans!“

Ihr Ruf wird zum gurgelnden Geräusch.

Stille.

Im Erdgeschoß hört man das Klappen der Tür zum Keller.

Da hört sie keiner mehr.

Stille.

Sonntag/7. Tag

Ich mache die Lampe über der Zellentür an.

Ich habe Durst.

Es dauert.

Es kommt keiner.

Die Posten haben Sonntag, wie alle „Werk tätigen“.

Ich verzichte auf meinen Kaffee, zum Wohle des „Volkes“.

Morgen ist Montag.

Nach einem Jahr machte man mir den Prozeß. Zuerst vor dem Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt; die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Anwesend war nur eine Parteigruppe und der SSD. Das Urteil lautete auf fünfeinhalb Jahre verschärften Strafvollzug. Ich legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Nicht, weil ich mit einer mildereren

Strafe rechnete, sondern weil ich mich an das Alleinsein in meiner Zelle gewöhnt hatte. Es graute mir vor dem ‚Strafvollzug‘.

Paradox ist es; ich wollte so lange wie möglich in der Untersuchungshaft bleiben. Man wurde da im großen und ganzen nicht behelligt. An die Schreikrämpfe der Vernehmer hatte ich mich gewöhnt. Ansonsten war es mir dann auch egal, wie man meine Gedichte interpretierte.

Bezeichnend war nur, wie man z. B. das Gedicht „Expression“ eindeutig als „DDR-Gedicht“ auswies. Es taucht nirgends das Wort DDR auf, und trotzdem fühlte man sich angesprochen. Sie hatten sich selbst in dem Gedicht wiedererkannt! Die Berufungsverhandlung fand dann einige Wochen später vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik statt. Der Generalstaatsanwalt war der Ankläger. Ich mußte zu dieser Verhandlung nicht erscheinen. Sie wurde in Abwesenheit durchgeführt. Das Urteil: vier Jahre verschärfter Freiheitsentzug.

Dann mußte ich meine Sachen packen und ging auf Transport. Das Endziel sollte Cottbus in der Lausitz sein. Die Fahrt erfolgte in Eisenbahnwaggons:

Grotewohl-Expresß

„Morgen ist Dienstag. Da kommt der Grotewohl-Expresß an. Die ganze Nacht wird da wieder im Zellenhaus Krach sein. Bist du schon einmal mit dem gefahren?“

„Ja, bin ich, mehrmals, von Nord nach Süd und von Ost nach West. Er braucht immer zehn Tage, bis er einmal um die DDR gefahren ist. Im Winter geht es ja, aber im Sommer! Vier Leute gehen normalerweise mit angezogenen Knien in den Verschlag, aber sie stecken auch fünf und sechs da hinein. Einmal am Tag gibt es etwas zu Trinken und man wird auf die Toilette geführt. Ab zehn Uhr abends wird der Waggon von dem Zug abgehängt, und man wird nachts in eine der U-Haftten, irgendwo, gebracht. Am Morgen wird der Waggon wieder an einen Zug gehängt und die Fahrt geht weiter. Du siehst nichts, hörst nur das Stampfen der Räder. Keiner, der mit diesem Zug fährt, weiß, was das für ein Wagen ist, der letzte. Einmal bin ich von Magdeburg nach Gera gefahren. Auch wieder im letzten Wagen. Der Zug war ein Interzonenzug, der weiter in den Westen fuhr. Man führte uns den ganzen Zug entlang, und die Westler starrten uns mit leicht getönten Sonnenbrillen nach. Natürlich dachte jeder,

daß wir Verbrecher seien. Daß wir einstiegen, in den letzten Wagen, das sah keiner, der Blickwinkel war zu klein. Trotzdem fuhren wir im gleichen Zug. Doch jeder stieg woanders aus. Stell dir vor, es passiert ein Zugunglück; es hat keiner eine Möglichkeit, aus diesen Zellensärgen zu entkommen. Lebendig wirst du begraben.“

Ich kam an, in der alten sorbischen Stadt Cottbus. Das Gefängnis stand schon seit Kaisers Zeiten. Es war ein roter Backsteinbau. Der kommunistische Schriftsteller Albert Hotopp hatte hier einst von 1923 bis 1926 drei Jahre seines Lebens wegen „Hochverrats“ verbracht. Dort schrieb er auch seine ersten Erzählungen. 1934 emigrierte er in die Sowjetunion, wo er 1941 verhaftet wurde und seitdem als „verschollen“ gilt. Hotopp fiel den stalinistischen Säuberungen zum Opfer.

Und nun kam alles wieder wie gehabt. Erst einige Tage auf dem Zugang und dann die Aufteilung auf die Arbeitskommandos. Arbeit war Pflicht; der Verstoß dagegen wurde mit Arrest bestraft. Die Anstalt war fast leer, als ich nach Cottbus kam. Es hatte ja im Herbst 1972 eine Amnestie stattgefunden; aber nach gut dreizehn Monaten kamen sie alle wieder. Man schloß regelrechte Wetten ab, wer in den nächsten Tagen ankommen würde. Bald hatte sich die Insassenzahl um das Doppelte gesteigert. Wir waren über eintausend Mann; früher waren hier höchstens fünfhundert. Es gab keinen Platz mehr und das Essen wurde schlechter und weniger. Ich war in einer Zelle von vierundzwanzig Quadratmetern einer von sechzehn Gefangenen.

Die Betten standen vierstockweise übereinander. In der Mitte war ein kleiner Platz für den Tisch und sechzehn Hocker. Links und rechts an der Wand ein Waschbecken.

Wir haben im Dreischichtensystem gearbeitet für die Kamerafirma „VEB Pentacon“, Dresden. Also gefeilt, gebohrt, gefräst, gestanzt, gedreht und geschliffen. Der Aluminiumstaub saß in jeder Falte der Haut. Ich habe diese Kameras sehr oft hier in den Auslagen von Fotogeschäften gesehen. Ich bin nie hineingegangen.

Ansonsten war in diesem Haus alles sehr alt und überholungsbedürftig. Auch die Bibliothek:

Bücher

„Ich möchte bloß wissen, warum ich im Knast bin?“

„Was, wieso?“

„Ich war vorhin in der Bücherei.“

„Und?“

„Da hab ich mir die Kataloge angeschaut und ich dachte, ich träume. Weißt du, was es da für Bücher gibt?“

„Na ja, die besten sind es nicht!“

„Klar sind es die besten! Ich muß erst in den Knast gehen, um mir aus einer öffentlichen Bibliothek Bücher ausleihen zu können, für deren Besitz sonst der Knast auf einen wartet!“

„Bücher, was für Bücher?“

„Hier, schau an! Gedichte von Biermann, von Kunze, von Huchel; Bücher von Hans Mayer und von Lukács!“

Ist das nicht Idiotie?

Im Knast darf ich das Lesen, weswegen ich im Knast bin!“

„Meinst du, die wissen das, was für Bücher sie in ihrer Bibliothek haben?“

„Nein, bis jetzt noch nicht. Die wissen gar nicht, wer Biermann ist.“

Exekution

„Du bist neu hier?“

„Ja, ich bin vorige Woche aus Torgau gekommen.“

„Was hast du da gemacht?“

„Ich war Kalfaktor.“

„Torgau, Torgau? Sind da nicht die Zellen der Todeskandidaten?“

„Ja, erzählt man sich.“

„Und stimmt es?“

„Es kann keiner beweisen! Es gibt da in Torgau einen Flügel in der Anstalt, da darf niemand hin, und manchmal in der Nacht hört man von dort Schreie. Die anderen Häftlinge sagen dann: ‚Heute ist dem seine letzte Nacht.‘ Sie bleiben in Torgau, die hundert Tage ab der Verurteilung; in dieser Zeit können sie noch ein Gnadengesuch einreichen. Wenn es nicht hilft, werden sie in der Nacht vom hundertsten zum einhundertundersten Tag erschossen. Sie kommen dann in ein Auto mit Kastenaufbau; vorn sitzen der Fahrer, ein Staatsanwalt, ein Richter und ein Wärter — hinten der Gefangene, auf einem Stuhl angeschnallt, hinter ihm, im Genick, der Schußautomat. Und dann fahren sie zwanzig bis dreißig Kilometer in der Umgebung ‚spazieren‘. Irgendwann, irgendwo, während die-

ser Fahrt, löst sich der Schuß und keiner weiß so richtig, wo es genau war.

Damit gibt es auch keinen ‚offiziellen‘ Hinrichtungsort.“

„Ich stelle mir das Warten auf diesen Schuß fürchterlich vor. Überhaupt, auch schon die hundert Tage vorher; Tag und Nacht ist die Zelle erleuchtet.

Vor der Gittertür sitzt ständig ein Posten und paßt auf, daß du dir nichts antust.

Auf ihre Gerechtigkeit wollen sie nicht verzichten.“

Man kann sehr wenig über ein Gefängnis erzählen; man muß es erleben, um diese Situation zu verstehen. Jeder macht andere Erfahrungen und auch die Auswirkungen sind verschieden. Eines ist aber bei allen gleich — man darf es nicht vergessen! —: Es wurde uns Unrecht angetan.

Ich schlief und arbeitete mich so die Jahre hindurch, machte mir Gedanken, wie es denn weitergehen sollte, nachdem ich entlassen war. Klar war mir, daß es nicht leicht werden würde; ich war ja Rückfalltäter, und dazu noch einer, der seine Tat nicht bereute. Was hätte ich auch bereuen sollen? Weihnachten stand vor der Tür. Bald würde das Jahr 1975 anfangen.

Wir hatten gerade Nachtschicht gehabt, lagen in den Betten, es war taghell in der Zelle, als die Tür aufgeschlossen wurde und mein Name fiel. Ich mußte mich anziehen, meine Sachen packen und auf den „Effekten“ die Zivilsachen anziehen. Dann wurde ich in einen Kleinbus eingesperrt; es gab nirgends Fenster, man fuhr mehrere Stunden offenbar über die Autobahn. Als wir anhielten sah ich, daß ich wieder in Karl-Marx-Stadt war. Was soll ich denn hier, ging es mir durch den Kopf. Jetzt ging alles sehr schnell. Man führte mit mir ein Gespräch, das damit endete, daß man mir mitteilte, man lege keinen Wert mehr auf meine Anwesenheit in diesem Staat.

Ich konnte dazu nichts sagen. Mit dieser Nachricht hatte ich nie gerechnet. In einer kleinen Zelle wartete ich auf meinen Abtransport.

Ballade vom Abschied

Wer hat uns denn geboren,
War es der Mutter Schoß?
Hinter all den großen Toren,
Wo wir so viel verloren,
War es die Kindheit bloß?

Wer hat uns denn erzogen
Uns noch so viel gelehrt?
Wer hat uns denn belogen
Uns tausendfach betrogen
Daß das nie wiederkehrt?

Wer hat uns denn verraten,
War es nicht dieser Staat?
Mit all seinen Soldaten,
Den „Ersten-Mai-Plakaten“
zertrat er unsre Saat.

Wer hat uns denn verboten,
Daß es auch anders geht?
Wer hat den Strich gezogen,
Von unten schräg nach oben
Und sich dann umgedreht?

Doch werden wir nie schweigen,
Zu viel steht auf dem Spiel,
Wir werden uns nicht neigen,
Nie unsre Rücken zeigen,
Denn es wiegt viel zu viel.

Wir werden immer wissen,
 mein Freund,
Auch sind wir nicht mehr da,
Daß viele uns vermissen,
Wenn wir die Segel hissen,
Weil es das letzte war.

Wir fuhren nach Herleshausen, ich konnte
nicht sprechen, ich konnte nicht einmal den-
ken.

Von Ost nach West

Die Sitze im Auto waren weich und bequem.
Ein gutes Auto! Westdeutsche Wertarbeit.
Ich stieg aus. An der deutsch-deutschen
Grenze. Ein eigenartiges Gefühl.

„Gehen Sie schon“, sagte der Mann vom
Staatssicherheitsdienst zu mir. „Hier ist unse-
re Reise zu Ende!“

Reise? Bei Nacht und Nebel, wer reist da
schon?

Ich war am Ende!

Ging auf dem letzten Meter DDR-Gebiet in
Richtung Westen. Nach dreiundzwanzig Jah-
ren wurde ich nicht mehr gebraucht, mußte
ich mein Land verlassen.

Hier in dem Land, in welchem ich geboren
wurde, ging ich von Deutschland nach
Deutschland — ging ich in das Exil?

Jetzt war ich also im Westen; was sollte ich
da? Aber es muß ja weitergehen, habe ich
mir gesagt. Die warten ja nur darauf, daß du
kaputtgehst. Den Gefallen werde ich euch
nicht tun, dachte ich mir, und hab' also ange-
fangen, alle möglichen Dinge. Wenn du den
Knast geschafft hast, dann schaffst du auch
dieses Land, hab' ich mir immer wieder ge-
sagt. Es hat sehr lange gedauert, bis ich eini-
germaßen klarkam. Hier ist ja alles so an-
ders; hier ist ja alles so deutsch-deutsch: Die
Linken schlachten sich gegenseitig ab und die
anderen warten auf ihre Chance. Es ist be-
stimmt sehr schwer, in solch einem System
anständig zu bleiben.

Hier in der Bundesrepublik Deutschland fun-
gieren Mechanismen, die erst durch unmit-
telbare Betroffenheit sichtbar werden und
einem doch so manche Rätsel aufgeben. Wer
kann sich da noch dagegen wehren, wenn er
es nie gelernt hat? So manches hier erinnert
mich an das Land, aus welchem ich weggehen
mußte; und so vieles erinnert mich an Deutsch-
land, an den Flecken auf der Landkarte, durch
den eine Mauer aus Stein und Beton geht.
Mittlerweile hat sie sich verinnerlicht und
geht durch das Herz und den Kopf; unsere
Seele ist zerrissen in ein „hier“ und ein
„dort“.

Vor kurzem war ich in einem Nachbarland;
da sind die Menschen anders und überhaupt:
Es wird mich keiner zwingen müssen. Dieses
Land hier werde ich freiwillig verlassen.

Die verdrängte Wirklichkeit

DDR-Literatur unter Erich Honecker 1971—1978

Der kaum heilbare Bruch im Selbstverständnis, den die DDR-Literatur während der Jahre 1975—1978 erfuhr und der sich in absehbarer Zeit als für die innenpolitische Situation noch folgenschwerer erweisen wird als die Entdeckung der DDR-Wirklichkeit nach dem Mauerbau 1961, ist das unmittelbare Ergebnis einer kaum abtragbaren Hypothek auf dem kulturpolitischen Erbe Walter Ulbrichts, das Erich Honecker 1971 anzutreten hatte. Die einmalige Gelegenheit, nach dem Tod des doktrinären Amtsvorgängers im Sommer 1973 nicht nur — wie dann im November 1973 auch geschehen — den längst anachronistisch gewordenen „Bitterfelder Weg“ zu verabschieden, sondern auch das von gegenseitigem Mißtrauen erfüllte Verhältnis zwischen Schriftstellern und Parteifunktionären zu entspannen, verstrich ungenutzt. Auch die gern zitierte Leerformel, ein DDR-Autor könne über alle Themen schreiben, wenn er nur immer „von der festen Position des Sozialismus“ ausginge, half da nicht weiter. Weder wurden die seit 1965 und 1968 unerledigten Fälle des „Liedermachers“ Wolf Biermann und des Lyrikers Reiner Kunze bereinigt noch durfte der Erzähler Werner Bräunig, der im August 1976 krank und verbittert in Halle-Neustadt starb, sein auf dem berüchtigten Dezemberplenium 1965 attackiertes Romanmanuskript „Der Eiserner Vorhang“ veröffentlichen. Diese Beispiele stehen für viele andere Fälle der Diskriminierung von Schriftstellern, die nach einer grundsätzlichen Lösung drängten, von den für die Kulturpolitik Verantwortlichen aber hartnäckig ignoriert wurden.

Schon vor dem VII. Schriftstellerkongreß im November 1973 kehrten die Kulturfunktionäre

zur bewährten Praxis der Autorenbeschimpfung zurück, als sie dem Lyrikband „Zaubersprüche“ (1973) von Sarah Kirsch „Pessimismus“ vorwarfen, wogegen Franz Fühmann freilich Einspruch erhob. Es zeugte auch nicht von kulturpolitischer Transparenz, die immer wieder von den Betroffenen gefordert wurde und die auch auf dem VIII. Schriftstellerkongreß vom 29. bis 31. Mai in Ost-Berlin nicht gewährleistet ist, sondern eher von Geheimdiplomatie im Stile des 19. Jahrhunderts, daß erst im März 1975, also anderthalb Jahre später, in den beiden Protokollbänden des Kongresses nachgelesen werden konnte, was da eigentlich hinter verschlossenen Türen diskutiert worden war, und auch das nur deshalb, weil einige verärgerte Schriftsteller auf Publikation ihrer Beiträge gedrängt hatten.

Was sich in den Jahren 1975/76, als mehrere aufsässige Autoren mit Veröffentlichungsverboten und Westreisesperren bestraft wurden, inoffiziell vorbereitete und was dann zur Entstehung einer äußerst kritischen Untergrundliteratur und zur vom Politbüro verfügten Ausbürgerungswelle 1976/77 führte, konnte man ansatzweise schon an zwei Veröffentlichungen des Sommers 1974 — dem Roman von Stefan Heym über den Aufstand vom 17. Juni 1953 und dem Roman von Max Walter Schulz über die Sowjetokkupation der Tschechoslowakei vom 21. August 1968 — ablesen. Während den auf Absicherung ihrer Machtposition bedachten DDR-Behörden ein gegen die Prager „Konterrevolution“ gerichtetes Buch höchst genehm war, wurde das andere, das ein noch immer verbotenes Thema berührte, zur „illegalen“ Literatur erklärt und konnte nur in einem westdeutschen Verlag erscheinen.

Parteilegenden 1953 und 1968

Bei Stefan Heyms Roman „Fünf Tage im Juni“ (München 1974) handelt es sich um die 1972/73 umgearbeitete Fassung eines schon 1959 mit dem Titel „Der Tag X“ abgeschlossenen Manuskripts, worüber Robert Havemann

in seiner Autobiographie „Fragen, Antworten, Fragen“ (München 1970) mitteilte: „Mein Freund Stefan Heym hat die Vorgeschichte und den Ablauf des Volksaufstandes vom 17. Juni in einem Roman dargestellt... Aber

das Buch durfte nicht veröffentlicht werden. Ich war damals entschieden für die Veröffentlichung. Inzwischen habe ich meine Meinung geändert. Stefan Heym sollte der Partei dankbar sein, daß ‚Der Tag X‘ nie erschienen ist. Heym übernimmt nämlich die grundfalsche offizielle Lesart, wonach der ‚17. Juni‘ ein von den westlichen Geheimdiensten organisiertes konterrevolutionäres Unternehmen war.“

Was der Verfasser bei der Umarbeitung des Buches, das vom Verlag als „ehrliche Auseinandersetzung eines DDR-Bürgers mit den Ereignissen um den 17. Juni 1953“ (Umschlag) angeboten wird, an Abstrichen vornahm, läßt sich nur vermuten. Er selbst erklärte in einem Gespräch mit der „Stuttgarter Zeitung“ vom 18. Oktober 1974: „Denn ich fand jetzt eine Menge von Mängeln literarischer Art. Und da stellte ich fest, daß ich in der Zwischenzeit doch auch einiges politisch gelernt hatte, daß ich zu Erkenntnissen gekommen war, hauptsächlich über die Widersprüche im Sozialismus, die es ja gibt.“

Daß es sich dabei um den Widerspruch zwischen den politischen Wünschen der Bevölkerung und dem aufgezwungenen System des Staatssozialismus handelt, wird bei der Lektüre dieses ansonsten enttäuschend langweiligen, spannungsarmen und streckenweise fast unlesbaren Romans deutlich, wobei anzuerkennen ist, daß der Autor seine ursprüngliche These von der „faschistischen Provokation“, auf der noch die Erstfassung basierte, heute nicht mehr vertritt. Dennoch läßt er eine Anzahl aus West-Berlin eingeschleuster Schlägertypen, Strichjungen und Nutten als Aufwiegler und Agenten in Aktion treten, die mit Sicherheit andere Ziele verfolgten als die streikenden Bauarbeiter der Stalinallee, die aber doch nur, wie auch die zahlreichen Plünderungen durch DDR-Kriminelle, periphere Bedeutung hatten. Hätte Stefan Heym die Handlung in die DDR-Provinz verlegt, zum Beispiel ins sächsische Industrieviertel bei Halle-Merseburg-Bitterfeld, dann wäre die auch noch in der Zweitfassung angedeutete Agententheorie unhaltbar gewesen und die Frage, warum denn Arbeiter gegen eine angebliche Arbeiterregierung streiken konnten, hätte schlüssiger beantwortet werden müssen.

Der Autor, der sich im Laufe der Jahre eine 3 000 Schreibmaschinenseiten umfassende Materialsammlung über den 17. Juni erarbeitet hat, hält sich genau an den historischen

Ablauf, verlegt aber die Handlung in eine fiktive Ost-Berliner Fabrik: Am 28. Mai wurden die Arbeitsnormen um 10 Prozent heraufgesetzt, worauf es zu Unruhen und Arbeitsniederlegungen kam, die am 16. Juni, als in einem Artikel der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ die Normerhöhung gerechtfertigt wurde, zum Spontanstreik Ost-Berliner Arbeiter führten, der rasch auf die Republik übergriff. Auf einer Kundgebung vor dem „Haus der Ministerien“ wurde Fritz Selbmann niedergeschrien. Am 17. Juni, als politische Forderungen nach Rücktritt der Regierung und freien Wahlen laut wurden, griff die russische Besatzungsmacht ein; über 13 000 Verhaftungen und mehrere Todesurteile folgten.

Um seinen Roman, der sich in ein Vorspiel, 63 Kurzkapitel und ein Nachspiel gliedert, einen möglichst authentischen Anstrich zu geben, hat Stefan Heym den Text durch einmontierte Zitate aus Zeitungen, Rundfunksendungen und politischen Kommentaren aufgelockert. Das alles ist sicher richtig zitiert, aber wenig beweiskräftig. Wichtiger ist das Verhalten der Belegschaft im „VEB Merkur“ vom Sonntag, den 13. Juni, als auf einem Betriebsausflug die neuen Normen diskutiert werden, bis zum Mittwoch, den 17. Juni, als die Arbeiter wie unmündige Kinder, die auf verbotenen Wegen ertappt wurden, von einem Gewerkschaftsfunktionär in die Fabrik zurückgeführt werden. (BGL-Vorsitzender *) Martin Witte, der sich in der Normenfrage zuerst mit den Arbeitern solidarisierte (welche Funktion eine echte Gewerkschaft haben sollte, wird hier überdeutlich!) und deshalb den Betrieb nicht mehr betreten darf, ist schließlich gegen den Streik und für die Partei und wirft den Arbeitern die alten Schlagworte an den Kopf: „Das Sein formt das Bewußtsein... das gesellschaftliche Sein... und es gibt Schwierigkeiten bei der Bewußtseinsbildung.“ Ihm ist schlicht unvorstellbar, daß in der DDR gestreikt wird („Streik gegen wen? Gegen euch selber?“), wenn ihm auch manchmal Zweifel an seiner Funktion kommen: „Verdammter Widerspruch, in dem ich mich finde: die ich verteidigen soll, bedrohen die Macht, die ich verteidigen muß.“ Neben ihm steht der BPO-Vorsitzende **) Wilhelm Banggartz, der auch leere Phrasen drischt: „Wenn du die Republik stärkst, stärkst du dich selber!“, und immer dann, wenn er nicht mehr weiter weiß, die „Staatssicherheit“ einschaltet. Die politisch

*) BGL = Betriebsgewerkschaftsleitung

**) BPO = Betriebsparteiorganisation

interessanteste Gestalt ist aber der Sozialdemokrat August Kallmann, das „Musterbild des ehrlichen, etwas hilflosen Arbeiters“, der allerdings, so will es der Autor, vom SPD-Ostbüro zu politischen Aktionen verführt wird. Er organisiert am 17. Juni eine Protestdemonstration, obwohl die Partei in der Normenfrage längst Zugeständnisse gemacht hat. Der Marsch durchs Fabriktor unter dem Absingen von Arbeiterkampfliedern wie „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“, dem Martin Witte, der über erstaunlich gute Beziehungen zu russischen Offizieren verfügt, machtlos und aufgeregt zusehen muß, gehört zu den stärksten Szenen des Romans.

Schließlich tauchen schemenhaft russische Panzer in Ost-Berlin auf, und der Rest der Handlung gerät zur Politidylle: Agent Fred Gadebusch verschwindet in West-Berlin, nachdem seine Freundin, die Nachtclubtänzerin Gudrun Kasischké, von einer russischen Kugel getroffen wurde; Agent Heinz Hofer, Sohn eines SS-Offiziers, wird verhaftet; die Arbeiter aber, durch gutes Zureden wieder friedlich geworden, wollen auf keinen Fall den „Aufbau des Sozialismus“ versäumen. Nach dem gescheiterten Aufstand gefällt sich Martin Witte, der sehr gut weiß, daß das DDR-System nicht politisch legitimiert ist und der deshalb im Auftrag einer imaginären Revolution zu handeln vorgibt, als Schönredner. Während die Flüchtlingszahlen ansteigen und die Zuchthäuser sich füllen, philosophiert er, an seinen Schreibtisch gelehnt, vor sich hin: „Die Weltgeschichte hat sich den Spaß erlaubt, von uns zu verlangen, daß wir den Sozialismus in einem Drittel eines geteilten Landes aufbauen, und das mit Menschen, die sich den Sozialismus keineswegs alle gewünscht haben.“

Man wird Stefan Heym schwerlich den Vorwurf machen können, daß er Kommunist ist. Darin, daß er die russische Intervention befürwortet, unterscheidet er sich kaum von Max Walter Schulz. Daß er mit seinem Buch ost-westliche Legenden zerstören will, ist anzuerkennen. Zu bemängeln ist allerdings, wenn er aus dieser Sicht schönfärbt: Die gewaltige Verhaftungswelle nach dem 17. Juni, ein Racheakt vom „Volk“ enttäuschter Funktionäre, verschweigt er vollkommen. Ein August Kallmann wäre hier nicht unter zehn Jahren Zuchthaus weggekommen! Außerdem sollte man sich fragen, ob das Thema diesen Aufwand überhaupt lohnt: Die Legende vom „faschistischen Putschversuch“, die Stefan

Heym zerstören will, ist zählebig und für die SED auf lange Zeit unverzichtbar.

Wichtig ist das Buch, das heute ebenso zur heimlich importierten Untergrundliteratur gehört wie Volker Brauns „Unvollendete Geschichte“ (1975), aber deshalb, weil es die Denkprozesse bei DDR-Intellektuellen erkennen läßt, die schon 1961 einsetzten, aber erst nach 1971 zum literarischen Manifest werden konnten. Was hier gefordert wird, ist eine Revision des offiziellen Geschichtsbilds, die nicht auf den 17. Juni 1953 beschränkt bliebe, sondern auch den 13. August 1961 und den 21. August 1968 erfassen könnte, zumal als der eigentliche Held der Geschichte in diesem Roman die selbstbewußte Arbeiterklasse auftritt, die die unfähigen Funktionäre einer „Arbeiterpartei“ einfach zur Seite schiebt. Deshalb wird der Staatsapparat, der um seine Machtpositionen fürchtet, immer die Schriftsteller als „progressiv“ und „sozialistisch“ ausgehen, die das parteiamtlich beglaubigte Geschichtsbild illustrieren wie Max Walter Schulz mit seinem Roman „Triptychon mit sieben Brücken“ (Halle und München 1974).

Die Fabel dieses überaus geschwätzigem Buches, dessen Einband der siebenfarbige Regenbogen der Verheißung schmückt, ist denkbar einfach: Am 21. August 1968 passieren sowjetrussische Panzereinheiten das Dorf Siebenhäuser im Erzgebirge (wobei verschwiegen wird, daß auch DDR-Truppen an der Invasion beteiligt waren!), wodurch den SED-Genossen Dr. Rudi Hagedorn, Germanist und Dozent an einem Leipziger Institut („Er schreibt in einem Kollektiv über Macht und Geist der herrschenden Arbeiterklasse“) und seiner Frau Lea Hagedorn, Lehrerin, die Rückfahrt mit ihren Kindern nach Leipzig versperrt bleibt. Ihre unterschiedliche Reaktion auf diese „brüderliche Hilfe“ für die Tschechen und Slowaken, die zur Besetzung ihres Landes keineswegs eingeladen hatten, führt zu einer zwei Tage lang anhaltenden Ehekrise.

Rudolf Hagedorn nämlich, der 1956 über Friedrich Hölderlin promovierte und 1968 als bornierter Parteimann auftritt, bekennt sich bedenkenlos zum Einmarsch ins „sozialistische Bruderland“, ohne informiert zu sein, was da überhaupt geschieht. Die militärische Aktion gegen die „Liquidatoren“ des Sozialismus in Prag erscheint ihm als „das Notwendige“, erst danach könne man „wieder aufatmen“. Was im fernen Moskau im Namen des

Sozialismus beschlossen wurde, ist ihm unbefragt höchste Offenbarung.

Seiner Frau Lea, Halbjüdin mit Konzentrationslagererfahrung, erschließt sich die politische Situation nicht so eindeutig. Sie verkraftet diese Art „Panzerkommunismus“ (Ernst Fischer) nicht, verfällt statt dessen in heftige Weinkrämpfe und hat offensichtlich ihre, wenn auch nirgends klar artikulierten Zweifel am Moskauer Gewaltakt. Am Morgen des 21. August jedenfalls beschwört sie die russischen Panzersoldaten, nicht zuerst zu schießen. Für ihren politischen Argumenten unzugänglichen Ehemann und die stur sozialistische Dorfgemeinschaft stößt diese Bitte auf Unverständnis und wird als „staatsfeindlicher Akt“, fast als Aufruf zur „Konterrevolution“ angesehen.

Die Folge von Leas schüchternem Versuch, eine eigene Meinung zu äußern, ist nicht nur Kopfschütteln beim erzgebirgischen Landvolk, sondern auch die rasche Reaktion der aufgeschreckten Partei. Der LPG-Sekretär zum Beispiel telefoniert umgehend mit der SED-Kreisleitung, und eine eilends anreisende Parteitante aus der Kreisstadt, die die Rotarmisten mit Suppe beköstigt, zeigt sich äußerst erregt. Lea wird überhaupt seit Jahren von ihrem engstirnigen Ehemann und seinem Über-Ich, der Partei, psychisch und politisch unterdrückt. Als sie sich 1966 weigerte, eine Reisegruppe ins frühere Konzentrationslager Buchenwald zu begleiten, weil sie dann in der Kaserne der SS-Wachmannschaft hätte übernachten müssen, witterte die Partei sofort „klassenfeindliches“ Verhalten.

Als sie 1968 ohne Verlagsauftrag und nur für sich ein Buch aus dem Russischen, offensichtlich einen Bericht über stalinistische Verfolgungen 1941, übersetzen will, schreitet Ehemann und Genosse Rudolf rigoros ein: „Und außerdem sollten wir es aus parteilicher Einsicht unterlassen, bestimmte erschütternde Geschichten, die sich in diesem schrecklichen Jahr einundvierzig unter sowjetischen Menschen abgespielt haben, für uns zu übersetzen. Darüber zu reden und zu rechten steht uns nicht an. Besonders nicht in literarischen Diskussionen. Ich will nicht, daß du an diesem Buch weiterarbeitest. Und ich werde dir auch sagen, warum. Wir müssen uns darüber

in aller parteilicher Härte einig werden: das sozialistische und das staatsbürgerliche Bewußtsein unserer Menschen hat sich, wenn wir ans Kriegsende zurückdenken und an die ständigen antikommunistischen Beeinflussungsversuche des Westens, auf breiter Basis stabilisiert. Und trotzdem erlaubt uns dieser für unwahrscheinlich gehaltene Erfolg in der Bewußtseinsbildung noch immer nicht, das typische Bild des Sowjetmenschen durch einzelne menschliche Tragödien, die es gegeben hat, zu erweitern.“

Solche Argumente stellen der Überzeugungskraft der Staatsideologie des Marxismus-Leninismus ein recht dürftiges Zeugnis aus, ganz abgesehen davon, daß es die von westlichen Nachrichtensendungen völlig abgeschirmte und einseitig auf SED-Kurs getrimmte DDR-Realität nirgendwo gibt; vielmehr sind die DDR-Bürger bis in die Funktionärsschicht hinein sehr gut darüber informiert, was 1968 in der Tschechoslowakei geschah. Die hier publizierte Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Vorgängen zeigt nur die Isolierung einer privilegierten „Klasse“, in der solche Funktionärliteratur gedeiht. Je mehr sich im Laufe der Jahre die Okkupation der Tschechoslowakei als politischer Fehler größten Ausmaßes erweist, desto mehr wird dieser Roman von der offiziellen Pflichtlektüre zur ignorierten Makulatur absinken.

So quälend zu lesen dieses Buch in seiner umständlichen Erzählweise und seiner verquollenen Sprache auch ist, so informativ bis zur Denunziation der Funktionärskaste ist es als Lehrstück in politischer Psychologie. Man sollte diese Klassenkampfprosa nicht als Stück heruntergekommener DDR-Literatur lesen, sondern als Psychogramm eines aus dem Bürgertum in die „Neue Klasse“ (Milovan Djilas) der DDR-Prominenz aufgestiegenen Ideologen, der krampfhaft bemüht ist, der Partei seine durch und durch „sozialistische“ Gesinnung vorzuführen. Aus dieser unsäglichem Mixtur: „Klassenverrat“ am Bürgertum plus Verherrlichung des Sowjetimperialismus plus „machtgeschützte Innerlichkeit“ (Thomas Mann) entstand dieser als Literatur getarnte Politschmöker, welcher der Bitterkeit und Ehrlichkeit der Prag-Gedichte eines Reiner Kunze weit unterlegen ist.

Diese beiden Romane von Stefan Heym und Max Walter Schulz sind nicht nur zwei politisch einschneidenden Ereignissen in der Geschichte Europas gewidmet, deren 25. und 10. Jahrestag 1978 begangen wird, ihre Veröffentlichung 1974 bildet zugleich auch den Schnittpunkt zwischen den kulturpolitischen Konzeptionen Walter Ulbrichts und Erich Honekers, auch wenn die seit 1971 propagierte Gesprächsbereitschaft rasch wieder in die alte Restriktionspolitik umschlug. Bis zum Herbst 1976 aber läßt sich ein Nebeneinander zweier Literaturstränge feststellen, von denen der eine — die Funktionärliteratur vom Schlage eines Erik Neutsch und Max Walter Schulz — in der fast tausend Seiten starken „Geschichte der Literatur der Deutschen Demokratischen Republik“ (1976) ihren staatlich sanktionierten Ausdruck fand.

Blättert man in diesem von einem siebenundzwanzigköpfigen Autorenkollektiv unter Leitung von Horst Haase, Hans Jürgen Geerdts, Erich Kühne, Walter Pallus erarbeiteten Jahrhundertwerk des Ost-Berliner Verlags „Volk und Wissen“, so hat man den Eindruck, daß derart dickleibige Kompendien die lebende Literatur mit einem Überangebot parteilicher Interpretationen und marxistischer Literaturtheorie einnebeln und ersticken sollen. Die Vorstellung, daß sich die Literaturentwicklung verselbständigen und nicht nach Plan verlaufen könnte, scheint die Parteigermanistik zu bedrücken. Deshalb auch wurde von den Kulturplanern des Politbüros das Fehlen einer DDR-eigenen Geschichte der DDR-Literatur seit mehreren Jahren beklagt. Noch auf dem VII. Schriftstellerkongreß äußerte Hermann Kant als Vizepräsident des Verbands seinen Mißmut über das Versagen der Germanistenriege, was er eine „peinliche Angelegenheit“ nannte. Peinlich war diese Angelegenheit deswegen, weil die beruflich mit Literatur befaßten DDR-Bürger mit der längst überholten „Deutschen Literaturgeschichte in einem Band“ (Ost-Berlin 1966) von Hans Jürgen Geerdts, die zudem nur bis 1964 reichte, nicht mehr arbeiten konnten und zunehmend auf die ideologisch suspekten Werke des „westdeutschen Klassenfeinds“ angewiesen waren, auf die Bücher von Konrad Franke (1971), Fritz J. Raddatz (1972), Hans-Dietrich Sander (1972), Werner Brettschneider (1972) und Manfred Jäger (1973).

Diese offensichtliche Diskrepanz zwischen westdeutschem Überangebot und hauseige-

nem Mangel verschreckte die Kulturfunktionäre, die hier „ideologische Diversion“ witterten, was den Parteigermanisten Hermann Kähler zu der wirren These verführte, die er später in seiner Kampfschrift „Der kalte Krieg der Kritiker. Zur antikommunistischen Kritik an der DDR-Literatur“ (Ost-Berlin 1974) zu begründen suchte, daß hier „Literatur als Dekkung“ mißbraucht würde „für eine publizistische Schlacht gegen den Sozialismus und die Politik der revolutionären Arbeiterpartei“ (Hermann Kähler), zumal solche Literaturkritik verfaßt würde „von unseren politischen Widersachern ... von Experten in Sachen DDR, deren Hauptlegitimation darin besteht, einmal aus dieser entlaufen zu sein“ (Hermann Kant). Solche Politängste einiger Abgrenzungsideologen scheinen nun ausgeräumt zu sein, nachdem im Mai 1976 „Zu Ehren des IX. Parteitages der SED“, wie ein beigelegter Zettel eigens vermerkte, und „besonders gefördert durch das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“ die „erstmalig vom marxistischen Standpunkt ausführlich und geschlossen“ (Vorwort) erarbeitete Gesamtdarstellung der DDR-Literatur 1945—1974 erschien, die nun für Jahrzehnte mit allen Verdikten und Euphemismen das offizielle Standardwerk zur „sozialistischen deutschen Nationalliteratur“ bleiben soll. Obwohl das Buch als elfter Band einer „Geschichte der deutschen Literatur“ geführt wird, für die noch ein zwölfter über die westdeutsche Literatur vorgesehen ist, wird man davon ausgehen dürfen, daß aus der Konzeption des Gesamtwerks allen nicht-sozialistischen Literaturen deutscher Sprache als „ideologischer Ausdruck“ einer „untergehenden Gesellschaftsordnung“ nur noch marginale Bedeutung zukommt: DDR-Literatur gilt als zukunftssträchtige Ausformung deutscher Gegenwartsliteratur schlechthin, sie ist die Literatur der „aufsteigenden Klasse“.

Schon in der Einleitung wird dieser Wirklichkeitsfremde Dualismus ausdrücklich bestätigt: Das Buch behandelt die „Vorbereitung, Entstehung und Entfaltung der sozialistischen Nationalliteratur der Deutschen Demokratischen Republik“, die „ständig heftigen Anfeindungen durch den Imperialismus ausgesetzt“ sei, aber gleichwohl unbeirrbar ihren „Klassenauftrag“ erfülle. In Westdeutschland dagegen existiere eine von „Klassenwidersprüchen zerrissene Literatur“, die immer nur die grausame „Wirklichkeit des Imperialismus widerspiegelt“.

Solcher auf die Literaturentwicklung übertragene Geschichtsdeterminismus, der sich als materialistische Wissenschaft ausgibt, zwingt die Verfasser andauernd dazu, Daten der politischen Geschichte, der Kulturpolitik und des Literaturprozesses gleichzuschalten. So sind die drei Hauptabschnitte, die auf die politökonomischen Planphasen bezogen werden, jeweils unterteilt in „Gesellschaftliche Entwicklung und Literaturverhältnisse“ einerseits sowie „Wirklichkeitsverhältnis und literarische Gestaltung“ andererseits, wobei man freilich über die Periodisierung der DDR-Literatur durch die verschiedenen SED-Parteitage streiten kann.

Die auffallend nüchterne, fast distanzierte Einschätzung des „Bitterfelder Weges“ (1959/64) unter der nichtssagenden Überschrift „Neue Impulse für das literarische Leben“ läßt sich nur daraus erklären, daß diese Literaturbewegung eine Schöpfung des längst vergessenen Walter Ulbricht (1893-1973) war, der im ganzen Buch nur einmal, für das Jahr 1948, erwähnt wird. Erstaunlich ist auch, daß der Mauerbau von 1961 und seine Folgen für die Literatur völlig ignoriert werden, weshalb man sich, um einer Diskussion auszuweichen, mit ungenauen Daten behilft: Man spricht lieber vom „Anfang der sechziger Jahre“ als vom 13. August 1961. Dabei dürfte doch bekannt sein, daß eine kritische DDR-Literatur, die die Bitterfelder „Kulturoffensive“ nach 1959 rasch neutralisierte, erst nach der gewaltsamen Abriegelung und der Konfrontation mit der DDR-Realität entstehen konnte. Ein ähnlich einschneidendes Datum für die Literatur war der Amtsantritt Erich Honeckers im Mai 1971, den man als „Beginn der siebziger Jahre“ umschreibt. Man sieht, daß die materialistische Konzeption des Buches gerade dort, wo sie angebracht wäre, nicht angewandt wird.

Selbstverständlich arbeiten die Verfasser auch anderswo mit der „Liquidation der Fakten“ (Walter Hinck), wo diese die Geschichtsvision einer klassenlosen Gesellschaft widerlegen könnten. Fast immer fehlen — ihr Beitrag zur DDR-Literatur mag noch so bedeutend gewesen sein — die Namen der Autoren, die in schnöder Undankbarkeit den „Arbeiter- und Bauernstaat“ verließen, wie etwa Gerhard Zwerenz 1957, Uwe Johnson 1959, Christa Reinig 1964, Hartmut Lange 1965. Wo eine Erwähnung unumgänglich ist, wird abgewertet: Alfred Kantorowicz, im Sommer 1957 geflohen, gilt als „späterer Renegat“; Wolfgang

Hädecke und Peter Jokostra, die 1957/58 weggingen, dürfen sich „bürgerliche Lyriker“ nennen; Manfred Bieler, der 1967/68 über Prag nach München kam, vertrat schon 1965 „antisozialistische Positionen“. Sachlicher wiederum sind die drei Seiten über Peter Huchel, der im April 1971 ausgewiesen wurde und in „Meyers Taschenlexikon Schriftsteller der DDR“ (Leipzig 1974) noch nicht vorkam, wenn man auch die Bemerkung nicht unterdrücken konnte, daß er „kein produktives Verhältnis“ zum „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ fand. Auch Hans Mayer, der 1963 seinen Leipziger Lehrstuhl aufgab (und dessen Wirkung auf die DDR-Literatur beträchtlich war), muß sich vorwerfen lassen, eine „ahistorische, klassenindifferente Konzeption in Literaturfragen“ vertreten zu haben.

Politische Zensuren werden auch an Schriftsteller ausgeteilt, die anderweitig Schwierigkeiten mit ihrem Staat hatten: daß Erich Loest zum Beispiel sieben Jahre im Zuchthaus Bautzen saß, wird verschwiegen; daß Peter Hacks' Stück „Die Sorgen und die Macht“ (1962) bis heute verboten ist, kommt nicht vor; daß Werner Bräunigs Romanmanuskript unveröffentlicht blieb, wird nicht erwähnt, auch wenn heute zugegeben wird: „Bei der Durchführung der auf der 11. Tagung gefaßten Beschlüsse kam es zu einzelnen Überspitzungen und Fehlern.“ Immerhin wird Wolf Biermann, was heute wie ein Anachronismus erscheint, auf zweiundzwanzig Zeilen genannt, wenn ihm auch „prinzipielle Gegnerschaft zum realen Sozialismus“ nachgesagt wird. Daß drei Romane Stefan Heyms unter Walter Ulbricht verboten waren, daß Volker Brauns letzte Stücke erst unter Erich Honecker aufgeführt werden durften, daß Reiner Kunze fünf Jahre Berufsverbot hatte („verzerrtes Bild der sozialistischen Gesellschaft“), daß Rainer Kirsch wegen seines Dramas „Heinrich Schlaghands Höllenfahrt“ (1973) aus der SED ausgeschlossen wurde — nach solchen Informationen sucht man in diesem Standardwerk vergebens! Statt dessen bekommt man seitenlange Auskünfte über die schreibenden Kulturfunktionäre Hermann Kant, Erik Neutsch, Max Walter Schulz geboten. Dieses von Parteigermanisten geschriebene Kompendium, das Walter Ulbricht kaum nennen möchte und seine kulturpolitische Konzeption überwunden zu haben vorgibt, ist dem engen Literaturverständnis der fünfziger Jahre noch auf jeder Seite verpflichtet.

Jenseits dieses Literaturdirigismus gibt es aber eine sich seit siebzehn Jahren immer stärker bemerkbar machende Strömung gegenoffizieller Literatur, die von einer ideologisch fixierten Literaturgeschichtsschreibung nicht erfaßt oder aber umgedeutet wird, weil sie ihren Ursprung in der Krise der DDR-Gesellschaft seit dem Mauerbau 1961 hat. Denn schon ein knappes Jahr vor dem Erscheinen des offiziellen Standardwerks, das noch eine ganze Reihe von Autoren verzeichnet, die 1976/77 zur Emigration gezwungen wurden, erschien in der Literaturzeitschrift „Sinn und Form“, deren Chefredakteur sinnigerweise der Altstalinist Wilhelm Girnus ist, Volker Brauns äußerst kritische Erzählung „Unvollendete Geschichte“. Dieses brisante Stück DDR-Prosa von 39 Seiten, das bei Suhrkamp in Frankfurt am Main inzwischen in einem Taschenbuch vorliegt (1977), in DDR-Büchereien aber kaum noch aufzutreiben ist, stammt von einem Autor, der 1945 erst sechs Jahre alt war, der Staatspartei SED also Schulbildung, Studium, Aufstieg und Dichterruhm verdankt — womit der Vorwurf, hier würden ideologische Restbestände „bürgerlichen“ Denkens konserviert, nicht mehr verfängt:

Am 23. Dezember eines ungenannten Jahres — es könnte sich um 1974 handeln — hat der „Ratsvorsitzende des Kreises K.“ mit seiner achtzehnjährigen Tochter Karin eine Aussprache, ihren politisch unzuverlässigen Freund Frank betreffend („er müsse sie warnen“), der wie sein Vater vorbestraft und zudem auch noch in eine dunkle Sache verwickelt sei, über die er, Karins Vater, nicht sprechen dürfe; Karin solle sich jedenfalls von Frank schleunigst trennen („das ist für uns untragbar“).

Die immer folgsame Funktionärstochter will sich dem väterlichen Gebot, so vage auch die Andeutungen über „gewisse Dinge“, die „viele oder, im schlimmsten Fall, alles in ihrem Leben ändern könnten“, gewesen sein mögen, nicht widersetzen. Telephonisch kündigt sie Frank das Liebesverhältnis auf und fährt in die Bezirkshauptstadt M. (gemeint ist Magdeburg), um ein Volontariat bei der SED-Bezirkszeitung (Magdeburger „Volksstimme“) anzutreten, trifft sich aber heimlich mit ihrem Freund, der als Fernmeldetechniker arbeitet: „Sie überlegten angestrengt, was man ihm vorwerfen könnte, es fiel ihnen nichts ein.“

Schließlich lesen sie noch einmal die Briefe durch, die ein republikflüchtiger Schulfreund aus Westdeutschland schrieb, der einen noch unentdeckten Fluchtweg wußte: „Das war zu lächerlich, sie suchten andere Sätze, aber fanden nichts, das den Verdacht erhärten konnte. Das konnte es nicht sein.“

Aber der Verdacht ist da. Daß Frank von der „Staatsicherheit“ überwacht wird, ist offensichtlich. Als SED-Kandidatin Karin, die inzwischen für das Bezirksorgan Parteitage reden redigiert, an Frank einen Brief abschickt, denkt sie voller Angst daran, „daß er gelesen werden könnte“. In den folgenden Tagen wird ihr sozialistisches Weltbild einer harten Bewährungsprobe ausgesetzt, bis es schließlich vollends in die Brüche geht. Bisher nämlich hatte sie ihre DDR-Mitbürger immer nur in zwei Kategorien aufgeteilt: in solche, die vom Sozialismus überzeugt waren, und in solche, die noch überzeugt werden mußten: „Es gab dann noch eine dritte Position, aber die war ganz verloren. Das war die feindliche. Mit dem Feind diskutierte man nicht.“ Nun aber öffnet ihr der Gewissenskonflikt zwischen ihrer „partei-feindlichen“ Liebe zu Frank einerseits und ihrer sozialistischen Erziehung andererseits die Augen für die DDR-Wirklichkeit. Sie entdeckt auf einmal, daß es Zensur gibt, weil die kritische Rede einer Arbeiterin in der Bezirkspresse nicht abgedruckt wird; als sie ihrem Parteisekretär die Briefe Franks aushändigt, bekommt sie Berufsverbot („Zur Bewährung in die Produktion. Aber was für ein Denken, dem das als Strafe gilt?“); bei ihrem Vorgesetzten findet sie weder Verständnis noch die vielgepriesene Menschlichkeit, sondern zerstörendes Mißtrauen; auch von ihrem karrieresüchtigen Vater und ihrer parteifrommen Mutter fühlt sie sich verraten.

Was dieses „ungewöhnlich kritische und pessimistische Bild der DDR“ (so der „Spiegel“ vom 22. Dezember 1975), das in dieser Erzählung geboten wird, für Westleser (DDR-Bürgern dürften die Tatsachen vertraut sein) so aufschlußreich macht, ist der bei der Heldin jäh einsetzende Entpolitisierungsprozeß, der die Politpädagogik der DDR zum realitätsfremden Abstraktum degradiert: „Sich nicht herauslocken lassen. Nicht außer sich geraten, um bei sich zu bleiben. Abstumpfen. Du mußt hart bleiben. Abstumpfen, um bei Sinnen zu bleiben!... Sie spürte eine ungewohnte, exotische Versuchung, sich vom gesell-

schaftlichen Leben abzuweichen, ihre Ideale zu vergessen, ihre Aufgaben wegzuworfen. Und in die bekannte Gleichgültigkeit zu fallen, die politische Abstinenz, die sie sonst verachtet hatte." Als sie nun mit ihrem Privatleben selbst in Schwierigkeiten gerät, sieht sie die Wirklichkeit komplexer und stößt auf den Gegensatz zwischen Ideologie und Realität: „Sich politisch entwickeln, hieß nicht gleich, sich menschlich entwickeln, das mußte sich widersprechen. Sie war ganz starr vom Denken. Ihr Kopf schmerzte.“

Fast sollte man ihr diesen dornenvollen Weg, der sie endlich zum Denken führt, gönnen.

„Kafkaeske“ Tradition

Die Erzählung Volker Brauns, die heute zur in der DDR verbotenen Literatur zählt, weil die innenpolitischen Zustände, gegen die sie gerichtet ist, weiterhin zur Tagesordnung gehören, mag in ihrer unmittelbaren Kritik an den Staatsorganen und in ihrer uneingeschränkten Parteinahme für die Opfer ein Sonderfall sein, wobei sicher auch die ansonsten staatsstreue Haltung ihres Verfassers bei der Veröffentlichung ins Gewicht fiel. Andere Autoren wie Klaus Schlesinger oder Erich Köhler stellen sich der Wirklichkeit nur mittelbar, verfremden sie bei der literarischen Aufarbeitung, weichen aus in Alpträumen oder utopische Bereiche, erklären aber gerade dadurch die Alltagswirklichkeit im Sozialismus, der keine Alternativen anbietet, für höchst ungenügend.

Klaus Schlesingers drittes Buch „Alte Filme“ (1975), im Untertitel eine „Berliner Geschichte“ genannt, ist dem Rostocker Lektor Kurt Batt (1931–1975) gewidmet, was fast einem Gütezeichen gleichkommt. In dieser Erzählung wird mit verhaltener Trauer vom vergeblichen Ausbruchversuch eines Schlossers berichtet, der sich über die Betriebsakademie zum Teilkonstrukteur im Transformatorenwerk Schöneweide qualifiziert hat, dadurch aber die Verbindung zur Arbeiterklasse verliert und mit dem sozialistischen Alltag nicht mehr zurechtkommt. Dabei geht es nur vordergründig um die Wohnungsnot, die den proletarischen Aufsteiger Günter Kotte in seiner privaten Existenz einschränkt, sondern um die niederdrückende Enge des Lebens im „realen Sozialismus“ überhaupt, gegen die an manchen Fernsehenden eben nur die scheinbar befreiende Ersatzwirklichkeit alter

Denn als Funktionärskind hat sie das Delikt „Republikflucht“ — das es, allen Menschenrechten widersprechend, seit dem 11. Dezember 1957 gibt — als Ausdruck sozialistischer Gesetzlichkeit interpretieren gelernt; nun gehört sie selbst zu den Betroffenen und sieht die privilegierte Funktionärskaste, zu der auch ihre Eltern gehören, aus kritischer Distanz: „Diese dicken und dünnen Beamten, denen der Schweiß ausbricht, wenn sie etwas verantworten sollen! Denen ihr Amt lieber ist als Gebrauch davon zu machen... Die ihre Rechte verteidigen, statt daran zu denken, sie allen zu verschaffen!“

Unterhaltungsfilm aus den zwanziger Jahren hilft.

Aber gerade diese Flucht in die Scheinrealität löst in Günter Kotte einen tiefen Konflikt aus: Eines Abends nämlich gibt sich die Untermieterin Jeske, deren störender Husten noch nachts in der hellhörigen Wohnung zu vernehmen ist, als die junge Schleiertänzerin zu erkennen, die in einer Szene des eben laufenden Films auftritt. Nun beginnt sie ausschweifend von ihren Liebhabern und ihren Auslandsreisen vor fünfzig Jahren zu erzählen, was Günter Kotte so verstört, daß er erkrankt und der Arbeit fernbleibt. Er irrt einige Tage durch Ost-Berliner Straßen, steht unschlüssig an der Mauer, die ihm den Blick versperrt, läuft in der DDR-Provinz einem fremden Mädchen nach und gerät am Wochenende in eine Gruppe junger Leute, die in einem Freiraum abseits der Politik leben, wo sie zwanglos nur sie selbst sein wollen. Als Günter Kotte eine Nacht mit dem Mädchen Ulla verbracht hat, gewinnt er ein solches Übermaß an Lebensfreude, daß er freizeitsüchtig in den Brunnen am Alexanderplatz steigt und die Säule erklimmt, was von der unverständigen „Volkspolizei“ freilich als grober Unfug ausgelegt wird.

Danach wird alles fast wieder wie vorher. Von der Kaderleiterin im Betrieb wegen seines „unüberlegten Dummenjungenstreiches“ zurechtgewiesen und mit Kulturaufgaben betraut, ordnet sich Günter Kotte ein in den täglichen Arbeitsablauf und sieht abends zuhause im Fernsehen alte Filme, jetzt aber mit einer unerklärlichen und kaum zu bezwingenden Erregung, die ihn ahnen läßt, daß es noch andere Lebensmöglichkeiten gibt.

Dieses Prosastück will nicht belehren oder aufklären, sondern nur an einem beliebigen Schicksal vorführen, wie das verläuft, was man „Entfremdung im Sozialismus“ nennen könnte. Günter Kotte begreift durchaus nicht, was ihm zustößt, leidet aber unter der Verkümmern seines Lebens und versucht, sich mit seinen Mitteln dagegen zu wehren. Daß diese Mittel untauglich sind, diese Erkenntnis führt ihn, wie der Schluß zeigt, einen kleinen Schritt weiter. Aufschlußreich ist die Rezeption dieser Erzählung durch die DDR-Literaturkritik. Lotte Meyer zum Beispiel interpretiert in „Neues Deutschland“ vom 24. Januar 1976, die gesellschaftskritischen Akzente verkennend oder unterschlagend, munter an den Absichten des Autors vorbei und nimmt die Verzweiflung des jungen Arbeiters nicht wahr. Die existenziellen Ängste, die nicht Ausdruck „sozialistischer Gesellschaftsordnung“ sein dürfen, werden privatisiert und mit Entwicklungsschwierigkeiten der Romanfigur erklärt: „Die Geschichte des Kotte weist auf eine wichtige Frage in unserer Gesellschaft hin: daß junge Leute Bewußtsein und Ziel erst finden müssen. Mir scheint aber, der Autor stellt viele Fragen, doch läßt er in ihrer Beantwortung Konsequenz vermissen. Er führt, zumindest verbal, die Ursache für Kottes Unbehagen auf seine noch eintönige Arbeit zurück.“

Die Alptraumwelt Ost-Berlins ist auch das Thema mehrerer Erzählungen im vierten Buch Klaus Schlesingers „Berliner Traum“ (1977), nur werden hier die politischen Umstände, die Reaktionen der Figuren auslösen, deutlicher sichtbar. Die beiden wichtigsten Texte, die bei DDR-Lesern heftige Diskussionen ausgelöst haben dürften, beschäftigen sich mit dem Mauerbau 1961 und seinen Spätfolgen auf die Psyche der DDR-Bürger. Denn daß die Gewaltaktion vom 13. August 1961 ihre pathogenen Wirkungen hat, zeigt nicht nur das Buch „Die Berliner Mauerkrankheit“ (1971) des geflüchteten Psychiaters Dietfried Müller-Hegemann, sondern wird hier auch literarisch verarbeitet. In der Fluchtgeschichte „Am Ende der Jugend“ werden die Gewissensqualen eines jungen Mannes geschildert, der am 13. August — als er mit seinem Freund in einem wissenschaftlichen Institut eine unverschlossene Tür entdeckt, die auf West-Berliner Gebiet führt — für Sekundenbruchteile vor einer Entscheidung steht, die sein ganzes späteres Leben bestimmen wird. Was hier noch auf zwei Personen, von denen eine die Flucht vollzieht, während die andere wie be-

täubt zurückweicht, aufgeteilt ist, wird in der „kafkaesken“ Erzählung „Die Spaltung des Erwin Racholl“, dem Glanzstück des Bandes, einer einzigen Figur aufgebürdet. Es ist das Protokoll einer im Traum vollzogenen „Republikflucht“, die nicht nur mit schlechtem Gewissen, sondern schließlich auch mit Bewußtseinspaltung erkaufte wird: SED-Mitglied Racholl, der von heute auf morgen den Posten seines Chefs übernehmen soll, ist dem jähen Aufstieg nicht gewachsen. Als er an seinem 35. Geburtstag mit der Stadtbahn zur Dienststelle fährt, landet er gegen seinen Willen in West-Berlin. Seine vergeblichen Versuche, den Rückweg zu finden, führen ihn in eine Vorstadtkneipe, in deren Hinterzimmer über sein unwürdiges Verhalten ein strenges Parteigericht veranstaltet wird. Das klingt nach Traumlogik und surrealistischer Prosa, doch läßt der Autor die Frage offen, ob hier ein Alptraum, aus dem der Held schweißgebadet erwachen wird, oder nachprüfbare Realität vorliegt. Die Folgen jedenfalls sind eindeutig: Racholl trifft sich selbst in der Stadtbahn, die Diagnose der Schizophrenie bestätigt sich.

Einen Krankheitsfall, wenn auch mit positivem Ausgang, analysiert auch Erich Köhler in seiner utopisch anmutenden DDR-Satire „Der Krott“ (1975), die bereits 1970 im Manuskript vorlag und zuerst im West-Berliner Rotbuch-Verlag erschien. Geschildert wird der Krankheitsfall des Kultursekretärs Paul Jordan, der beim Tauchen im Baggersee vom Krott, einem wallnußgroßen Käfer, befallen wird, worauf seine Denkfähigkeit unermesslich gesteigert wird. Der Krott pflegt sich nämlich an der Schädeldecke seiner Opfer festzusaugen und durch ein heimtückisches Gift die sozialistisch eingefahrenen Gedankenbahnen zu stören. Diese Bewußtseinsstörung, von der Umwelt kaum registriert, äußert sich in utopischen Wachträumen von einer „kommunistischen Weltrepublik“, in der es ganz anders zugehen wird als im grauen DDR-Sozialismus von heute: „Es gibt keinen Klassenantagonismus, keine gegensätzlichen Gesellschaftssysteme, höchstens noch Rudimente vernunftwidriger Verhaltensweisen und hie und da ein paar abenteuerliche Restfeinde.“ Um aber dieses hehre Ziel zu erreichen, ist recht umständliche Kleinarbeit nötig. Die beginnt für Paul Jordan schon mit der Rekapitulierung des tagtäglichen Leerlaufs seiner im Grunde ziemlich überflüssigen Tätigkeit als Kulturfunktionär, steigert sich dann zu vorwitziger Sprachkritik an den unsäglichen Politformeln

des „Betriebskollektivvertrages“ und der Protokolle des VII. Parteitages (April 1967) und findet schließlich ihren sichtbaren Ausdruck in Rundgängen durch den Betrieb, um die seit Jahrzehnten verfestigte Entfremdung zur Arbeiterklasse aufzuheben.

Trotz zaghafter Ansätze bleibt die Kritik am „realen Sozialismus“, die sich aus der utopischen Sicht des unerwartet Erkrankten hätte entwickeln können, seltsam unkonkret: Wozu die neuen Gedanken, Wunschvorstellungen, Wahngelbilde, die das Euphorie verbreitende

Käfergift auslöst, überhaupt notwendig sind, bleibt unersichtlich, zumal schon eine einfache Portion gesunden Menschenverstands ausreicht, den DDR-Sozialismus als ein in jeder Beziehung gescheitertes Unternehmen zu erkennen. Die angeblich segensreiche Wirkung des Krott, der schließlich durch einen Hammerschlag auf die Schädeldecke zertrümmert wird, sprengt den Dunstkreis des Funktionärshorizonts nicht. Es bleibt nur die schale Sehnsucht nach einer technischen Utopie, die den Menschen von heute mit seinen Sorgen, Ängsten, Verzweiflungen ausklammert.

Helsinki und die Folgen

Wenn man auch die seit 1971 stärker hervorgetretenen Manifestationen einer kritisch gewordenen DDR-Literatur nur bedingt als Vorläufer einer politischen Opposition verstehen kann, so zeigt doch die überaus heftige Reaktion von Partei und Staatsorganen auf die nicht nur in Ost-Berlin (Wolf Biermann, Thomas Brasch), sondern auch in der DDR-Provinz wie Greiz (Reiner Kunze), Jena (Jürgen Fuchs), Dresden (Siegmar Faust) seit Jahren existente Unterströmung gegenoffizieller Literatur, die mit ungedruckten und im Ringtauschverfahren verbreiteten Manuskripten von sich reden machte, daß man die Gefahr für den Bestand des Systems genau erkannt hatte und ihr mit administrativen Mitteln zu begegnen suchte. Wie die zahlreichen Verhaftungen und Ausbürgerungen seit dem Sommer 1975 — als in Helsinki die KSZE-Schlußakte unterzeichnet wurde, auf die sich jetzt jede DDR-Opposition berufen kann — beweisen, fürchtet man weniger eine leicht auszuschaltende Opposition von „Einzelkämpfern“, die man ohne Aufsehen für Jahre in den Zuchthäusern verschwinden lassen kann, als vielmehr solidarische Aktionen unzufriedener Gruppen. Daß der Literatur hierbei in einem Land, das keine freie Presse kennt, eine besondere Rolle zufällt, steht außer Frage. Es geht längst nicht mehr um Wolf Biermann, der im November 1976 ausgebürgert wurde, oder um Reiner Kunze, der im April 1977 nach Bayern emigrierte, oder um Sarah Kirsch, die im August 1977 nach West-Berlin umzog, oder um Jurek Becker, der im Dezember 1977 mit einem auf zwei Jahre befristeten Visum ausreisen durfte, sondern um die mit aller Gewalt versuchte Eindämmung einer Oppositionsbewegung, die sich auf die humanitären Vereinbarungen von Helsinki beruft.

Daß die literarische Opposition, die nicht mehr zu taktieren bereit ist, sondern den „gesellschaftlichen Auftrag“ rundweg verweigert, von dieser Strafaktion besonders betroffen ist, erklärt sich aus der wichtigen Funktion, die der SED-Staat dem kulturellen Überbau bei der Ideologisierung des öffentlichen Bewußtseins zuschreibt.

Das nichtliterarische Umfeld dieser Opposition reicht von marxistischen Systemkritikern wie Rudolf Bahro (Ost-Berlin) und Helmut Warmbier (Leipzig), deren Verhaftung man noch als innerparteiliche Aktion, mit der Fraktionsbildung verhindert werden sollte, verstehen kann, über die anonyme Verfassergruppe des im Dezember 1977 im „Spiegel“ veröffentlichten „Manifests“ bis zum Hilferuf des Leipziger Lektors Rolf Mainz: „Genossen, kommt doch zu uns“ in der „Zeit“ vom 1. Oktober 1976, der dem Verfasser neun Jahre Zuchthaus einbrachte; „Daß man Menschen töten kann, ohne sie physisch zu liquidieren, ist freilich keine Erfindung der realsozialistischen Autokratie, aber sie hat die Lizenz unerhört perfekt weiterentwickelt. Der Krieg währt nun schon 30 Jahre. Sein erfahrenster General heißt Totschweigen. Berufsverbote gibt es hier nicht, sie werden weder offiziell ausgesprochen noch öffentlich diskutiert. Was es öffentlich nicht gibt, existiert nicht. Die DDR ist frei von Berufsverboten. So ist es nur legitim, daß die Berufsverbotenen frei sein wollen von der DDR.“

Zu diesem Umfeld gehören auch Bürgerrechtler wie die Gruppe um den Riesaer Arzt Karl-Heinz Nitschke und den Ost-Berliner Professor Hellmuth Nitsche, die Widerstandstätigkeit in den Kirchen beider Konfessionen, die Erich Honecker kürzlich zu Zugeständnissen

zwang, und die in der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz im Sommer 1975 in Zeitz gipfelte; und dazu gehört auch die Opposition bei der Jugend, deren kritischste Köpfe seit Jahren andauernden Verfolgungen ausgesetzt sind.

Wie wenig hier sozialistische Erziehung an Schule und Universität gegen die tagtäglich erfahrene Realität auszurichten vermag, zeigen die in Westzeitungen veröffentlichten Lebenszeugnisse von Nico Hübner (geb. 1956) und Helgard Krumm (geb. 1954), die einen derart ausweglosen Pessimismus offenbaren, daß ein Großteil der offiziellen DDR-Literatur, die auf einen staatlich verordneten Optimismus verpflichtet ist, auf den Leser so wirkt, als wäre sie in der obrigkeitsstaatlichen Biedermeierzeit geschrieben worden.

Nico Hübner, der am 14. März 1978 verhaftet wurde, weil er als Ost-Berliner den „Ehrendienst“ in der „Nationalen Volksarmee“ verweigerte, ist der Sohn eines Dozenten an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ und einer Redakteurin am „Berliner Rundfunk“. In seiner gesellschaftskritischen Studie geht er auf die Situation eines DDR-Bürgers ein, der einen Ausreiseantrag gestellt hat und nach einem alternativen Wertsystem zum Marxismus-Leninismus sucht, das für ihn die Philosophie Arthur Schopenhauers ist, dessen Werke in der DDR verboten sind: „Mir dient die Beschäftigung mit der Philosophie Arthur Schopenhauers als Wehr gegen äußere Schikanen und zur Erleichterung der Bürde einer Isolation, einer fehlenden Geborgenheit. ‚Meine Philosophie hat mir nichts eingebracht, aber sie hat mich vor vielem bewahrt‘, sagte Schopenhauer über sich selbst. Diese Funktion hat sie auch heute in der DDR. Seine Philosophie kann am besten begriffen werden, wo ich lebe. ‚Das Leben stellt sich dar als ein fortgesetzter Betrug, im kleinen wie im großen. Was es versprochen, so hält es nicht; es sei denn, um zu zeigen, wie wenig wünschenswert das Gewünschte war: So täuscht uns also bald die Hoffnung, bald das Gehoffte‘. Dieser objektiv-pessimistische Standpunkt kommt der Wahrheit in der DDR näher und behält trotzdem für positive Überraschungen noch einen Platz frei. Vielleicht ändert sich doch noch einmal etwas, und die blutige Grenze durch Deutschland wird unblutig überschritten werden können. Meine Haltung bewahrt mich vor Luftschlössern und daher allzu tiefen Enttäuschungen. So mache ich

mich darauf gefaßt, den Strafvollzug eines Regimes von innen kennenzulernen, denn es ist möglich, jeden Kritiker und jeden Antragsteller einzusperren. Ich will mich nicht einem System beugen, das sich nur durch totalitäre Bewußtseinsmanipulation, durch Bespitzelung von (Anders-)Denkenden, durch Erpressung und Verleumdung an der Macht halten kann.“ (Abgedruckt in: „Die Welt“ vom 31. März 1978).

Ähnlich verlief das Leben Helgard Krumms bis zu ihrer Verhaftung im Oktober 1977, nur daß sie nicht aus einem kommunistischen Elternhaus stammte. Wegen ihrer Wahrheitsliebe hatte sie schon während der Schulzeit Schwierigkeiten und war während ihrer Ausbildung zum Facharbeiter 1970 ständigen Diskriminierungen ausgesetzt. Da sie ihre christliche Überzeugung nicht verleugnen wollte, war sie mehrmals arbeitslos und durfte auch ihren Urlaub nicht im sozialistischen Ausland verbringen. Nach mehreren Vorladungen zur „Staatssicherheit“ und nach Konfiszierung ihres Personalausweises litt sie unter starken Depressionen und stellte daraufhin im März 1977, als sie als Hilfspflegerin in einem Evangelischen Kinderheim arbeitete, ihren ersten Ausreiseantrag. Als auch der dritte Antrag unbeantwortet blieb, schrieb sie einen ausführlichen Bericht über ihre hoffnungslose Situation, der im Oktober 1977 in der „Frankfurter Allgemeinen“ veröffentlicht wurde: „Auch zunehmende Aggressivität und extreme Stimmungsschwankungen als Folge dieser Erlebnisse muß ich mir öfter vorhalten lassen. Neben dieser Angst steht noch die unüberwindliche Verzweiflung über mein Schicksal, über dieses Leben, in dem ich kein Ziel und Sinn mehr erblicken kann. Schon zuviel kostbare Zeit meiner Jugend mußte ich opfern, und so werde ich eines Tages über mein ganzes Leben resümieren müssen, wenn ich nicht jetzt etwas unternehme, um diesem Leben seinen Sinn zurückzugeben, mir noch einige berufliche und private Wünsche und Sehnsüchte zu erfüllen versuche. Dies alles scheint hier unmöglich. Seit anderthalb Jahren habe ich keinen Personalausweis, den ich auch im folgenden Jahr nicht zurückerhalten werde. Meine Freundschaften werden gewaltsam zerstört. Verwandte und Bekannte im Ausland darf ich nicht sehen. Ich bin nun bald 24 Jahre alt und müßte eigentlich schon wesentliche Konzeptionen für das Leben angelegt und mit ihrer Realisierung begonnen haben. Statt dessen zerschlagen sich alle Pläne. Zukunftsaussichten gibt es nicht. Einstige Lebens-

freude weicht mehr und mehr dem Pessimismus. Wie soll ich eine Familie haben können, Kinder, für die das Leben hier nach meinen Erfahrungen unzumutbar sein muß? ... In völliger Hilflosigkeit und Verzweiflung sende ich Ihnen diesen Bericht und bitte Sie, alle vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen

und mir zu helfen, dieser Sinnlosigkeit zu entkommen. Noch habe ich die Hoffnung, daß es einen Ausweg und irgendwo hilfreiche Menschen gibt, die ihn kennen. ... Es ist nur ein Versuch, denn noch möchte ich mich nicht selbst aufgeben müssen." (Zitiert nach dem Manuskript).

Reiner Kunze und Bernd Jentzsch

Als einziger DDR-Autor, der abseits des Literaturbetriebs im thüringischen Greiz lebte, hat sich Reiner Kunze mit seinem Buch „Die wunderbaren Jahre“ (1976), dessen Veröffentlichung im Frankfurter Fischer-Verlag den kaum rehabilitierten Verfasser die Mitgliedschaft im Schriftstellerverband und die DDR-Staatsbürgerschaft im April 1977 kostete, der Situation der DDR-Jugend angenommen. Reiner Kunze war am 21. August 1968 aus Protest gegen die Sowjetokkupation der Tschechoslowakei aus der SED ausgetreten und daraufhin mit fünf Jahren Berufsverbot belegt worden. Seine Gedichtbände „Sensible Wege“ (1969) und „Zimmerlautstärke“ (1972) wie das Kinderbuch „Der Löwe Leopold“ (1971) erschienen nur in westdeutschen Verlagen. Erst im Herbst 1973 druckte der Leipziger Reclam-Verlag eine gereinigte Lyrikauswahl „Brief mit blauem Siegel“ in zwei Auflagen von insgesamt 30 000 Exemplaren, die in kürzester Zeit ausverkauft waren. Was Reiner Kunze mit seinem bisher letzten Buch „Die wunderbaren Jahre“, das auch auf die innenpolitische Situation in der Tschechoslowakei nach 1968 eingeht, auf sich genommen hat, erklärte er in seinem Brief an seine Verlegerin Monika Schoeller: „Nach Erscheinen des Buches rechnen wir, meine Frau und ich, mit jeder (wirklich: jeder) Maßnahme, die eine Regierung gegen einen Schriftsteller treffen kann. Wir hoffen, daß uns das Schlimmste erspart bleibt, aber ich bin auch darauf vorbereitet. Seien Sie jedenfalls versichert, daß ich meinen Teil gründlich bedacht habe.“

In der Tat lesen sich diese knappen, auf die Pointe verkürzten Prosastücke, die dem Leser einen „einmalig schrecklichen Einblick“ (Heinrich Böll) in die Verfassung eines Staates bieten, der die „reale Perspektive“ für ganz Deutschland sein will, wie Illustrationen zu Oskar Brüsewitz' Aufruf: „Verderbt diese Jugend nicht!“ Da wird von Oberschülern berichtet, die im Klassenraum eingeschlossen werden, damit sie nicht zur Beerdigung eines

durch Selbstmord geendeten Mitschülers gehen können; das Tragen schwarzer Armbinden gilt da gleich als „staatsfeindlicher Akt“; ein Lehrling bekommt politische Schwierigkeiten, weil er in seinem Zimmer im Lehrlingswohnheim eine Bibel stehen hat; eine Schülerin wird „bürgerlicher“ Neigungen verdächtigt, weil sie eine Nickelbrille trägt. — Das sind Streiflichter aus dem sozialistischen Alltag. In Reiner Kunzes Buch wird von einer Studentin berichtet, die im Auftrag der „Staatsicherheit“ den Jenaer Studenten Jürgen Fuchs, einen Freund Wolf Biermanns und Robert Havemanns, aushorchen sollte. Für diesen Auftrag sei sie zwei Tage lang von einem Spezialisten für DDR-Literatur geschult worden. Diesen Leuten dürfte es auch nicht schwer gefallen sein, das Pseudonym „Carl-Jacob Danziger“ aufzudecken, unter welchem der Ost-Berliner Schriftsteller Joachim Chajm Schwarz seine Lebensbeichte 1950/69 „Die Partei hat immer recht“ (1976) im Stuttgarter Werner-Gebühr-Verlag veröffentlichte. Der Autor, der eine Reihe verlogener Aufbauromane und Betriebsreportagen schrieb, der für die „Tägliche Rundschau“ und „Neues Deutschland“ arbeitete, bevor er angeblich erkannte, daß er seine besten Jahre für die falschen Ideale geopfert hatte, ist wegen seiner reichlich späten Einsichten eher zu bemitleiden als zu bewundern. Da kam er 1950 voll revolutionärer Hoffnung in das Land des DDR-Sozialismus, wurde aber wegen eines dunklen Punktes in der Kaderakte aus der Partei ausgeschlossen. Zerknirscht verlegte er sich aufs Bücherschreiben und lieferte „immer bereit“ die erwünschte Verklärungsliteratur, die ihm ein materiell sorgenfreies Leben ermöglichte: „Hat er nicht schon 1951, ein Jahr, nachdem er aus Israel in die eben installierte DDR zog, geahnt, wohin das alles führen, wie das enden könnte?“ (Heinrich Böll). Jedenfalls ist sein autobiographisches Buch, trotz aller Bitterkeit, nur der unreflektierte Lebenslauf eines Opportunisten, das Psychogramm eines Vielschreibers und

Schönfärbers, den man aufs kulturpolitische Abstellgleis schob und der sich dafür rächen wollte. Aber auch dieser authentische Bericht, der durch Werner Heiduczek's Roman „Tod am Meer“ (1977) ein fiktives Gegenstück bekam, ist Teil der im Entstehungsland ungedruckten DDR-Literatur, die vom Umdenkungsprozeß auch bei älteren Schriftstellern und ihrer Bereitschaft, die eigene Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten, zeugt.

Es steht außer Zweifel, daß die Mehrzahl der offiziell anerkannten DDR-Schriftsteller mit der Wirklichkeit des Staates, in dem sie leben und arbeiten, vertraut sind. Belegstellen dafür ließen sich in zahllosen Gedichten, Theaterstücken, Erzählungen und Romanen finden. Aber wenn einzelne Schriftsteller nur für sich selbst und ihr umstrittenes, weil realistisches Manuskript einzutreten hatten, war der Verlagslektor, der zwischen Staat und Autor zu vermitteln hatte, in einer noch schwierigeren Position. Er gewann aus dem täglichen Umgang mit Autoren, die schreiben, aber kaum veröffentlichen durften, ein nahezu umfassendes Bild der Vorgänge unten an der „Basis“, derer sich die „sozialistische Nationalliteratur“ nicht annahm. Durch Bernd Jentzsch, bis zum Herbst 1976 Lektor beim Ost-Berliner Verlag „Neues Leben“, der im Dienstauftrag in die Schweiz gereist war, um eine Lyrikanthologie zu erarbeiten, und der von dort einen „Offenen Brief an Erich Honecker“ abgeschickt hatte, worauf er ausgebürgert wurde, ist man annähernd informiert über das kulturpolitische Klima vor der Ausweisung Wolf Biermanns:

„Es gab eine Menge Autoren, die allmählich zu Sorgenkindern geworden waren . . . Zu Sorgenkindern der Leute, die über Druck oder Nichtdruck von Manuskripten oder die Auf- führung oder Nichtaufführung von Stücken zu befinden haben. Heiner Müller gehört dazu, Peter Hacks, Stefan Heym, Christa Wolf und noch eine ganze Reihe von Autoren — die sind sozusagen ohne Lärm wieder integriert worden in das Ensemble der Literatur. Das waren sehr erfreuliche Dinge . . . Mit dem VIII. Parteitag wurde der gordische Knoten zerschlagen, die zurückgehaltenen Manuskripte konnten nach und nach publiziert werden . . . Jetzt sind aber plötzlich wieder neue Bücher, Theaterstücke und Gedichte da. Jetzt haben sie wieder so ein Problem . . . und da stelle ich mir vor, daß es eine dritte Gruppe oder eine dritte Welle von Literatur geben wird, die genau das irgendwann, direkt oder indirekt, in ihren Romanen, Erzählungen und

Gedichten widerspiegelt. Es wird erneut zu einem Stau kommen. Ich habe das Gefühl, daß das, was man immer gefordert hat, nämlich die Realitäten in der DDR zu beschreiben, daß das im Moment stark da ist und immer mehr an Umfang und auch an Qualität gewinnt — und das ist für gewisse Leute offenbar das Problem, daß sich die DDR in der Literatur und in der bildenden Kunst immer realistischer abbilden will . . . Ich kenne eigentlich keinen Autor, der in völliger Opposition zum gesellschaftlichen System in der DDR steht, aber ich kenne eine ganze Reihe von Kollegen, die zu dieser oder jener Sache ihre eigene Meinung haben. Leider besitzen sie nicht die Möglichkeit, das in einer Zeitung in Form eines Artikels kundzutun und eine Diskussion darüber auszulösen, was ich für eine sehr gute Sache halte. Wenn Schriftsteller in Schwierigkeiten zu dem gesellschaftlichen System, in dem sie leben, gekommen sind, dann hängt das doch oft einfach mit ganz praktischen Sachen, die ihren Beruf betreffen, zusammen. Daß sie beispielsweise die Mitteilung bekamen, daß ihr Manuskript nicht erscheint oder . . . daß ein Film, der produziert ist, nicht aufgeführt wird“ (zitiert nach „Weltwoche“ vom 2. Februar 1977).

Das alles klingt noch ziemlich harmlos gegenüber den Vorwürfen, die Bernd Jentzsch nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns an die Kulturbürokratie seines Staates richtete und die ihm, falls er nach Ost-Berlin zurückgekehrt wäre, Zuchthaushaft eingebracht hätten, da er schon auf der Fahndungsliste stand: „In den Wochen und Monaten vor meiner Reise in die Schweiz haben sich in geradezu beängstigender Weise Vorfälle gehäuft, die den Satz von der ‚blühenden Kunst‘ wie einen Hohn erscheinen lassen. Ich besitze Informationen über Haussuchungen bei Schriftstellern, über anschließende stundenlange Verhöre durch Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, über die Beschlagnahmung von Manuskripten, Aufzeichnungen, Tagebüchern, Briefen und Büchern . . . Es ist vorgekommen, daß Haussuchungen ohne Durchsuchungsbefehl versucht und nach einigen Stunden in Anwesenheit eines Staatsanwalts erzwungen worden sind. Zwei musikalisch-literarische Veranstaltungsreihen wurden verboten; eine der bekanntesten Beat-Gruppen wurde aufgelöst, die Mitglieder und der Texter der Gruppe, denen die Berufsausweise entzogen worden

sind, erhielten unbefristetes Berufsverbot... Noch immer kommt es vor, daß DEFA-Filme nicht in das reguläre Kinoprogramm gelangen oder unaufgeführt magaziniert oder gar mit Salzsäure behandelt werden... Die Theaterstücke eines Autors, dem das DDR-Schrift-

stellerlexikon bestätigt, ein ‚politischer Dichter von hohem geistigen und ästhetischen Niveau‘ zu sein, werden zum Teil überhaupt nicht oder nach einem halben Jahrzehnt in der Provinz aufgeführt...“ (zitiert nach „Der Bund“ vom 24. November 1976).

DDR-Literatur in Manuskriptform

Das Verfahren von Zensur und Selbstzensur, das einen literarischen Text verstümmelt, aber dennoch seit mehr als drei Jahrzehnten von der älteren Autorengeneration akzeptiert und praktiziert wird, findet bei einer Reihe jüngerer, um 1945 und später geborener Schriftsteller strikte Ablehnung, weil es die poetische Substanz ihrer Manuskripte zu zerstören droht. Sie weichen in den eng umgrenzten Freundes- und Bekanntenkreis aus, wo ihre Arbeiten diskutiert und „illegal“ reproduziert werden, bis sie eines Tages, wie die Gedächtnisprotokolle von Jürgen Fuchs, bei einem westdeutschen Verlag ankommen.

Der Vorgang allerdings, der zur Entstehung einer Untergrundliteratur führte, ist für DDR-Verhältnisse nicht neu: Die Vorarbeiten zu den beiden Romanen „Aufs Rad geflochten“ (1959) und „Die Liebe der toten Männer“ (1959), die Gerhard Zwerenz nach seiner Flucht aus Leipzig (Sommer 1957) in Köln veröffentlichte, mögen schon 1956/57 unter dem Eindruck des „Tauwetters“ entstanden sein; die Erstfassung des Romans „Mutmaßungen über Jakob“ (1959) von Uwe Johnson lag dem Ost-Berliner Aufbau-Verlag vor, erschien aber aus politischen Gründen bei Suhrkamp in Frankfurt am Main; Christa Rejnigs „Gedichte“ (1963), für die sie 1964 den „Bremer Literaturpreis“ bekam, Hartmut Langes Dramen, an DDR-Theatern nicht aufgeführt, Fritz Rudolf Fries' erster Roman „Der Weg nach Oobliadooh“ (1966) erschienen nur in westdeutschen Verlagen; Peter Huchels Lyrik wurde, während der Autor neun Jahre lang in Wilhelmshorst bei Potsdam im inneren Exil lebte, bis er 1971 ausreisen durfte, in zwei westdeutschen Ausgaben gedruckt; Stefan Heym konnte sich 1969/74 mit drei Romanen nur an die literarische Öffentlichkeit hierzulande wenden; Günter Kunerts einziger Roman „Im Namen der Hüte“ (München 1967) erschien mit neunjähriger Verspätung im Land seiner Entstehung. In der Regel folgten die Autoren bis 1965 und in Einzelfällen auch danach ihren auf Umwegen nach West-

deutschland expedierten Manuskripten — wie die Lyriker Wolfgang Hädecke und Peter Jankostra 1958 — oder emigrierten zumindest ins sozialistische Ausland, wie der Erzähler Manfred Bieler, der 1967 wegen seines ungedruckt gebliebenen Romans „Maria Morzeck oder Das Kaninchen bin ich“ (München 1969) nach Prag und von dort im Sommer 1968 nach München ging.

Es gibt auch Fälle, die ganz anders verliefen: Der schon erwähnte Werner Bräunig resignierte und starb, nachdem sein Wismut-Roman bei Bergarbeitern auf Ablehnung stieß, verbittert im Sommer 1976 in Halle-Neustadt; und von Hermann Kant, dem Vizepräsidenten des DDR-Schriftstellerverbands, kam kein Einspruch, als die Vorveröffentlichung seines Romans „Das Impressum“ (1972) in der FDJ-Zeitschrift „Forum“ 1969 ohne Angabe von Gründen abgebrochen wurde.

Neu an einer sich seit sieben Jahren artikulierenden Untergrundliteratur ist aber, daß ihre Verfasser „unvermischtes DDR-Produkt“ (Wolf Biermann) sind, die das sozialistische Erziehungssystem vom Kindergarten bis zur Universität und zur „Nationalen Volksarmee“ durchlaufen haben und nichts kennen außer dem tristen Angebot des „realen Sozialismus“. Ihr „Proletariernachweis“ ist kaum anfechtbar: „... die Väter sind lupenreine Proletarier, möglicherweise Altkommunisten... Die Söhne, ganz in der DDR aufgewachsen, im Glauben an den Sozialismus erzogen von der Familie, von Kindergarten und Schule. Mit zunehmender intellektueller Reife und engerem Kontakt mit der Arbeitswelt aufgrund der sogenannten ‚polytechnischen Erziehung‘ die ersten Zweifel. Dann ein Schlüsselerlebnis, das fast immer ‚Prag 1968‘ heißt und einen schier unheilbaren Bruch mit der SED bedeutet“ (Karl Corino).

Lebenserfahrungen aus der Sicht einer Klasse, die angeblich die herrschende ist, gemacht in einer Gesellschaftsordnung, die keine Alternative kennt, eingebracht schließlich in Literatur, die nicht gedruckt wird, sind unveräu-

berlich. Weil sich diese Autoren weigern, am häuslichen Schreibtisch gegen geregeltes Einkommen, Altersversorgung und Privilegien wie Westreisen einen für die Partei akzeptablen Beitrag zur „sozialistischen Nationalliteratur“ zu leisten, tauchen ihre Namen in keinem Literaturlexikon auf, zu öffentlichen Lesungen werden sie nicht eingeladen, von staatlichen Stellen nicht gefördert. Zu diesen Autoren gehören nicht nur Thomas Brasch, Siegmund Faust, Jürgen Fuchs, Gerald Zschorsch, deren Namen dem bundesdeutschen Zeitungsleser geläufig sind, sondern auch völlig unbekannte Leute in der Provinz, deren literarische Existenz sich nur dadurch ausdrückt, daß ihre Manuskripte heimlich abgeschrieben und weitergereicht werden: der im November 1976 verhaftete und inzwischen ausgewiesene Bühnenarbeiter Wolfgang Hinkeldey aus Jena; der Arbeiter Wolfgang Hilbig aus Meuselwitz bei Altenburg; der zweimal exmatrikulierte Pfarrerssohn Odwin Quast aus Magdeburg; der Lyriker Siegfried Heinrichs aus Leipzig, der nach seiner Zuchthaushaft jetzt in West-Berlin lebt; die im November 1976 verhafteten und im August 1977 ausgewiesenen Sänger und Liedermacher Christian Kunert und Gerulf Pannach aus Leipzig; der Architekt Wolf Deinert, der aus dem Zuchthaus Cottbus nach West-Berlin abgeschoben wurde; das Leipziger Ehepaar Heide und Gert Härtl, vom Literaturinstitut exmatrikuliert und aus der Partei ausgeschlossen; der Schauspieler Rudolf Koloc und die aus dem Schuldienst entlassene Lehrerin Ursula Großmann aus Dresden.

Was sich Wolfgang Hilbig in seinem Gedicht „Brief in eine andere Gegend“ wünscht, nämlich offene Horizonte und die Möglichkeit, weggehen zu dürfen, hat der 1951 in Plauen im Vogtland geborene Gerald Zschorsch — gegen seinen Willen — erreicht. Nach streng kommunistischer Erziehung durch seine Mutter, die noch heute als Jugendrichterin in Sachsen wirkt, und seinen Vater, der als Diplomat der Moskauer DDR-Botschaft angehört, revoltierte er wie zahlreiche Söhne von

Parteifunktionären gegen den Einmarsch in Prag 1968, wurde zwei Tage später verhaftet und zu 18 Monaten Jugendstrafe verurteilt. Im Sommer 1972, als er am Stadttheater Plauen angestellt war und sein erstes Stück schrieb, folgen wieder zweite Verhaftung und Verurteilung zu fünfeinhalb Jahren Zuchthaus. Im Dezember 1974 wurde er, nachdem sich seine Eltern von ihm losgesagt hatten, aus dem Zuchthaus Cottbus nach Westdeutschland abgeschoben. In seinem ersten Buch „Glaubt bloß nicht, daß ich traurig bin“ (West-Berlin 1977) sind die Eindrücke gesammelt, die der scharf beobachtende Autor im DDR-Alltag, im Zuchthaus und im westdeutschen Exil machte. Es sind Fragmente über die wachsende Desillusionierung durch den Staatssozialismus bei den nach 1949 Geborenen. Das beginnt schon beim Entsetzen der Lehrer, als Schüler Zschorsch zum Fahnenappell in Blauhemd und Blue Jeans erscheint. Später fährt er mit Freunden heimlich zur Autobahn, um die Papierkörbe auf den Parkplätzen zu leeren, in der Hoffnung, streng verbotene Westzeitungen zu finden. Oder er hört „illegal“ eingeführte Schallplatten Wolf Biermanns oder hängt 1968 die Fahne der Tschechoslowakei aus dem Fenster, um an die deutsche Besetzung von 1938 zu erinnern. Da er sich seine Meinung nicht vorschreiben lassen will, stellt er im Geschichtsunterricht provozierende Fragen nach der russischen Beteiligung am Überfall auf Polen 1939, was offiziell verschwiegen wird, worüber ihn aber sein Vater, ein ehemaliger Buchenwald-Häftling, aufgeklärt hat. Der Weg ins Zuchthaus scheint bei solcher Einstellung vorgezeichnet. Aber erst dort lernt er die ganze Wirklichkeit des „realen Sozialismus“ kennen, die er dann in seinem Cottbusser Gefängnistagebuch beschreibt.

Am 18. Dezember 1974 wurde Gerald Zschorsch ausgewiesen — ins westliche Exil, in das er nicht wollte: „Ging auf dem letzten Meter DDR-Gebiet in Richtung Westen. Nach dreiundzwanzig Jahren wurde ich nicht mehr gebraucht, mußte ich mein Land verlassen.“

Gefangen in Sachsen

Von Siegmund Faust, einem Dresdner Freund Wolf Biermanns und Volker Brauns, der zur selben Zeit im Zuchthaus Cottbus einsaß wie Gerald Zschorsch, existieren nur ein paar Gedichte und unveröffentlichte Romanmanu-

skripte, von denen ein Teil in den Aktenschränken des Staatssicherheitsdienstes liegt. Er wurde 1944 in Heidenau bei Pirna geboren, besuchte die Oberschule in Dresden, machte 1964 Abitur und arbeitete danach ein Jahr in

der sozialistischen Landwirtschaft. Die bedrückenden Zustände dort verhinderten jedoch nicht, daß er einen Aufnahmeantrag in die SED stellte: „Dazu gehörte ein unheimlicher Idealismus, denn dort zerbrachen schon meine Schulbuchweisheiten über die Arbeiterklasse, weil die Verhältnisse auf diesem Gut sehr rückschrittlich waren. Meine Eltern und Freunde verstanden nicht, wie ich überhaupt in die Landwirtschaft gehen konnte, wie ich es dort aushielte und warum ich dann noch in die Partei eintreten wollte.“

Danach verdiente er seinen Lebensunterhalt als Kellner in der Sächsischen Schweiz, bis er im Herbst 1965 zum Studium der Geschichte und Kunsterziehung an der Leipziger Universität zugelassen und schon im Sommer 1966 wegen „Disziplinlosigkeit und politischer Unzuverlässigkeit“ exmatrikuliert wurde.

Bis zum Sommer 1967 arbeitete Siegmund Faust, wie es der Bitterfelder Losung von 1959 „Schriftsteller in die Betriebe!“ entsprach, als Viskosewäscher im sächsischen Kunstseidewerk Pirna und wurde von der Belegschaft dort zum Studium ans Leipziger Literaturinstitut delegiert, dem er Gedichte eingeschickt hatte. Dieses am 18. September 1955 eröffnete Institut untersteht dem Ost-Berliner Kulturministerium und gilt als Kaderschule für Nachwuchsautoren, die dort zu „Diplom-Schriftstellern“ ausgebildet werden. Wem dieses Prädikat verliehen wird, der darf sich zur Kulturrelite im SED-Staat zählen.

Im Jahr 1968 freilich, während der Pariser Maidemonstrationen und der Prager Reformbewegung, schien das Vertrauensverhältnis zwischen Dozenten und Studenten des Instituts so tiefgehend gestört, daß überraschend ein Praktikum angesetzt wurde, um die politischen Diskussionen zu unterbinden. Siegmund Faust wurde in das Braunkohlenkombinat „Otto Grotewohl“ nach Böhlen geschickt und erlebte unter den Arbeitern des westsächsischen Kohlenreviers eine ähnliche Unruhe, wie er sie vom Institut schon kannte. In dieser Situation schrieb Siegmund Faust seine „Ballade vom Schwelofen“, die er im Betrieb vortrug und worin der 17. Juni 1953 erwähnt wurde. Diese öffentliche Lesung kostete ihn den Arbeitsplatz in Böhlen und den Studienplatz in Leipzig. Nach Wochen der Arbeitslosigkeit, die es im Sozialismus nicht gibt, wurde Siegmund Faust eines Tages vom Staatssi-

cherheitsdienst zur Mitarbeit aufgefordert, was er, nach Rücksprache mit Volker Braun, ablehnte. Im September 1968 aus Leipzig ausgewiesen, kehrte er nach Heidenau zurück, war als Kellner und Transportarbeiter tätig, schrieb an seinem ersten Roman und gründete mit Freunden eine Laienbühne, die verboten wurde.

Durch Wohnungstausch gelang es ihm 1971, nach Leipzig zurückzukehren und in der Deutschen Bücherei eine Anstellung als Nachtpförtner zu finden. Dadurch hatte er Zugang zur täglich eingehenden Westliteratur, die in der Regel im „Giftschrank“ landete. Bei einer überraschend vorgenommenen Haussuchung fand man bei ihm Briefe an westdeutsche Verlage und Vorarbeiten zu einer Anthologie verbotener DDR-Literatur, was zu seiner ersten Verhaftung am 27. November 1971 führte. Nach elf Monaten Untersuchungshaft, von denen er sieben Wochen in der psychiatrischen Anstalt des Zuchthauses Waldheim verbrachte, fiel er am 30. Oktober 1972 unter eine plötzliche Amnestie, wurde nach Heidenau ausgewiesen und in eine Papierfabrik als Fahrstuhlführer zwangsverpflichtet. Dort erlebte er die Verarbeitung von Westliteratur zu Wellpappe, darunter auch Heinrich Bölls Roman „Gruppenbild mit Dame“, die die Zollorgane aus Westpaketen beschlagnahmt hatten; er wurde in den Dresdner Freundeskreis Wolf Biermanns aufgenommen. Immer wieder stellte er Ausreisearträge.

Nachdem er am 29. April 1974 am Schwarzen Brett der Papierfabrik einen Anschlag befestigt hatte, worin er sich auf die ihm verweigerten Menschenrechte berief, wurde er am 10. Mai zum zweiten Mal verhaftet und wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus Cottbus kam Siegmund Faust im Februar 1975 wegen „psychologischer Kriegführung“ in Einzelhaft. Auf Fürsprache Robert Havemanns, der sich brieflich an seinen Brandenburger Mithäftling vor 1945, Erich Honecker, wandte, wurde er am 22. Mai 1976 nach Heidenau entlassen. Er durfte nach Ost-Berlin übersiedeln und am 1. September 1976 in die Bundesrepublik ausreisen. Heute lebt er in Berlin-Kreuzberg und versucht, sich eine Existenz als Schriftsteller aufzubauen. Zur Zeit arbeitet er an einer sechsteiligen ZDF-Serie über „Christen im Sozialismus“, die im Herbst 1979 gesendet wird.

Den Namen des Vaters von Thomas Brasch, Horst Brasch, kann man in einem westdeutschen Handbuch „Namen und Daten. Biographien wichtiger Personen der DDR“ (1973) finden. Dort bekommt man „chronologisch aufgeschlüsselt, den steilen Aufstieg eines SED-Funktionärs geboten, der es immerhin bis zum ZK-Mitglied, Staatssekretär und stellvertretenden Kulturminister brachte. Im Sommer 1968 aber, dem Jahr der Sowjetinvasion in die Tschechoslowakei, wurde diese Karriere plötzlich unterbrochen: Horst Brasch wurde für zwei Jahre zur Parteischulung nach Moskau geschickt und 1970 in die Provinz zur SED-Betriebsleitung Karl-Marx-Stadt versetzt, was einer Degradierung gleichkam.

Die Erklärung dafür findet man im atypischen Lebenslauf des Sohnes Thomas Brasch, geboren 1945, der sich normenwidrig verhielt, weil er wie Bertolt Brecht die „herrschende Klasse“, aus der er selbst stammt, zu durchschauen begann. Auf der Kadettenschule der „Nationalen Volksarmee“ erzogen, ging er nach dem Abitur in Ost-Berlin für ein Jahr in die Produktion, bevor er in Leipzig Journalistik studierte. Wegen „Verunglimpfung führender Persönlichkeiten der DDR“ und „existenzialistischer Anschauungen“ wurde er 1965 exmatrikuliert; jetzt lernte er den „Arbeiter- und Bauern-Staat“ aus der Sicht derer kennen, in deren Namen und angeblichem Auftrag die SED die Macht ausübt. Im Jahr 1967 zum Studium der Dramaturgie an der Filmhochschule in Potsdam-Babelsberg zugelassen, wurde er nach dem 21. August 1968 erneut exmatrikuliert, verhaftet und zu über zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er mit sechs Freunden, darunter die Söhne Robert Havemanns, 1 500 Flugblätter gegen die Okkupation verteilt hatte, was seinen Vater Amt und Würden kostete. 1969 wurde er begnadigt und zur Arbeit als Fräser ins Ost-Berliner Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“ zwangsverpflichtet. Helene Weigel verschaffte dem angehenden Dramatiker 1971 eine Arbeitsstelle im Bertolt-Brecht-Archiv, die er 1972 wieder verlor. Bernd Jentzsch edierte 1975 in der Reihe „Poesiealbum“ eine schmale Auswahl der mehr als 200 Gedichte Thomas Braschs, die rasch vergriffen war.

Diese biographischen Daten muß man kennen, wenn man den literarischen Wert seiner

schmucklos erzählten, aber eindringlichen Geschichten „Vor den Vätern sterben die Söhne“ beurteilen will; hier schreibt sich ein der Kulturbürokratie unerwünschter Autor, der den vielbeschworenen „Bitterfelder Weg“ auf seine Weise ernst nahm, seine ganze Verzweiflung vom Herzen. In diesen Erzählungen wird nirgends, ohne daß dabei gegen den Staat polemisiert würde, Einverständnis mit der Gesellschaftsordnung vorgeführt oder eine „sozialistische Perspektive“ aufgezeigt. Vielmehr geht es um vergebliche Fluchtversuche über die „Staatsgrenze West“, um die bedrückenden Zustände an der „ökonomischen Basis“, wo doppelt entfremdete Arbeit verrichtet wird: „Einmal herrscht da noch die alte Produktionsweise und zum andern eine Ideologie, die behauptet, es wäre eine neue“. Es geht um die Verzweiflung eines entlassenen Häftlings, der mit Frauen nichts mehr anzufangen weiß: „Wie hätte ich ihr erklären sollen, daß die Stille der Einzelzelle einen Ring um das Herz legt und das Gehirn austrocknet, bis es wie ein ausgewrungener Lappen im Schädel begraben ist.“ Solche Erfahrungen, wie sie der Autor im Gefängnis und im Ost-Berliner Fabrikalltag sammeln konnte, lassen sich weder verdrängen noch als „Übergangserscheinungen“ wegdiskutieren, sondern allenfalls literarisch fixieren, was, wie es in der Erzählung „Und über uns schließt sich ein Himmel aus Stahl“ ausgedrückt wird, schon schwer genug ist: „Vielleicht hast du recht, sagte er, tatsächlich zerspringt mir der Kopf von all den Theorien, Systemen und historischen Gesetzmäßigkeiten, die ich gelernt habe. Sie wollen unseren Blick auf die angeblich großen Dinge lenken, damit wir unsere eigenen Erfahrungen nicht ernst nehmen. Wir dürfen auf die Barrikaden gehen, wenn es um Musik geht oder um Frisuren oder um Hosen...“.

Thomas Brasch, dessen Theaterstücke vom Ost-Berliner Henschel-Verlag abgelehnt und dessen Prosatexte vom Rostocker Hinstorff-Verlag als „grobe Verzerrung der DDR-Arbeitswelt“ bezeichnet wurden, wurde am 10. Dezember 1976 mit seiner Freundin, der Schauspielerin am „Berliner Ensemble“ und Tochter Benno Bessons, Katharina Thalbach, nach West-Berlin ausgewiesen.

Literatur als „staatsfeindlicher Akt“

Der in der Bundesrepublik vor einem Dreivierteljahr noch völlig unbekanntes Schriftsteller Jürgen Fuchs, 1950 in Reichenbach bei Zwickau geboren, ein Freund Wolf Biermanns, Siegmars Fausts und Reiner Kunzes, wurde am 19. November 1976 in Ost-Berlin verhaftet. Sein unbeirrbarer, fast zwangsläufig erscheinender Weg ins Zuchthaus hat eine zweijährige Vorgeschichte, die man jetzt in seinen „Gedächtnisprotokollen“ (Reinbek 1977) nachlesen kann. Er begann im Herbst 1974, als Jürgen Fuchs, dessen erste Gedichte in Bernd Jentzschs Anthologie „Auswahl 74“ erschienen waren, in Heft 5 der Literaturzeitschrift „Sinn und Form“ einen kritischen Beitrag zu Andreas Reimanns Aufsatz „Die neuen Leiden der jungen Lyrik“ (Heft 2) lieferte. Während der Leipziger Lyriker Reimann nur den „Niedergang des Formbewußtseins“ beklagt hatte, stellte der Jenaer Psychologiestudent Fuchs die provokatorische Frage: „Wie aber, wenn dieser verkommenen Form ein verkommener Inhalt entspricht?“

Die folgenden Stationen, von der Anklage („Schlag mitten ins Gesicht des Sozialismus“) durch die Parteileitung der „Sektion Psychologie“ bis zur Exmatrikulation („wegen Schädigung des Ansehens der Universität in der Öffentlichkeit“) und deren Bestätigung durch den DDR-Ministerrat, hat er dokumentiert. Es sind authentische Texte von höchstem Informationswert: Aufzeichnungen von Verhören durch Partei- und Staatsorgane (leider wurde das „Gedächtnisprotokoll einer Befragung durch den Staatssicherheitsdienst“ aus dem Rowohlt-Band „Wolf Biermann. Liedermacher

und Sozialist“, Reinbek 1976, nicht aufgenommen).

Schuld an diesen ständigen Anhörungen sind die literarischen Versuche von Jürgen Fuchs, die in diesem Band manchmal kaum eine Seite füllen und die, auf halboffiziellen Veranstaltungen in der Provinz vorgetragen und „illegal“ verbreitet, der immer wachsamem „Staatssicherheit“ schon frühzeitig aufgefallen sein dürften. Das erste dieser achtzehn — an Reiner Kunzes letztes Buch erinnernden — Prosastücke (alle davor geschriebenen wurden aus Angst vernichtet) zeigt die verständnislose Reaktion der Eltern („Wir haben's weggetan, sagte sie, wir haben's verbrannt“) und den Vorsatz des Sohnes, sich von jetzt an nicht mehr der Selbstzensur zu unterwerfen. Also würde er es in Zukunft ablehnen, sich der „Sklavensprache“ zu bedienen, geschweige denn, wie in dem Stück „Das Interesse“ geschildert, seine Texte den Behörden zur Zensur einzureichen: „Wir sind wachsam, zeigen Sie uns Ihre Gedichte, bevor sie gedruckt werden, bevor sie gelesen werden, bevor sie gehört werden, bevor sie gelobt werden, bevor sie kritisiert werden, bevor sie geschrieben werden.“

Jürgen Fuchs wurde zusammen mit Christian Kunert und Gerulf Pannach — allen dreien war mit zehn Jahren Zuchthaus gedroht worden — am 26. August 1977 nach West-Berlin abgeschoben. Unter dem Titel „Du sollst zerbrechen“ berichtete er im Oktober/November 1977 im „Spiegel“ über seine Hafterfahrungen.

Linguistische Verfremdungen

Hans Joachim Schädlich, 1935 in Reichenbach/Vogtland geboren, der vorerst letzte Autor, der im Dezember 1977 ausgebürgert wurde, arbeitete schon einige Jahre als Linguist an der Ost-Berliner „Akademie der Wissenschaften“ und als Übersetzer in Berlin-Köpenick, ehe er zu schreiben und seine sehr präzise gearbeiteten Texte DDR-Verlagen anzubieten begann, die ihn zwei Jahre lang mit „Diskussionen“ aufhielten und ihm schließlich „Umkehr und Besinnung“ anempfahlen. Sein Buch „Versuchte Nähe“ erschien dann im Sommer 1977 im Hamburger Rowohlt-Verlag.

Schon die Titelerzählung macht offenkundig, daß die zuständigen DDR-Lektoren überfordert waren, als sie diese minutiöse Schilderung einer Mai-Demonstration aus der Sicht des — scheinbar — vom Volk umjubelten Potentaten eines ungenannten Staates zu prüfen hatten. Dieser Mann, der dem Volk entfremdet und von Sprechchören umbrandet auf seinem Podest steht, trägt nicht von ungefähr die Züge Erich Honeckers.

Ähnliche Bezüge zur DDR-Realität zeigt die etwas unbeholfene Skizze „Nachlaß“, worin die Freund-Feindschaft zwischen Walter Ul-

bricht und seinem Staatsdichter Johannes R. Becher einen ernüchternden Einblick in die Zensurpraxis gibt, die erst nach dem Dichtertod voll wirksam wird.

Dennoch bieten nur wenige Texte — da Namen und Daten nicht genannt werden — einen unverstellten Blick auf die DDR-Wirklichkeit, wie etwa „Schwer leserlicher Brief“, in dem ein Arbeiter, der seinen kranken Vater in West-Berlin nicht besuchen durfte, nun erbittert einen Antrag auf Ausbürgerung stellt („... ersuche ich hiermit Sie, auf der Liste der Einwohner mich auszustreichen“), oder „Unter den achtzehn Türmen der Maria vor dem Teyn“, wo zwei DDR-Jugendliche am 22. August 1968 in Prag dem Westfernsehen ein Interview geben, mit dem Rücken zur Kamera selbstverständlich, worauf versierte Tontechniker des „Instituts für einheimische Sprache“ nach den Besitzern der „zwei eingefangenen Stimmen“ fahnden, um sie der „Staatsicherheit“ zuzuführen; in den meisten Fällen aber bevorzugt der Autor die Verfremdung seiner Texte, macht sie unkenntlich durch historische Einkleidung und kommt dabei zu ganz überraschenden Ergebnissen. Die Erzäh-

lung „Letzte Ehre großem Sohn“ zum Beispiel besteht nur aus der regierungsamtlichen Todesanzeige des russischen Außenministers 1896. Der byzantinisch schwülstige Stil der Lobeshymne auf den Verstorbenen aber ist ganz offensichtlich dem Tonfall kommunistischer Zeitungen bei Todesfällen nachempfunden — eine Sprachsatire, deren Modelle täglich im „Neuen Deutschland“ nachzulesen sind. Auch der Text „Besuch des Kaisers von Rußland bei dem Kaiser von Deutschland“ gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Breslau und die beiderseitige Warnung vor der Gefahr des „Buddhismus“ in Ostasien spricht aus, indem er verhüllt. Preußische und russische Geschichte scheinen dem Autor unerschöpfliches Arsenal für die Erhellung der Gegenwart zu sein.

Das Meisterwerk heißt „Satzsuchung“ und behandelt Selbstzensur und Uminterpretation der Wirklichkeit im Vorfeld der Berliner Mauer, vorgenommen durch den gelähmten Dichter Paul Scarron (1610—1660), der über keine Wirklichkeitserfahrungen verfügt und sich deshalb am Fenster einen Reim auf die Umwelt zu machen sucht.

Übergänge: Volker Braun und Andreas Reimann

Es gibt freilich auch zwei Gegenbeispiele zur Untergrundliteratur, wo es der Partei halbwegs gelungen ist, ihre Ansprüche durchzusetzen: Volker Braun und Andreas Reimann. Durch seinen Essayband „Es genügt nicht die einfache Wahrheit“ (Leipzig 1975 und Frankfurt 1976), der inzwischen vergriffen ist, wurde Volker Braun bei jungen Intellektuellen fast zur moralischen Instanz, auf die sich immer wieder oppositionelle Studenten beriefen, die vor der Exmatrikulation standen und sich strafweise in der Produktion zu bewähren hatten. Die Erzählung „Unvollendete Geschichte“ (1975) schien eine Eroberung bisher verleugneter Wirklichkeitsbereiche anzudeuten. Doch seine Wortmeldung zum IX. Parteitag: „Denn in der Partei sind alle gleich; und deshalb vermag sie die Erfahrungen der verschiedensten Tätigkeiten und Ebenen zu bündeln zum revolutionären Plan“ und das nachträgliche Abrücken vom mitunterzeichneten Protestschreiben gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns zeigte wohl ein neues Einschwenken auf den offiziellen Kurs.

Noch augenfälliger ist die Entwicklung des Leipziger Lyrikers Andreas Reimann vom

Jahrgang 1946, dessen Eltern 1953 Selbstmord begingen. Er kam in ein staatliches Erziehungsheim und schrieb schon mit fünfzehn Jahren frühreife Gedichte. Von Franz Fühmann gefördert, wurde er durch die Lyrikdiskussion 1964 bekannt; 1968 kritisierte er den Einmarsch in die Tschechoslowakei, wurde verhaftet, kam in die psychiatrische Anstalt des Zuchthauses Waldheim und wurde vorzeitig entlassen. In der Bundesrepublik wurden einige Gedichte 1966 in Peter Hamms Anthologie „Aussichten“ gedruckt; 1975 erschien sein erster Gedichtband „Die Weisheit des Fleisches“; 1976 wurde ihm der Leipziger „Förderpreis für Literatur“ verliehen. Dennoch zeigen sich auch bei ihm, lyrisch verschlüsselt, Zweifel am DDR-Sozialismus: „Luft! Und welche Worte nun, und wie, sagen, wem, und ohne Luft, der Strick, ist, der mich so würgt, Verzweiflung: ach, daß ich weiß, wir werden siegen, ist wenig tröstlich für die Witwen, weckt keinen Blitzlang die Toten auf.“ Es ist auch hier zu erwarten, daß diese noch verdeckte Sprache eines Tages umschlägt in die offene Aussage darüber, woher diese Erstikungsängste kommen.

Vor dem VIII. Schriftstellerkongreß

Die Politik der Ausweisung und Verhaftung von Wolf Biermann im November 1976 über Jürgen Fuchs bis zu Hans Joachim Schädlich im Dezember 1977, die zu einer Beruhigung an der literarischen Front, das heißt zur Einschüchterung der Wortführer hätte führen sollen, bewirkte genau das Gegenteil: Die in der DDR verbliebenen Schriftsteller, besonders die Verfasser der Petition 1976 an Erich Honecker, zeigten sich verbittert und äußerten, sofern sie nicht wie Christa Wolf und Jurek Becker mit literarischen Plänen beschäftigt waren oder aber Proteste überhaupt für sinnlos hielten, ihren Unmut in der Westpresse. Am 16. Juli 1977 veröffentlichte Rolf Schneider, wenige Wochen vor der Ausweisung der Lyrikerin Sarah Kirsch im August, in der „Frankfurter Allgemeinen“ sein Romanfragment „November“, der das Schicksal der Ost-Berliner Schriftstellerin Natascha Roth behandelte. Der Roman selbst, der vom stellvertretenden Kulturminister Klaus Höpcke auf der Leipziger Buchmesse im März 1978 kritisiert wurde, blieb bis heute ungedruckt.

Die Serie der „Offenen Briefe“, mit der sich mehrere DDR-Autoren im Sommer 1977 in der Presse des „Klassenfeinds“ miteinander verständigten, wurde am 19. Juli 1977 mit Joachim Seyppels Schreiben an Jurek Becker, der aus dem Schriftstellerverband ausgetreten war, eröffnet. Joachim Seyppel, der erst im Herbst 1973 aus der Bundesrepublik nach Ost-Berlin übergesiedelt war, äußerte darin den Verdacht, Jurek Becker wolle die DDR verlassen und nach Israel auswandern. Auf diesen Brief antwortete nun aber nicht der Angesprochene, sondern Günter Kunert, und zwar in der „Zeit“ vom 5. August 1977. Die Antwort fiel allerdings so verschlüsselt aus, daß man sich den Text erst übersetzen mußte: „Der Theorie nach kulminiert alle vorangegangene Menschheitsgeschichte in der sozialistischen Gesellschaft, in welcher einstige Sehnsüchte und Bedürfnisse und Träume sowohl erfüllt als aufgehoben sind. Mit einem Satz: die Utopie ist prinzipiell realisiert; das Leben kann nur noch besser, noch schöner, noch reicher, noch vielfältiger werden. Doch die Verwirklichung im Reiche der euphorisch ignorierten Notwendigkeiten und falsch eingeschätzten massiven Realitäten bringt es mit sich, daß die Gegebenheiten sich häufig als die stärkeren erweisen und zu dominieren beginnen. Das bedeutet, da das Ideal nicht ohne Abstriche umgesetzt werden kann, daß die ra-

pide zunehmende Anzahl von Abstrichen tabuiert wird. Und nun kommt der Schriftsteller daher, für den ausgerechnet das Spannungsverhältnis zwischen Ideal und Wirklichkeit ein Grundelement seiner Intentionen darstellt, und an ihm und seinem Werk wird die Kluft deutlich... Die Unterdrückung von Kritik, dem einzigen Korrektiv für die Funktionsfähigkeit von Gesellschaften — es gäbe keine bürgerliche mehr ohne sie — und die absolute Begriffsstutzigkeit für den erforderlichen Widerspruch, diesen Prüfstein der eigenen Theorie und Praxis, sie haben im Laufe von Jahren dazu geführt, daß jede abweichende Ansicht eo ipso als ein mit der ‚Waffe des Worts‘ vollzogenes Attentat gewertet wird.“

In der „Frankfurter Rundschau“ vom 11. August 1977 antwortete Joachim Seyppel auf Günter Kunerts Brief und schrieb im West-Berliner „Tagesspiegel“ vom 28. August 1977, dem Tag ihrer Ausreise, einen „Eilbrief an Sarah Kirsch“, auf den zwar nicht die ausgebürgerte Lyrikerin antwortete, wohl aber Stefan Heym, Günter Kunert und Heiner Müller, die alle den von Joachim Seyppel angegriffenen Stephan Hermlin verteidigten, der im November 1976 die Aktion zugunsten Wolf Biermanns koordiniert, sich später aber davon distanziert hatte. Im „Stern“ vom 24. November 1977 griff Rolf Schneider noch einmal den Streit um Wolf Biermann auf und bekannte sich zur Petition vom November 1976, äußerte aber zugleich auch einige wirklichkeitsfremde Gedanken, die bei der Kulturbürokratie nicht auf Wohlwollen gestoßen sein dürften: „Unsere vor einem Jahr genährte Hoffnung, die DDR werde Wolf Biermann wieder Zutritt zu ihrem Territorium gestatten, war sicher utopisch, und sie ist utopisch geblieben. Blicke ich genau hin, ist sie heute etwas weniger utopisch als vor einem Jahr. Zu allen Zeiten war es das Geschäft der Marxisten, die Utopie der Wirklichkeit anzunähern und die Wirklichkeit der Utopie.“

Das ist ein verwirrendes Spiel für den Betrachter von außerhalb, zumal Rolf Schneider am 28. April 1978 in der „Frankfurter Rundschau“ wieder einen „Offenen Brief“ abdrucken ließ, worin er sich über den SED-Ideologen Hans Koch beklagte, der ihm im „Neuen Deutschland“ vom 15. April 1978 die sozialistische Gesinnung abgesprochen hatte. Klar wird aus dieser Korrespondenz nur, daß auch

die DDR-Schriftsteller auf den öffentlichen Meinungsstreit angewiesen sind und sich das Recht dazu, wenn es ihnen nicht in den eigenen Medien zugestanden wird, außerhalb der Landesgrenzen suchen müssen.

Außerhalb der DDR-Grenzen erschien auch Jurek Beckers vierter Roman „Schlaflose Tage“ (Frankfurt 1978), der den selbstverschuldeten Abstieg des Ost-Berliner Lehrers Karl Simrock zum halbwegs zufriedenen Arbeiter in einer Brotfabrik zeigt, weil ihm die Lust zur Anpassung fehlt. Er trennt sich von seiner Frau, wohnt bei Antonia, die von der Universität verwiesen wurde und in Ungarn einen Fluchtversuch unternimmt, und möchte seinen Selbsterziehungsplan als Versuch verstanden wissen, den „Zustand seiner Umgebung und seiner sozialistischen Hoffnungen“ einander anzunähern.

Hier kämpft ein DDR-Bürger um seine verletzte Menschenwürde, womit dieser Roman an die Tradition der Bitterfelder Literatur um 1964 anknüpft. Die Schlüsselszene beschreibt den Versuch der Schulbehörde, den mit Berufsverbot bestrafte(n) Lehrer zu begnadigen: „Wie können Sie hoffen, ich entschuldigte mich für ein Unrecht, das man mir zugefügt hat? Wie können Sie von mir erwarten, daß ich Dankbarkeit für eine Demütigung aufbringe? Und vor allem: Wie können Sie sich einen Lehrer wünschen, der auf solche Angebote einzugehen bereit ist?“

Solche Bücher, unmittelbar vor dem VIII. Schriftstellerkongreß veröffentlicht, der für den 29. bis 31. Mai 1978 nach Ost-Berlin einberufen wurde, lassen den tiefen Konflikt erkennen, der im Herbst 1976 zwischen einer Gruppe international angesehener, aber dennoch ständig gedemütigter DDR-Autoren und einer selbstherrlichen Kulturbürokratie aufgebrochen ist. Dieser Konflikt wird noch dadurch verschärft, daß zum ersten Mal in der Verbandsgeschichte seit 1952 die Gruppe der „Unruhestifter“, wozu Christa Wolf, Franz Fühmann, Stefan Heym, Günter Kunert, Klaus Schlesinger gehören, zum Kongreß nicht zugelassen wurden. Bei Christa Wolf mag noch erschwerend ins Gewicht fallen, daß ihr bei Funktionären umstrittener Roman „Kindheitsmuster“ (1976) einige auf die DDR-Gegenwart

bezogene Passagen enthält; so schreibt sie zum Beispiel über den Selbstmord eines Lehrers mit seiner Freundin am 1. Februar 1973: „Sie war zum zweitenmal nicht zum Medizinstudium zugelassen, obwohl sie alle Voraussetzungen glänzend erfüllte“, womit angedeutet wird, welche Wirkung Berufsverbote auch in der DDR haben können.

Verwunderlich ist die nach anderthalb Jahrzehnten Mauererfahrung von der enttäuschten DDR-Bevölkerung in die Literatur ausgreifende Verzweiflung keineswegs. Es sind heute nicht mehr nur die Schriftsteller ersten Ranges, die die Gesellschaft jenseits der vorgegebenen Ideologie erkunden wollen, sondern auch Autoren wie Werner Heiduczek, die der SED Aufstieg und Erfolg verdanken. Sein dritter Roman „Tod am Meer“ (1977), die Selbstanklage eines gescheiterten Schriftstellers, der am Schwarzen Meer seine Lebensbeichte niederschreibt, ist nur auf Untergang und Verdüsterung gestimmt. Wie vorsichtig der Autor dabei zu Werke ging, sieht man daran, daß er den als fiktiv erkennbaren Handlungsablauf, der sicher autobiographische Züge trägt, noch durch ein „Vorwort des Herausgebers“ verfremden mußte. In diesem Buch wird das Psychogramm eines sozialistischen Schriftstellers sichtbar, der durch Jahrzehnte immer nur Auftragsliteratur geliefert hat und jetzt an innerer Leere zugrunde geht.

Die Literaturkritik sprach von einer „geradezu hitzigen Sucht nach Ehrlichkeit“ und von einer „erbitterten Suche nach seelischen Verwundungen, nach innerer Verkrüppelung“. Daß solche Bücher, so ehrlich sie auch sind, das auf Hochglanz polierte Bild einer „sozialistischen Nationalliteratur“ empfindlich stören, ist offensichtlich. Hans Koch erwähnte denn auch in seinem programmatischen Aufsatz „Kunst und realer Sozialismus“ im „Neuen Deutschland“ vom 15. April 1978 ausdrücklich dieses Buch. Es lasse den Aufbau des Sozialismus als „Golgatha-Weg ... als eine Häufung von Begebenheiten, die zu moralischer Bedrückung und Scham Anlaß bieten, als eine Art Trampelpfad zwischen Unrecht und Anmaßung“ erscheinen und stelle dadurch das „Gesellschaftsbild des realen Sozialismus in Frage“.

Zur Wirksamkeit der politischen Erziehung in der DDR

In die politische Bildung wurden in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung hohe Erwartungen gesetzt. Allem Bildungsoptimismus zum Trotz, der die heftigen Auseinandersetzungen über die Schulpolitik beflügelte, haben empirische Erfolgskontrollen jedoch regelmäßig Ernüchterung verbreitet: In die Kraft politischer Bildung in den Schulen kann nur eine mäßige Hoffnung gesetzt werden.

Kann die Schule der DDR nach fast 30 Jahren seit Gründung des Staates eine erfolgreichere Bilanz aufweisen? Ist es ihr gelungen, durch

die Ausrichtung aller kontrollierbaren Erziehungsträger auf ein einheitliches Ziel, der Herausbildung ihres Ideals der „sozialistischen Persönlichkeit“ näherzukommen? Angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung der DDR 1977 bereits zu 45 % Geburtsjahrgängen von 1945 ff. angehört¹⁾, sind damit Fragen angeschnitten, die weit über ein akademisches Interesse an den Wirkungschancen politischer Bildung unter den Bedingungen unterschiedlicher Systeme hinaus erhebliche Relevanz besitzen²⁾.

I. Zielsetzung: die sozialistische Persönlichkeit

Die Wirksamkeit politischer Bildung kann nur vor dem Hintergrund der jeweils verfolgten Zielsetzung angemessen eingeschätzt werden. Das allgemeine Ziel aller Erziehungsmaßnahmen wird in der DDR im Begriff der „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“ (abgekürzt: „sozialistische Persönlichkeit“) gefaßt, deren Herausbildung Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag als eine „Hauptaufgabe der Partei bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ bezeichnet hat³⁾. In dieser Formulierung steckt eine der theoretischen Grundannahmen über den Stellenwert der Erziehung: Auch im Sozialismus entsteht das Klassenbewußtsein nicht spontan.

Anders als es das Basis-Überbau-Schema, nach dem das Sein das Bewußtsein bestimmt, vermuten läßt, folgt aus der Schaffung einer neuen Gesellschaft nicht automatisch die Herausbildung eines neuen Menschen, einer neuen Persönlichkeit. „Das Leben zeigt uns fortwährend ein Zurückbleiben der subjektiven Seite des Prozesses hinter der objektiven... Es muß berücksichtigt werden, daß die Umgestaltung des Bewußtseins der Menschen lang-

wieriger und komplizierter verläuft, als die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse.“⁴⁾ Hier liegt die Aufgabe der Erziehung. Sie hat die Kluft zu schließen, die auch im Sozialismus zwischen dem „Alltagsbewußtsein“ und dem „wissenschaftlichen Bewußtsein“ besteht⁵⁾. Damit wird die Vermittlung der marxistisch-leninistischen Ideologie als der höchsten Form des wissenschaftlichen Bewußtseins zum notwendigen Bestandteil der Erziehung.

Für die inhaltliche Definition der angestrebten sozialistischen Persönlichkeit bedeutet dies, daß der marxistisch-leninistische Klassenstandpunkt eines ihrer konstitutiven Merkmale ist. In der Hierarchie der Erziehungsziele nimmt er die Spitzenposition ein⁶⁾. Er konkretisiert sich in sieben politisch-ideologischen „Grundüberzeugungen“, die hier im Wortlaut zitiert werden⁷⁾:

¹⁾ Statistisches Jahrbuch der DDR 1977, Berlin 1977, S. 385.

²⁾ Vgl. die umfassende Darstellung des Verf., Politische Erziehung in der DDR (erscheint im Herbst 1978).

³⁾ Erich Honecker, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 70.

⁴⁾ So der sowjetische Theoretiker G. J. Gleserman, Das Verschmelzen der gesellschaftlichen und persönlichen Interessen und die Formung des neuen Menschen, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 15 (1967), S. 419.

⁵⁾ Vgl. Erich Hahn, Spontaneität und Klassenbewußtsein, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 20 (1972), S. 805—828.

⁶⁾ Vgl. Gerhart Neuner, Zu ideologisch-theoretischen Grundpositionen des neuen Lehrplanwerks und der Aufgabenstellung, in: Pädagogik 24 (1969), S. 996—1013.

⁷⁾ Aufgabenstellung des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralrates der FDJ zur weiteren

(1) „Die Überzeugung von der historischen Mission der Arbeiterklasse unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei und ihrer führenden Rolle und wachsenden Verantwortung im revolutionären Kampf bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft;

(2) Die Überzeugung vom objektiven Charakter der Entwicklung in Natur und Gesellschaft und von der Fähigkeit der Menschen, diese Gesetzmäßigkeiten zu erkennen und in bewußter, verändernder Tätigkeit anzuwenden;

(3) Die Überzeugung von der Gewißheit, daß die Zukunft der ganzen Menschheit der Sozialismus ist, daß wir in der DDR zu den Siegern der Geschichte gehören und daß der Sozialismus auch in Westdeutschland siegen wird;

(4) Die Überzeugung von der historischen Aufgabe der DDR und der Verantwortung der Jugend bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und bei der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik und der sozialistischen Staatengemeinschaft;

(5) Die Überzeugung von der entscheidenden Rolle der ruhmreichen Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus;

(6) Die Überzeugung, daß Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit nur dort gesichert wird, wo das werktätige Volk unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei die politische Macht ausübt;

(7) Die Überzeugung, daß die Jugend ihres eigenen Glückes Schmied ist, in dem sie die Rechte und Pflichten gegenüber der sozialistischen Gesellschaft bewußt wahrnimmt, sich fest in die sozialistische Menschengemeinschaft einordnet, Verantwortung für das Ganze trägt und ein kulturvolles Leben führt.“

Zwei Aspekte der skizzierten Konzeption der sozialistischen Persönlichkeit verdienen hervorgehoben zu werden: der erste betrifft die formale, der zweite die inhaltliche Seite des Zielsystems.

a) *Formale Seite:* Die Strukturierung der Erziehungsziele läßt eine klare Rangordnung er-

Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend der DDR, vom 9. April 1969, in: Deutsche Lehrerzeitung 19 (1969), Beilage DLZ-Information, S. 5.

kennen: Der Kern der sozialistischen Persönlichkeit sind die Grundüberzeugungen, die gegenüber Kenntnissen und Fähigkeiten eine eindeutige Priorität haben. Diese Position läßt sich als „intellektualistisch“ bezeichnen.

Die theoretische Grundlage der intellektualistischen Ausrichtung besteht in der Annahme, daß das gesamte Verhalten des Menschen von politisch-ideologischen Grundüberzeugungen bestimmt wird, daß diese rational begründbar sind, und daß im Marxismus-Leninismus („logische und ideologische Quintessenz des ganzen Wissensschatzes der Menschheit“⁸⁾) eine umfassende, zugleich empirische und normative Theorie vorliegt, die diese Begründung leistet. Dies läßt der Schule keine andere Wahl, als die Ideologie (so gründlich, wie es der jeweilige Entwicklungs-

INHALT

- I. Zielsetzung:
die sozialistische Persönlichkeit
- II. Die Umsetzung der Erziehungsziele
- III. Ergebnisse der politischen Erziehung:
Empirischer Befund
 1. Einstellungen
 2. Verhalten
- IV. Wirkungen der Schule
 1. Konstellation der Erziehungsträger
 2. Wirkungsbedingungen der Staatsbürgerkunde
 3. Wirksamkeit der Staatsbürgerkunde
- V. Zusammenfassende Interpretation

stand der Schüler zuläßt), zu propagieren, bei der Behandlung eines jeden Gegenstandes den Bezug zu ihr herzustellen und die Konsequenzen für das persönliche Handeln theoretisch abzuleiten.

b) *Inhaltliche Seite:* Durchgängiges Merkmal der Grundüberzeugungen ist ein dichotomisches Denkmuster, mit dessen Hilfe der gesamte Bereich des Politischen auf ein einfaches Freund-Feind-Schema reduziert wird⁹⁾.

⁸⁾ Gerhart Neuner, Schulpolitische und pädagogische Aspekte der Einheit von Bildung und Erziehung, in: Pädagogik 23 (1968), S. 715. Vgl. ders., Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung, Berlin 1973, S. 160.

⁹⁾ Horst Adam, Die Entwicklung des sozialistischen Vaterlandsbewußtseins unter dem Aspekt des Freund-Feind-Bildes bei den Schülern im Staatsbürgerkundeunterricht der Klassen 7 und 8, Dissertation Deutsches Pädagogisches Zentralinsti-

Theoretische Grundlage ist die Lehre vom Klassenantagonismus. Die geschichtsphilosophische und erkenntnistheoretische Interpretation der Klassentheorie führt dazu, daß die Begriffe „Freund“ und „Feind“ nicht allein für einander ausschließende und sich bekämpfende politische Konzepte und deren Träger stehen, sondern mit anderen Dichotomien zusammenfallen: Fortschritt—Reaktion, Sieg—Untergang, Frieden—Krieg, Wahrheit—Irrtum usw.

Die Konsequenzen der Anwendung des dichotomischen Denkmusters für die politisch-ideologische Erziehung lassen sich in einigen Punkten zusammenfassen.

— *Verkürzung der Realität*: Die Schwierigkeit, alle Erscheinungen der gesellschaftlichen Realität im Prokrustesbett eines Freund-Feind-Schemas unterzubringen, hat die Ausblendung weiterer Bereiche zur Folge. Eklatantestes Beispiel ist die Volksrepublik China, die im Unterricht nur am Rande behandelt wird.

— *Etikettierung statt politische Auseinandersetzung*: Die Tatsache, daß theoretische Positionen, die als nicht übereinstimmend mit der

marxistisch-leninistischen Ideologie betrachtet werden, gleichzeitig als objektiv feindlich und damit auch als falsch gelten, macht die Auseinandersetzung mit ihnen unter dem Gesichtspunkt der Prüfung ihres sachlichen Gehaltes überflüssig.

— *Tabuisierung*: Mit der prinzipiellen Diskreditierung nichtorthodoxer Auffassungen geht die Tabuisierung der eigenen Ideologie und der eigenen gesellschaftlichen Realität einher. Entsprechend lautet der Tugendkatalog. Arbeit wird zur ersten Bürgerpflicht und Lernen zur ersten patriotischen Pflicht der Jugend erklärt. Hier dokumentiert sich, was die Dichotomie von Freund und Feind innenpolitisch bedeutet: die Entproblematisierung von Ziel und Weg zum Sozialismus, die Reduktion der politischen Rolle auf die Erfüllung der gesellschaftlich vorgegebenen Anforderungen im unmittelbaren Lebensbereich¹⁰⁾.

— *Mobilisierung durch Romantik*: Die antagonistisch verstandenen Dichotomien ermöglichen es darüber hinaus, die politische Romantik des Kampfes und der Revolution zumindest für die Mobilisierung Jugendlicher in die Gegenwart zu retten¹¹⁾.

II. Die Umsetzung der Erziehungsziele

Die Vermittlung der politisch-ideologischen Grundüberzeugungen als Kern der sozialistischen Persönlichkeit ist nicht ausschließlich dem Fach Staatsbürgerkunde zugeordnet. Politisch-ideologische Bildung und Erziehung ist durchgängiges Unterrichtsprinzip für alle Fächer: „Es gibt kein unpolitisches Fach, keine unpolitischen Methoden. Es gibt keine reinen Fachfragen. Man kann deshalb nicht hier po-

tut 1969, S. 64; vgl. auch Horst Adam und Helmut Zapf, Die Erziehung unserer Schuljugend zum sozialistischen Internationalismus, in: Pädagogik 26 (1971), S. 378.

¹⁰⁾ Vgl. dazu die Analyse von Irma Hanke, Sozialistische Demokratie als Einheit von Politik, Ökonomie und Moral, in: Deutschland Archiv 7 (1974), Sonderheft, S. 508.

¹¹⁾ Aufgabenstellung, a. a. O., S. 3. Vgl. Rudolf Parr, Ergebnisse, Entwicklungstendenzen und Probleme bei der Verwirklichung der neuen Lehrpläne im Staatsbürgerkundeunterricht und die nächsten Aufgaben aus der Sicht des VIII. Parteitagess der SED und des VII. Pädagogischen Kongresses der DDR, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 14 (1972), S. 395, der die mit dem „weiteren gesellschaftlichen Vormarsch“ verbundene Herausforderung an die Parteilichkeit und Aktivität der Jugend als „revolutionäre Romantik unserer Zeit“ bezeichnet.

litisch und dort fachlich führen wollen, weil eine Sache, die objektiv zusammengehört, nicht künstlich getrennt werden kann.“¹²⁾ Das erfordert zweierlei: Die Ausrichtung jedes einzelnen Faches auf die politisch-ideologische Zielsetzung und die Koordination der Fächer untereinander zur Ausschöpfung der entsprechenden Potenzen.

Über den durch den Lehrplan festgelegten Unterricht hinaus soll der gesamte Ablauf des Schulbetriebs als Mittel der politisch-ideologischen Erziehung wirken. Dem dient eine breite Palette von Veranstaltungen. Sie reicht von Appellen, der Feier politischer Gedenktage, gesellschaftswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften und FDJ-Aktivitäten bis hin zu den vielfältigen, teils obligatorischen Formen der Wehrerziehung.

Der spezifische Beitrag des Faches Staatsbürgerkunde besteht zum einen darin, daß in ihm die zentralen Bereiche der gesellschaftlichen

¹²⁾ So der Minister für Volksbildung, Margot Honecker, Alles für die allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit, in: Pädagogik 23 (1968), S. 765.

und politischen Wirklichkeit selbst, die Kategorien zur Analyse und Bewertung dieser Wirklichkeit, also der Marxismus-Leninismus, als Unterrichtsgegenstand systematisch vermittelt werden. Zum anderen „synthetisiert“ der Unterricht im „Schlüssel-fach“ Staatsbürgerkunde das von den übrigen Fächern gelieferte Material unter den systematischen Gesichtspunkten der Grundüberzeugungen.

Staatsbürgerkunde wird in der zehnklassigen polytechnischen Oberschule von Klasse 7 bis 10, in den Klassen 11 und 12 der Erweiterten Oberschule und den entsprechenden Klassen der Berufsausbildung mit jeweils einer oder zwei Wochenstunden unterrichtet. Das Fach wird nach einem verbindlichen Lehrplan erteilt, der bis in die einzelnen Unterrichtseinheiten hinein detailliert vorgegeben ist. Unterrichtshilfen unterstützen die Arbeit der Lehrer, einheitliche Schulbücher die der Schüler; beide sind auf den Lehrplan abgestimmt.

Die Zulassung nur eines verbindlichen Schulbuchs, seine im Vergleich zu den übrigen Unterrichtsmitteln intensive Verwendung, seine genaue Abstimmung mit dem Lehrplan und der geltenden politischen Linie sowie seine Konzeption als *Lehrbuch* reflektieren den Vorrang, der kontinuierlichem Lernen, systematischer Wissensaneignung und Überzeugungsbildung gegeben wird. Dies wird unter der Prämisse möglich und notwendig, daß es nur *eine* Interpretation der gesellschaftlichen Wirklichkeit gibt, die sich in einem Kanon von Erkenntnissen und Überzeugungen fixieren und systematisch vermitteln läßt. Daß ein Unterrichtsstil, der sich durch die Einübung fertig formulierter Kenntnisse, deren Illustration und Begründung auszeichnet und eine grundsätzliche Auseinandersetzung ausschließt, auf Grenzen hinsichtlich der Dauerhaftigkeit und Praxisrelevanz des damit erzielten Wissens und der vermittelten Überzeugungen stößt, wird in der DDR deutlich gesehen. Im Zuge des seit dem Ende der 60er Jahre eingeführten neuen Lehrplanwerks¹³⁾

¹³⁾ Vgl. dazu Dietmar Waterkamp, Lehrplanreform in der DDR. Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule 1963—1972, Hannover 1975.

wird versucht, dem durch die Propagierung eines aufgaben- und problemorientierten Unterrichts Rechnung zu tragen. Nach der Devise, das „Lernen selbst zur Triebkraft des Lernens zu machen“¹⁴⁾, soll durch entdeckendes Lernen die Überzeugungskraft der vom Schüler selbständig und in eigener Verantwortung erarbeiteten Lernergebnisse gefördert werden.

Wie ein Überblick über die seitherige Praxis zeigt, stehen dem neuen didaktischen Ansatz jedoch einige Hindernisse entgegen. Die Entwicklung einer primären Lernmotivation wird zunächst durch die soziale Situation im Klassenzimmer verhindert. Nach wie vor ist der Unterricht stark auf den Lehrer zentriert, der mit Hilfe der Zensuren „richtige“ und „falsche“ Lernergebnisse sanktioniert und die soziale Kontrolle zusätzlich über das Klassenkollektiv organisiert. Darüber hinaus wird der Problem- und Aufgabenlösungsprozeß im Unterricht durch die Art der Problemstellung, die Informationswahl, die Festlegung der Auswertungskriterien und Begriffe sowie das Repertoire der angewandten Denkopoperationen in einer Weise eingeschränkt, die nur den angestrebten Lösungen eine Chance läßt. Dabei werden vor allem vier Denkmuster systematisch eingeübt:

- Nachweis der „Wahrheit“ allgemeiner Aussagen mit Hilfe ausgewählter Fakten;
- Ableitung von Aussagen aus solchen höheren Allgemeinheitsgrades;
- Anwendung von Aussagen auf Sachverhalte zum Zwecke ihrer Einordnung und „Wertung“;
- Ableitung von Handlungsstrategien bei gegebenen Zwecken.

Zwei Denkmuster, die in den lerntheoretischen Prämissen des Problemunterrichts enthalten sind, fehlen hingegen: die konsequente empirische Überprüfung von Aussagen und damit zusammenhängend die systematische Ermittlung der Erklärungskraft alternativer theoretischer Konzepte.

¹⁴⁾ Autorenkollektiv, Lehrplanwerk und Unterrichtsgestaltung, Berlin 1969, S. 88.

III. Ergebnisse der politischen Erziehung: Empirischer Befund

Eine empirisch abgesicherte und differenzierte Beantwortung der Frage, ob die politische Erziehung erfolgreich war, stößt auf eine Reihe von Schwierigkeiten: Lückenhaftigkeit des Materials aufgrund einer selektiven Forschungsstrategie und einer zunehmend restriktiven Publikationspolitik der DDR; beschränkte Vergleichbarkeit und Aussagekraft auch der verfügbaren Daten, die meist aus Untersuchungen an Schülern stammen, die im Klassenzimmer gerade in politisch-ideologischen Fragen einer eingespielten sozialen Kontrolle unterliegen. Will man jedoch nicht auf Aussagen überhaupt verzichten, bleibt nur die Wahl einer synoptischen Analyse, die die genannten Vorbehalte in Vorsicht bei der Interpretation ummünzt¹⁵⁾.

1. Einstellungen

Erklärtes Ziel des Staatsbürgerkundeunterrichts wie der Schule überhaupt ist es, die politisch-ideologischen Grundüberzeugungen zum Kern der Persönlichkeit zu machen und im Zusammenhang damit die politische Dimension für den Schüler zur zentralen Lebensperspektive werden zu lassen. Erste Aufschlüsse in dieser Hinsicht bieten Studien über den Grad des politischen Interesses. Aus allen Untersuchungen¹⁶⁾ geht hervor, daß die überwiegende Mehrheit der Schüler ein starkes oder zumindest mittleres Interesse an Politik angibt. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind gering, doch steigt das politische Interesse mit dem Bildungsniveau, auf dessen höheren Stufen geschlechtsspezifische Differenzen verschwinden. Bei den männlichen Studenten und den weiblichen

¹⁵⁾ Vgl. Jürgen Micksch, *Jugend und Freizeit in der DDR*, Köln/Opladen 1972; Gebhard Schweigler, *Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR*, Düsseldorf 1973; Hans-Peter Schäfer, *Jugendforschung in der DDR*, München 1974; Walter Jaide und Barbara Hille (Hrsg.), *Jugend im doppelten Deutschland*, Opladen 1977; vgl. auch den Forschungsbericht des DDR-Soziologen Artur Meier, *Soziologie des Bildungswesens. Eine Einführung*, Köln 1974.

¹⁶⁾ Vgl. Walter Friedrich, *Jugend heute*, Berlin 1967, S. 132 ff.; Werner Hennig, *Zur Psychologie des jugendlichen Neuerers*, in: *Jugendforschung*, Heft 3/4 1967, S. 7—29. Hans-Joachim Hausten, *Zur Erhöhung der ideologisch-erzieherischen Effektivität des Unterrichts*, Dissertation Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut 1969, Anhang 7. S. 2 f.; Bernhard Werner, *Variabler Stil der Unterrichtsführung — eine entscheidende Voraussetzung für hohe ideologisch-erzieherische Wirksamkeit des Staatsbürgerkundeunterrichts*, Dissertation Akademie der Pädagogischen Wissenschaften 1972, Anl. 7.

Berufsschülern kumulieren sich die Effekte. Sie bilden die Extrempole (mit 70 % bzw. 13 % starkem Interesse). Die Stadt/Land-Unterschiede sind unbeträchtlich, während es oft — auch innerhalb der gleichen Schule — zu großen Differenzen zwischen einzelnen Klassen kommt¹⁷⁾.

Stellt man hingegen die Frage nach der tatsächlichen Bereitschaft, sich politisch zu informieren, so ergeben sich wesentlich niedrigere Werte. Bei der Zeitungslektüre rangiert Politik erst an sechster Stelle der Nennungen¹⁸⁾, und politische Sendungen des Fernsehens finden das geringste Interesse aller Sendetypen¹⁹⁾. Diese Befunde werden bekräftigt durch Untersuchungen über die Problemstruktur von Jugendlichen: Unter den problemauslösenden Faktoren spielt Politik nur eine untergeordnete Rolle²⁰⁾.

Die aus den Ergebnissen dieser Untersuchungen resultierende Annahme eines vergleichsweise geringen Stellenwertes des politischen Bereichs im Erleben der Schüler wird durch die bisher wohl aussagekräftigste Studie von Hennig bestätigt, bei der der Rang von 17 Interessengebieten gemessen wurde²¹⁾. Diese Studie ist auch deshalb von besonderem Interesse, weil inzwischen Hille²²⁾ das von Hennig entwickelte Instrument bei Untersuchungen in der Bundesrepublik eingesetzt hat und deshalb die (seltenen) methodischen Voraussetzungen für einen Vergleich von Forschungsergebnissen aus der DDR und der Bundesrepublik gegeben sind. Dieser Ver-

¹⁷⁾ Vgl. Friedrich, a. a. O., S. 135; Helmut Neujahr, *Die Rolle der Autorität in den sozialistischen Lehrer-Schüler-Beziehungen im Staatsbürgerkundeunterricht der 7. Klassen*, Dissertation Halle 1969, Anlage 1, S. 5.

¹⁸⁾ Neujahr, a. a. O., Anhang 1, S. 15; Friedrich, a. a. O., S. 142 f.

¹⁹⁾ Vgl. Rolf Kahl, *Fernseherleben und Fernsehverhalten 13—14jähriger*, Dissertation Karl-Marx-Stadt 1971, S. 86, 144, 149.

²⁰⁾ Vgl. Helmut Herrmann, *Untersuchungen zum Problemlernen bei Jugendlichen im Alter von 13—16 Jahren*, in: Günter Clauss und Adolf Kossakowski (Hrsg.), *Pädagogisch-psychologische Beiträge zur Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten*, Berlin 1974, S. 165.

²¹⁾ Werner Hennig, *Interessenstrukturen von Jugendlichen*, in: *Jugendforschung*, Heft 5 (1968), S. 19—34.

²²⁾ Barbara Hille, *Interessen von Jugendlichen im interkulturellen Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 27 (1975), S. 568—591.

gleich zeigt, daß Politik in der DDR mit Platz 11,5 bei den Schülerinnen und Platz 9 bei den Schülern weit hinter den entsprechenden Werten (Platz 3,5 bzw. Platz 1) der Jugendlichen in der Bundesrepublik rangiert²³⁾.

Die überwiegende Mehrheit der Schüler erklärt, daß sie stolz auf die DDR ist²⁴⁾. Allerdings scheinen sich Stolz auf die DDR und gesamtdeutsches Bewußtsein nicht vollständig auszuschließen. Zwar bejahen 77,2 % der befragten Schüler entschieden die Frage „Bist Du stolz, ein junger Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein?“, jedoch können sich nur 56,9 % derselben Stichprobe zur ebenso entschiedenen Bejahung der Frage entschließen: „Alles verbindet mich mit der sozialistischen DDR, aber nichts mit dem imperialistischen Staat in Westdeutschland“²⁵⁾.

Inwieweit das Staatsbewußtsein ideologisch fundiert ist, läßt sich feststellen, wenn die Einstellung zur DDR nicht mehr global angegangen wird. Aufschlußreich sind die Begründungen, die Schüler (ohne Antwortvorgabe) dafür abgeben, daß sie die DDR als ihr Vaterland betrachten²⁶⁾. Die „klassenmäßige“ Begründung: „Die DDR ist ein sozialistisches Land, das die Interessen der Werktätigen vertritt“ erhält dabei die wenigsten Nennungen (11,4 %). In erster Linie (57,6 %) wird die DDR deswegen als Vaterland betrachtet, weil man hier geboren wurde, wohnt und lernt. Darauf folgt als zweithäufigster Grund (21,4 %), daß man in der DDR glücklich und zufrieden leben könne und daß die Zukunft gesichert sei. Hier zeigt sich eine geringe ideologische Fundierung des DDR-Vaterlandsbewußtseins.

In die gleiche Richtung weisen die Antworten auf die Frage nach dem Ausmaß, in dem die „Arbeiterklasse“ und ihre Führung für den einzelnen persönlich bedeutsam werden. Stimmen noch 70,3 % der Aussage zu, die Führer der Arbeiterklasse seien ihr Vorbild, so ist die Arbeiterklasse selbst nur für 51 % der Schüler ein „Beispiel“ für ihr eigenes Le-

ben²⁷⁾. Bemerkenswerter als diese im Vergleich niedrigen Prozentsätze ist jedoch die Tatsache, daß die Vorbildfunktion der Arbeiterklasse und ihrer Führer von Klassenstufe zu Klassenstufe abnimmt (auf 55,7 % bzw. 38,0 % in der 10. Klasse).

Die Bundesrepublik hat im Staatsbürgerkundeunterricht die Funktion eines negativen Gegenbildes zur DDR zu erfüllen. Dies gilt insbesondere beim Aufbau eines Freund-Feind-Schemas. Auch hier scheint das Ziel weitgehend erreicht zu sein: Auf direkte Fragen äußern 92,5 % der Schüler, daß die Bundesrepublik den Frieden bedrohe, 85,3 % daß in ihr die Arbeiterklasse ausgebeutet werde, und 88,4 % daß ihre Gesellschaftsordnung abgeschafft werden müsse²⁸⁾.

Sobald die Suggestivität der Fragen zurückgenommen wird oder in eine andere Richtung wirkt, ändert sich das Bild. Während 85,3 % der Schüler auf eine allgemeine Frage die westdeutschen Arbeiter für ausgebeutet halten, verneinen nur zwischen 74,1 % und 46,1 % der Befragten differenziertere positive Aussagen zu diesem Thema²⁹⁾. Es läßt sich vermuten, daß auch hier die im Sinne der Erziehungsziele positiven Aussagen in dem Maße nachlassen, wie statt allgemeiner Einstellungen ein differenziertes Urteil über konkrete Sachverhalte verlangt wird³⁰⁾.

Mit zunehmendem Alter scheint sich eine eher kritische Haltung auch gegenüber allgemeinen Aussagen zu entwickeln. Dies zeigt sich bei der Stellungnahme zu folgender These: „Die Bonner Regierung und die westdeutsche Bundeswehr sind der größte Feind des deutschen Volkes und eine Gefahr für alle friedliebenden Menschen. Deshalb hasse ich die westdeutschen Machthaber.“³¹⁾

Während in Klasse 6 noch 90,4 % der Schüler dieser Aussage vorbehaltlos zustimmen, sind

²³⁾ Hille, a. a. O., S. 582.

²⁴⁾ Vgl. Hausten, a. a. O., Anh. 7, S. 13; Hartmut Oelsner, Probleme der ideologischen Erziehung im Staatsbürgerkundeunterricht der 7. Klasse, Dissertation Halle 1971, Anhang 3.1.

²⁵⁾ Oelsner, a. a. O., Anhang, S. 12; Horst Kühn, Bedingungen der Überzeugungsentwicklung bei Jugendlichen der Klassen 7 und 8, Dissertation Akademie der Pädagogischen Wissenschaften 1973, S. 217 f.

²⁶⁾ Hausten, a. a. O., Anhang 7, S. 12.

²⁷⁾ Horst Albrecht, Die ideologisch-erzieherische Funktion objektiver Bewertungsmaßstäbe im Prozeß der Herausbildung eines festen marxistisch-leninistischen Klassenstandpunktes. Eine Untersuchung zur Einschätzung und Wertung ideologischer Sachverhalte durch Schüler, Dissertation Erfurt-Mühlhausen 1972, S. 126.

²⁸⁾ Ekkehard Sauer mann, Die Entwicklung der Einheit von ideologischer Bildung und Erziehung im Staatsbürgerkundeunterricht, Habilitationsschrift Halle-Wittenberg 1970, Anlage 5, S. 12; Werner, a. a. O., Anlage 6.

²⁹⁾ Beispiel: „Die Kapitalisten in Westdeutschland bringen der Gesellschaft ... auch Nutzen“; Sauer mann, a. a. O., Anlage 5, S. 8 ff.

³⁰⁾ Sauer mann, a. a. O., S. 174 f.

³¹⁾ Albrecht, a. a. O., S. 270 f.

es in Klasse 9 nur noch 50,7 %. Daß der Anteil in Klasse 10 wieder auf 60,8 % ansteigt, wird auf die jetzt einsetzende intensive Wehrerziehung zurückgeführt. Bemerkenswert ist auch der geringe, aber ununterbrochene Anstieg des Anteils derjenigen, die die These strikt ablehnen.

Ein direkter Vergleich der Einstellungen der Jugendlichen zur DDR einerseits und zur Bundesrepublik andererseits, der sich aus den berichteten Befunden wegen der verschiedenen Verfahren nicht ziehen läßt, wird durch eine Studie möglich, die Ulrike Siegel in Leipzig durchgeführt hat. Sie ermittelte die Einschätzungen verschiedener Nationen, darunter neben den USA, der Sowjetunion, China, Polen, Kuba, Afrika auch der Bundesrepublik und der DDR. Oberschüler und Lehrlinge wurden gebeten, Eigenschaften von typischen Angehörigen der genannten Nationen zu bewerten. Die Einschätzungen entsprechen ziemlich genau dem Erziehungsziel³²⁾. Die Bürger der Sowjetunion werden am positivsten, die Amerikaner am negativsten bewertet. Das Bild wird bestätigt durch die negative Einschätzung der Chinesen und die positive der Kubaner. Ein Vergleich zwischen Bundesrepublik und DDR wird durch ein Polaritätenprofil möglich, das teilweise sehr große Abweichungen der beiden Profile aufzeigt. Es ergibt sich eine wesentlich größere Affinität der Einschätzungen zwischen der DDR und der Sowjetunion sowie der Bundesrepublik und den USA als zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Angesichts beträchtlicher Einschätzungsunterschiede in wichtigen Eigenschaftsdimensionen kann von einem „fortbestehende(n) gemeinsame(n) Stereotyp der Deutschen beider Seiten“³³⁾ keine Rede sein.

Sind die Unterschiede und Übereinstimmungen der Einschätzungen zwischen Bundesrepublik und DDR bereits sehr bemerkenswert, so läßt eine Spezifizierung der Beurteilergruppen nach dem Schultyp weitere wichtige Aufschlüsse zu³⁴⁾. Im Vergleich zu den Schülern der Erweiterten Oberschule existiert für die Berufsschüler zwischen den Bürgern der Bundesrepublik und der DDR weitergehende Über-

einstimmung. Die Untersuchung über nationale Stereotype bestätigt somit Ergebnisse anderer Vergleichsstudien³⁵⁾: Es ist gelungen, freilich in unterschiedlichem Ausmaß, eine positive Selbsteinschätzung der DDR und ein negatives Fremd- bzw. Feindbild der Bundesrepublik aufzubauen.

Ein Überblick über die empirischen Befunde zu den politischen Einstellungen insgesamt läßt trotz der Lückenhaftigkeit des Materials einige durchgängige Tendenzen erkennen:

a) Die Übernahme der durch die Erziehungsziele formulierten Einstellungserwartungen ist in verschiedenen Bereichen von deren Grad der Generalisierung abhängig. Je allgemeiner eine Forderung formuliert wird, desto leichter wird sie akzeptiert und desto eher wird ihr — zumindest verbal — entsprochen. Je konkreter und detaillierter die erwarteten Urteile jedoch sind, desto stärker manifestiert sich eine kritische Haltung.

b) Mit zunehmendem Alter und Bildungsniveau bildet sich eine Polarisierung der Verteilung in den politischen Einstellungen heraus. Die in jüngeren Altersstufen starke Gruppe der Zustimmungenden und unreflektiert Unentschiedenen verringert sich zugunsten der Mehrzahl der bewußter für die DDR Partei Ergreifenden einerseits und der Minderheit der entschieden Distanzierten andererseits. Die aus diesem Prozeß hervorgehende Minderheit der Distanzierten verfügt über die gleiche intellektuelle Leistungsfähigkeit wie die ihr gegenüberstehende Gruppe.

c) Da die Einstellungen nicht einheitlich sind, verbietet es sich, von „der“ DDR-Jugend zu sprechen. Beim politischen Interesse zeigen sich geschlechtsspezifische Differenzen. Sie sind besonders stark bei jüngeren Schulkindern. In fast allen übrigen Einstellungsdimensionen spielen sie eine geringe Rolle. Beträchtliche Unterschiede bestehen zwischen den Schultypen. Berufsschüler haben nicht nur geringeres politisches Interesse, sondern entsprechen auch in fast allen Bereichen vergleichsweise am wenigsten den Erziehungszielen. Die Schüler der Erweiterten Oberschule bilden das andere Extrem. Sie entsprechen am stärksten den Normen, zeigen aber gegen Ende der Schulzeit zunehmende Skepsis. Wird

³²⁾ Ulrike Siegel, Nationale Gruppen im Urteil Jugendlicher, in: *Jugendforschung*, Heft 3/4 (1967), S. 102—124.

³³⁾ Barbara Hille und Walter Jaide, Kurzbericht über die Erforschung sozialer Stereotype bei Jugendlichen in der DDR, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 27 (1975), S. 653.

³⁴⁾ Siegel, a. a. O., S. 122.

³⁵⁾ Vgl. Albrecht, a. a. O., S. 149 ff. und Walter Vier, Niveau und Struktur moralischer Urteile der Schüler in den 5., 7. und 9. Klassen der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule, Dissertation Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut 1969, S. 164 ff.

die soziale Herkunft direkt gemessen, so erweist sich, daß in vielen Bereichen die Herkunft aus Produktionsarbeiter-, Bauern- und Selbständigen-Familien mit unterdurchschnittlicher Erreichung der Erziehungsnormen korreliert. Demgegenüber entsprechen die Kinder der Intelligenz überproportional den Forderungen. Noch stärker wirkt sich die regionale Herkunft aus. Jugendliche aus städtischen Familien zeigen größeres politisches Interesse und entsprechen in ihrer Einstellung zur DDR wie zur Bundesrepublik stärker den Normen. Dagegen weisen Schüler aus ländlichem Milieu in vielen Bereichen beträchtliche Abweichungen von den Forderungen auf.

2. Verhalten

Es geht der politischen Erziehung — bei aller intellektualistischen Ausrichtung auf ein Klassenbewußtsein — nicht so sehr um die Herausbildung von politischen Einstellungen, sondern vielmehr um ihre Qualität als Verhaltensdispositionen. Dieser Umstand legt es nahe, den Grad der politisch-ideologischen Ausrichtung des Verhaltens des Schülers selbst zu ermitteln: Im Verhalten muß sich zeigen, was die Erziehung bewirkt hat ³⁶⁾.

Die Wehrerziehung ist ein fester Bestandteil der schulischen Aktivitäten im Unterricht der einzelnen Fächer und außerhalb des Unterrichts. Ein im Sinne ihrer Zielsetzung positives Ergebnis zeigt sich nur insofern, als etwa 90 % der Schüler der allgemeinen Notwendigkeit eines „militärischen Schutzes des Friedens“ zustimmen ³⁷⁾. Wird jedoch nach ihrer Bereitschaft gefragt, persönliche Konsequenzen aus dieser Einsicht zu ziehen, dann liegen die Prozentsätze wesentlich niedriger. Der Aussage „Die Mitarbeit in der GST ³⁸⁾ (und im DRK) ist auch mit Ausdruck meiner Bereitschaft, mein Vaterland ... vor allen Anschlägen des Klassenfeindes zu schützen“, stimmen nur noch 54,5 % der Schüler zu; 37,7 % nehmen eine indifferente Haltung ein

³⁶⁾ Auch hier hat man sich nach der Decke des vorgefundenen Materials zu strecken. Das bedeutet, daß für viele Bereiche anstelle von Daten über das Verhalten selbst auf Berichte der Jugendlichen über vergangenes, auf Aussagen über ihre Bereitschaft zu zukünftigem Verhalten sowie auf solche Einstellungen zurückgegriffen werden muß, die direkte verhaltenssteuernde Bedeutung haben.

³⁷⁾ Albrecht, a. a. O., S. 132; Hans Spyra, Einige Erlebnisse und Probleme des Schulversuchs Staatsbürgerkunde Klasse 7 und 8, in: Pädagogische Forschung 12 (1971) Sonderheft, S. 50.

³⁸⁾ Die „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) ist ein Hauptträger der Wehrerziehung.

und 4 % lehnen sie ab ³⁹⁾. Während die Zustimmung zu der Aussage sich nach Schwankungen in der 10. Klasse bei etwa 50 % stabilisiert, nimmt die Ablehnung von der 6. Klasse (0,9 %) bis zur 10. Klasse (7,6 %) zu. In dieser Klasse halten es überdies 19 % der Schüler für überflüssig, sich überhaupt militärische Kenntnisse anzueignen. Noch deutlicher ist diese Tendenz im Hinblick auf die Bereitschaft, als Soldat auf Zeit oder Berufsoffizier Dienst zu tun. Diese Bereitschaft sinkt von 36,9 % in Klasse 6 auf 6,8 % in Klasse 10 ⁴⁰⁾.

Insgesamt zeigt sich im Verhältnis zum militärischen Bereich eine beträchtliche Kluft zwischen den geäußerten allgemeinen Einstellungen und der Bereitschaft, daraus persönliche Konsequenzen zu ziehen. Diese Kluft erweitert sich mit steigendem Alter und damit auch mit zunehmender Erfahrung im vormilitärischen und zunehmender Konfrontation mit dem militärischen Bereich.

Die alltäglichste Herausforderung an das politisch-ideologische Bewußtsein der Jugendlichen ist die Möglichkeit, westdeutsche Rundfunk- und Fernsehsender einzuschalten. Sie besteht fast in der gesamten DDR. Der Empfang westlicher Sendungen ist zwar nicht offiziell verboten, wird aber dennoch negativ sanktioniert. Nach dem beliebtesten Rundfunksender gefragt, gaben 23,5 % der in Halle befragten Schüler westliche Sender (vor allem Radio Luxemburg und Deutschlandfunk) an ⁴¹⁾. 49,3 % der Schüler geben zu, täglich oder fast täglich westliche Fernsehprogramme zu sehen (westliche Rundfunkprogramme 38,5 %). Zwar geben 36,1 % (45,1 %) an, westliche Programme selten oder nie einzuschalten, doch sind darunter nur 7,3 % (8,2 %), die dies aus prinzipiellen Erwägungen tun.

Es ist davon auszugehen, daß entsprechend dem Alter der befragten Schüler (6. und 7. Klasse) vor allem die Unterhaltungssendungen interessieren. Die Anziehungskraft der westlichen Sender beruht jedoch — zumindest für die Schüler der höheren Klassen — auch auf der kritischen Einstellung der Schüler gegenüber der Darstellungsweise der DDR-Me-

³⁹⁾ Albrecht, ebenda.

⁴⁰⁾ Albrecht, a. a. O., S. 144; vgl. dazu Karl-Heinz Franke, Die militärische Nachwuchsgewinnung als Bestandteil der Berufswahlvorbereitung an Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschulen, Dissertation PH Magdeburg 1975, S. 149.

⁴¹⁾ Neujahr, a. a. O., Anlage 1, S. 12 f. Vgl. auch Kühn, a. a. O., S. 249.

dien. Ein wichtiger Gegenstand der Kritik ist die einseitige Information. Dies zeigte sich, als Schüler der 6. bis 10. Klasse zu einem Urteil über die unterschiedliche Darstellungsweise der sowjetischen und der amerikanischen Weltraumexperimente in den DDR-Medien aufgefordert wurden. Lediglich 44,1 % der Schüler stimmten der Praxis zu, die sowjetischen Erfolge herauszustreichen und die amerikanischen herunterzuspielen, während 47,6 % sich dagegen aussprachen⁴²⁾. Diese Haltung wird noch deutlicher, wenn die Entwicklung über die Klassenstufen hinweg betrachtet wird⁴³⁾.

Geht man über die Feststellung von Zustimmung und Ablehnung hinaus und untersucht die Maßstäbe, die den Urteilen zugrunde liegen, so wird die Kritik an den Medien noch deutlicher. Einen als „parteilich“ geltenden Bewertungsmaßstab wenden in der 6. Klasse noch 44,6 % der Schüler, in der 10. Klasse jedoch nur noch 23,3 % der Schüler an⁴⁴⁾. Diese Ergebnisse werden als äußerst unbefriedigend empfunden: „Zwar wird die Bedeutsamkeit der Wissenschaft den Schülern mit zunehmendem Alter immer bewußter, aber sie wird als Bewertungsmaßstab zu stark verabsolutiert, was zu unparteilichen, technizistischen Standpunktbildungen führt.“⁴⁵⁾

In den Einstellungen zum Westfernsehen zeigen sich starke schulklassenspezifische Differenzen und solche zwischen regionalen Milieus. In der Kreisstadt Flöha z. B. lehnten 38,2 % das Westfernsehen ab (5,1 % Billigung), in der benachbarten ländlichen Klein-

stadt Niederwiesa sind es nur 20,1 % (13,8 % Billigung)⁴⁶⁾.

Angesichts dieser Haltung zu den westlichen Medien ist es nicht erstaunlich, daß die Schüler wenig geneigt sind (jedenfalls nicht in ihrer Gesamtheit), sich entsprechend den an sie gestellten Forderungen aktiv gegen den Empfang von Westprogrammen einzusetzen. Letzteres gilt selbst für Gruppenratsvorsitzende der Pionierorganisation, von denen nur weniger als die Hälfte dann „offensiv“ eingreifen wollen, wenn ihre Klassenkameraden von Westsendungen berichten. Selbst intensiver Staatsbürgerkundeunterricht scheint hier nur graduelle Veränderungen bewirken zu können. Zwar läßt sich eine Klasse von der gegenteiligen Auffassung zu der Meinung führen, daß alle westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen „Ausdruck der Ideologie des Klassengegners“ sind (95,6 %), doch nur wenig mehr als die Hälfte (52,2 %) der gleichen Klasse bekundet auch die Bereitschaft, sich mit Klassenkameraden oder Menschen ihrer Umgebung, die Westmedien empfangen, entschieden in diesem Sinne auseinanderzusetzen⁴⁷⁾.

Insgesamt gesehen zeigt sich für die vormilitärische und militärische Ausbildung sowie bei der Mediennutzung eine starke Abweichung von der in den Erziehungszielen gesetzten Norm. Wie in vielen anderen Lebensbereichen kann auch hier davon ausgegangen werden, daß selbst bei vorhandenen „positiven Einstellungen“ diese nicht durchgängig verhaltenswirksam sind.

IV. Wirkungen der Schule

1. Konstellation der Erziehungsträger

Die politische Erziehungsleistung der Schule muß im Zusammenhang der allgemeinen politischen Sozialisation betrachtet werden. Zwar wird die Existenz einer „einheitlichen Erzieherfront“⁴⁸⁾, also einer Art „Sozialisations-

kartell“, behauptet. Doch empfiehlt es sich zunächst einmal, Richtung, Gewicht und speziellen Bereich der Wirkung jedes Sozialisations-trägers als eigenständige Größen zu betrachten. Hinsichtlich ihres Gewichtes ergibt sich folgende Rangfolge der Erziehungsträger: Eltern, Lehrer, Freizeitgruppen und schließlich offizieller Jugendverband⁴⁹⁾. Dies scheint, zumindest für die Schüler, auch für den Bereich der politisch-weltanschaulichen Erziehung zu gelten. Auf die Frage: „Wovon geht Ihrer Meinung nach der stärkste Einfluß auf die Weltanschauung Ihrer Klassenkameraden

⁴²⁾ Albrecht, a. a. O., S. 162 f.

⁴³⁾ Albrecht, a. a. O., Anhang 111.

⁴⁴⁾ Ebenda.

⁴⁵⁾ Albrecht, a. a. O., S. 168.

⁴⁶⁾ Albrecht, a. a. O., Anhang 116.

⁴⁷⁾ Gisela Diecke, Die Spezifik der pädagogischen Führung bei der weltanschaulich-philosophischen Bildung und Erziehung der Schüler im Staatsbürgerkundeunterricht der 11. und 12. Klasse der Erweiterten Oberschule, Diss. Halle 1967, Anhang, S. 81. Ähnliche Beobachtungen bei Sauermann, a. a. O., S. 194 ff.

⁴⁸⁾ Friedrich, a. a. O., S. 178.

⁴⁹⁾ Harry Müller, Zu Phänomenologie und Bedingungen der Sozialbeziehungen im Jugendalter, in: Jugendforschung, Heft 6 (1968), S. 10 ff.; Herrmann, a. a. O., S. 167; Diecke, a. a. O., Anhang, S. 57; Friedrich, a. a. O., S. 153.

aus?", antworteten 182 Schüler der 11. Klasse in Schwerin in folgender Weise ⁵⁰⁾:

Erziehungsfaktoren: Politik/Weltanschauung

Rang	Erziehungsfaktor	Abso- lut	%
1.	Elternhaus	112	62,1
2.	Staatsbürgerkunde	90	49,4
3.	gegenseitige Einflußnahme	38	20,8
4.	Funk und Fernsehen der DDR	30	15,9
5.	imperialistische Propaganda	29	15,9
6.	Deutsch, Geschichte	28	15,4
7.	naturwissenschaftl. Fächer	17	9,3
8.	andere Einrichtungen	11	6,6
9.	FDJ	10	5,5
10.	Klassenleiter	6	3,3

Der Einfluß der Erziehungsträger scheint jedoch je nach Schultyp verschieden zu sein ⁵¹⁾. Die Schüler der Erweiterten Oberschule, die ihren Lehrern gegenüber generell kritisch eingestellt sind — und das mit steigender Tendenz —, geben häufiger als ihre gleichaltrigen Mitschüler anderer Schultypen eine Vorbildwirkung ihrer Eltern an. Anders die Berufsschüler. Auch sie zeichnen sich zwar durch eine relative Distanz zu den Lehrern aus; bei ihnen gilt dies jedoch gleichermaßen für das Elternhaus. Damit ergibt sich eine Gegenüberstellung beider Gruppen: Während bei der akademischen Ausbildung zustrebenden Jugend die nachlassenden Einflußchancen der Schulen durch die Familie kompensiert werden, orientieren sich die unmittelbar nach dem Abschluß der allgemeinbildenden Schule ins Berufsleben tretenden Jugendlichen außerhalb der Schule wie des Elternhauses. Bei ihnen dürfte der Einfluß von Freizeitgruppen am größten sein.

Die bisher referierten Befunde liefern Aufschlüsse über das Gewicht der jeweiligen Erziehungsträger, nicht jedoch über die Richtung, in der sie wirken. Mit der Feststellung eines starken Familieneinflusses beispielsweise ist solange wenig gewonnen, als nicht geklärt ist, ob die Familie „positive“ oder „ne-

gative“ politisch-ideologische Einstellungen fördert. Friedrich hat die Vorbildwirkung der Eltern mit der politischen Einstellung der Jugendlichen korreliert. Dabei zeigen sich statistisch hochsignifikante Unterschiede ⁵²⁾.

Diejenigen, die fest vom Sieg des Sozialismus überzeugt sind, also eine „positive“ politische Einstellung haben, geben wesentlich häufiger eine Vorbildwirkung der Eltern an als zweifelnde oder unentschiedene Schüler. Jugendliche mit enger Familienbindung tendieren stärker zur generellen Anerkennung offizieller sozialer Normen und ihrer Träger. Allerdings läßt sich ohne weitergehende Analyse nicht zuverlässig ausmachen, was Ursache und was Wirkung ist. Unabhängig davon kann jedoch im Lichte dieser Befunde die weitverbreitete Auffassung nicht aufrechterhalten werden, die Familie stelle in der DDR eine generell den offiziellen Erziehungszielen gegenläufiges Erziehungspotential dar. Vielmehr scheint es gelungen zu sein, die Familie, wenn nicht in das „Sozialisationskartell“ einzubeziehen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Das schließt nicht aus, daß in bestimmten Milieus die Familie von den offiziellen Erziehungszielen abweichende Einstellungen — seien sie traditionell oder DDR-genuin — vermittelt. Dabei dürfte es sich jedoch um eine Minderheit handeln ⁵³⁾.

Eine Zusammenfassung des referierten Materials ergibt folgende Konstellation der Erziehungsträger, die die Ausgangssituation für die Staatsbürgerkunde darstellt:

a) Die Familie hat das größte Gewicht von allen Erziehungsträgern ⁵⁴⁾. Sie dürfte damit in der DDR — wie eine Vergleichsstudie bestätigt — eine größere Rolle als in der Bundesrepublik spielen ⁵⁵⁾. Es läßt sich vermuten, daß der Familieneinfluß in den meisten Fällen in die gleiche Richtung wie das öffentliche Schulwesen wirkt, oder diesem jedenfalls nicht entgegensteht. Die Erweiterte Oberschule hat hier eine günstigere Ausgangsposition als die Polytechnische Oberschule oder die Berufsschule.

⁵²⁾ Friedrich, a. a. O., S. 152.

⁵³⁾ Zur Familienerziehung allgemein aus westdeutscher Sicht vgl. Friedrich W. Busch, Familienerziehung in der sozialistischen Pädagogik der DDR, Düsseldorf 1972.

⁵⁴⁾ Vgl. Artur Meier, Die Heranbildung eines der Arbeiterklasse würdigen Nachwuchses, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 22 (1974), S. 227.

⁵⁵⁾ Van Den Auweele, Zukunftsvorstellungen von 15jährigen in der DDR und der BRD, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 27 (1975), S. 603 f.

⁵⁰⁾ Diecke, a. a. O., Anhang, S. 57 (Mehrfachnennungen möglich). Die Repräsentativität dieser Ergebnisse wird jedoch dadurch eingeschränkt, daß die Erhebung während eines langfristigen Unterrichtsversuchs im Fach Staatsbürgerkunde durchgeführt wurde.

⁵¹⁾ Friedrich, a. a. O., S. 151.

b) Ein im Vergleich zur Familie geringeres Gewicht besitzen die spontanen altershomogenen Gruppen. Ihre Bedeutung liegt jedoch darin, daß sie zumindest für Jugendliche aus systemkonformen Elternhäusern einen der wenigen Bereiche darstellen, in dem von den offiziellen Normen abweichendes Verhalten zum Ausdruck kommen kann.

c) Demgegenüber scheint der Jugendverband (Pionierorganisation und FDJ) aufgrund der fast universellen und selbstverständlichen Mitgliedschaft und der daraus resultierenden Profilierungsprobleme nur einen unbedeutenden Einfluß auszuüben⁵⁶⁾.

2. Wirkungsbedingungen der Staatsbürgerkunde

Die Einflußchancen der Staatsbürgerkunde hängen vor allem davon ab, inwieweit sie als Schulfach von den Schülern akzeptiert wird und welches Interesse sie ihr entgegenbringen. Zu Beginn des Unterrichts in der 7. Klasse hält die überwiegende Mehrzahl der Schüler (85 %) die Staatsbürgerkunde für ein wichtiges Fach. Nur sehr wenige (2 %) erachten sie als unwichtig oder teilweise wichtig (12 Prozent)⁵⁷⁾. Fünf Monate später hat diese hohe Einschätzung jedoch bereits nachgelassen: Nur noch knapp 75 % sehen die Staatsbürgerkunde als wichtig an. In 9. Klasse gaben etwa ein Viertel (27,8 %) der Schüler an, das Fach sehr gern zu haben, etwa die Hälfte (54,1 %) hatte es gern, die übrigen hatten eine indifferente (15 %) oder ablehnende Haltung (2,2 %)⁵⁸⁾. Bei intensivem Versuchsunterricht ließ sich diese Verteilung aufrechterhalten; in Klassen mit normalem Unterricht dagegen zeigt sich nach etwa einem halben Jahr ein merkliches Nachlassen der positiven Einschätzung. Der Anteil der Schüler, denen Staatsbürgerkunde Freude macht, liegt in allen untersuchten Klassen unter diesen Werten — auch hier mit stabiler (Versuchsunterricht) bzw. fallender (normaler Unterricht) Tendenz. In der 11. Klasse findet sich generell ein geringerer Anteil von Schülern, die das Fach gern haben. Der größere

⁵⁶⁾ Vgl. Meier, a. a. O., S. 227. Eine vergleichbare Situation konstatiert Charles D. Cary, Peer Groups in the Political Socialization of Soviet Schoolchildren, in: Social Science Quarterly 55 (1974), S. 452 bis 461. Vgl. auch Friedrich Kuebart, Politische Sozialisation und politische Erziehung in der Sowjetunion, in: Bildung und Erziehung 25 (1972), S. 44 bis 57.

⁵⁷⁾ Neujahr, a. a. O., Anlage 2, S. 3.

⁵⁸⁾ Werner, a. a. O., Anlage 7.

Teil sieht jedoch seine Erwartungen erfüllt⁵⁹⁾.

Sowohl die Wertschätzung des Faches als auch die von ihm erfüllten Erwartungen liegen in der Berufsschule wesentlich niedriger als in der Erweiterten Oberschule. Allerdings ist in der Berufsschule durch intensiven Unterricht eine Verbesserung zu erreichen, während die Tendenz in der Erweiterten Oberschule auch dann eher rückläufig ist. Die hier berichteten Steigerungsraten der Fachbeliebtheit dürften sich auf Klassen beschränken, in denen besondere Anstrengungen unternommen werden. Es ist daher zu vermuten, daß die Tendenz insgesamt fallend ist⁶⁰⁾.

Im Verhältnis zum Staatsbürgerkundelehrer zeigen sich ähnliche Veränderungen wie in dem zum Fach. Zu Beginn der 7. Klasse bezeichnen es 55 % als gut und 30 % als teilweise gut; ein halbes Jahr später ist dieser Anteil, besonders in Klassen ohne Versuchsunterricht, beträchtlich zurückgegangen⁶¹⁾.

Geht man über die Feststellung eines guten oder schlechten Verhältnisses zu Fach oder Lehrer hinaus und fragt die Schüler nach den Ursachen, so zeigt sich folgendes Bild: Im allgemeinen scheint der Unterrichtsstoff von den Schülern weitgehend akzeptiert zu werden; die Kritik richtet sich vor allem auf die Unterrichtsführung und die persönliche Haltung des Lehrers. Ein Teil der Schüler fühlt sich wenig verständnisvoll oder gar ungerecht behandelt, was sich vermutlich auf die negative Sanktionierung abweichender („falscher“) Standpunkte bezieht. Zwar erhält die Mehrheit der Schüler Antworten auf ihre Fragen, doch schätzen sie die Auseinandersetzung im Unterricht zu einem großen Teil nicht als offen ein. Die Frage: „Ist es in Deiner Klasse unter den Schülern üblich, offen und ehrlich über politische Fragen zu diskutieren?“, wird nur von 15 % der Schüler

⁵⁹⁾ Alfred Höpfner, Zur Arbeit mit didaktischen Problemstellungen bei der Vermittlung philosophischer Erkenntnisse im Staatsbürgerkundeunterricht, Dissertation Halle 1971, Anhang, S. 99.

⁶⁰⁾ Nach der Untersuchung von Albrecht (a. a. O., S. 135) geht das besondere Interesse an Staatsbürgerkunde und Geschichte von 30,4 % in Klasse 6 auf 14,2 % in Klasse 10 zurück. Vgl. Kühn, a. a. O., S. 289 f.

⁶¹⁾ Werner, a. a. O., Anlage 7. Walter Glück, Eine Schülerbefragung zu Problemen des Staatsbürgerkundeunterrichts, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 6 (1964), S. 536 f., und Neujahr, a. a. O., Anl. 2, S. 4.

der 8. Klasse uneingeschränkt bejaht⁶²⁾. 52 % sehen diese Offenheit nicht bei allen Schülern, 12 % nur bei wenigen, 4 % bei keinem Schüler und 17 % wollen sich nicht äußern.

Weitere Maßstäbe der Schüler, die sie zur Beurteilung des Unterrichts verwenden, lassen sich aus den Ergebnissen der von Meier durchgeführten Absolventenbefragung entnehmen. Meier ließ die Schüler der 10. Klasse (POS) und der 12. Klasse (EOS) elf Persönlichkeitsmerkmale nach zwei Kriterien in eine Rangordnung bringen: nach dem Grad, in dem diese Eigenschaften nach Auffassung der Schüler in der Schule gefördert werden, und nach dem Ausmaß, in dem sie das Ansehen bei Mitschülern bestimmen⁶³⁾. Auffällig sind die Eigenschaften, bei denen die Rangplätze abweichen: In POS wie EOS wird der Einsatzbereitschaft die höchste Priorität bei der Erziehung zuerkannt, was ihrem Rang im Ansehen der Schüler nicht entspricht. Dagegen wird eine kritische Haltung und konsequente eigene Meinung in der Schule wenig gefördert, steht aber in der Wertschätzung der Jugend weiter oben. Darüber hinaus wird für die Schüler der EOS im Unterricht die Disziplin zu stark und die Fähigkeit zur selbständigen Entscheidung zu wenig forciert.

An diesen Maßstäben der Schüler gemessen, dürfte die Unterrichtsführung auch in der Staatsbürgerkunde einige Erwartungen offenlassen. Wenn von den Schülern wenig geschätzte Eigenschaften — wie Disziplin und Einsatzbereitschaft — in der Schule gefördert, dagegen solche, die in hohem Kurs stehen — wie kritische Haltung, Konsequenz der eigenen Meinung und selbständige Entscheidung — vernachlässigt werden, dann führt das zu einer Beeinträchtigung der Wirksamkeit des Unterrichts. Wo Offenheit und Vertrauen zum Lehrer nicht hergestellt sind — und dies gilt unabhängig vom politischen System —, verfehlt der Unterricht die Wirkung gerade bei den Schülern, die in ihren Einstellungen der Zielsetzung der Staatsbürgerkunde ohnehin am fernsten stehen.

3. Wirksamkeit der Staatsbürgerkunde

Gesicherte Aussagen über die tatsächliche Wirkung der politischen Erziehung erfordern empirische Studien, die es gestatten, den Ef-

⁶²⁾ Werner, a. a. O., Anl. 7; Glück, a. a. O., S. 535; Neujahr, a. a. O., Anl. 3, S. 7; Hausten, a. a. O., Anl. 7, S. 6.

⁶³⁾ Artur Meier und Irmgard Steiner, Die gesellschaftliche Praxis als Prüfstein der Bildung und Erziehung, in: Pädagogik 29 (1974), S. 650.

fekt der Einwirkung der Staatsbürgerkunde exakt auf die einzelnen Elemente der Einwirkung selbst zurückzuführen. Seit Mitte der sechziger Jahre werden in der DDR regelmäßig Untersuchungen durchgeführt, die derartige Aufschlüsse versprechen. Sie stehen häufig im Zusammenhang mit der Veränderung von Lehrplänen oder dienen der Entwicklung neuer Varianten der Unterrichtsmethoden. In den meisten Fällen haben sie die Form eines Unterrichtsexperimentes.

Für die hier angestrebte Einschätzung der Wirksamkeit des Staatsbürgerkundeunterrichts sind derart zustande gekommene Befunde nur von beschränkter Aussagekraft. Hier zeigt sich nur, was der Staatsbürgerkundeunterricht unter bestimmten Bedingungen erreichen kann, nicht jedoch was er in der durchschnittlichen Schulsituation tatsächlich erreicht.

Wirkungsbereiche

Die Vermutung, daß der Staatsbürgerkundeunterricht nicht in allen Bereichen in gleichem Umfang Veränderungen bewirkt, daß etwa Kenntnisse leichter als Einstellungen zu vermitteln sind, wird durch eine Vielzahl von Untersuchungen bestätigt. Vor Einführung der Staatsbürgerkunde in Klasse 7 und 8 (Schuljahr 1968/69) wurden beispielsweise in diesen Klassenstufen die vorläufigen Lehrpläne getestet und Varianten erarbeitet. Nach einem Jahr Unterricht stellte man folgende Veränderungen fest⁶⁴⁾:

Zuwachsraten durch Versuchsunterricht

Fragestellung	Zuwachsraten (%)
<i>Einfache Kenntnisse:</i> Parteien, Massenorganisationen, Persönlichkeiten aus dem gesellschaftlichen Leben	60,8
<i>Wichtige Begriffe, politische Zusammenhänge:</i> Feindliche Klassen, Spaltung Deutschlands, Sicherung der Staatsgrenze 1961	43,3
<i>Politisches Interesse:</i> Zeitungslesen, entsprechende Interessengebiete, politische Gespräche mit Eltern	32,5
<i>Einstellungen:</i> Sieg des Sozialismus, Westfunk, Vorbilder, Bereitschaft zu schwieriger Arbeit	12,1

⁶⁴⁾ Walter Vier, Pädagogisch-psychologische Besonderheiten bei der Herausbildung des sozialisti-

Wirkungsmuster

Bei den bisherigen Überlegungen ging es im wesentlichen um die Frage, ob und inwieweit die Staatsbürgerkunde überhaupt einen ihrer Zielsetzungen entsprechenden Einfluß ausübt, ob also nach dem Unterricht die Schüler im Durchschnitt stärker „sozialistisch“ geprägte Einstellungen haben als zuvor. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß der gleiche Unterricht bei verschiedenen Schülern zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen, die in einer pauschalen Gesamtwertung nicht zum Ausdruck kommen, führen kann. Dieser Gesichtspunkt ist besonders im Hinblick auf die Zielsetzung politischer Erziehung von Bedeutung, die bei *allen* Schülern ein bestimmtes Niveau politischer Einstellungen erreichen will.

Folgende Wirkungen des politischen Unterrichts kommen in Betracht:

- a) Die Staatsbürgerkunde entfaltet eine „homogenisierende“ Wirkung: die Einstellungen der Schüler nähern sich einander an und stabilisieren sich auf einem „positiven“ Niveau.
- b) Der Unterricht wirkt auf alle Schüler in gleichem Maße ein, so daß sich die gleiche differenzierte Verteilung auf einem höheren Niveau wiederfindet.
- c) Der Unterricht polarisiert: er bestärkt sowohl die „positiven“ als auch die „negativen“ Schüler in ihren Einstellungen.
- d) Die Wirkung bleibt aus oder ist gar negativ.

Untersucht man die Ergebnisse der Unterrichtsexperimente, so sind sämtliche hier unterschiedene Möglichkeiten anzutreffen. Eine homogenisierende Wirkung findet sich meist dann, wenn bereits die überwiegende Mehrzahl der Schüler bei der Ausgangsanalyse stark „positiv“ eingestellt ist. Die übrigen Schüler ziehen dann oft nach. Da die Voraussetzung häufig vorliegt, ist die homogenisierende Tendenz das dominierende Wirkungsmuster⁶⁵⁾.

Eine Tendenz zur Polarisierung läßt sich nicht nur in Klassen mit normalem Unterricht, sondern gerade auch in solchen feststellen, in denen intensiver Versuchsunterricht erteilt wird; sie wird daher als besonders bedenklich

empfunden. Polarisierung bedeutet, daß die in der Regel kleine Gruppe mit „negativen“ Positionen auch bei einer generellen Verschiebung zugunsten „positiver“ Einstellungen erhalten bleibt oder sich gar verstärkt. Es hat den Anschein, daß der Unterricht selbst die Polarisierung vorantreibt, indem er die Gruppe der Unentschiedenen zwingt, in der einen oder anderen Richtung einen klaren Standpunkt einzunehmen⁶⁶⁾.

Die Polarisierungstendenz darf freilich nicht überschätzt werden. Sie tritt nur in einigen Untersuchungen⁶⁷⁾ zutage und betrifft auch nur einen Teil der Einstellungsbereiche. Außerdem umfaßt der „negative“ Pol immer nur eine kleine Gruppe, die selten mehr als 10 % der Befragten umfaßt. Immerhin zeigt sich, daß es dem Staatsbürgerkundeunterricht auch bei größerem Aufwand nicht gelingt, bei allen Schülern eine völlig gleiche Ausrichtung der Einstellungen zu erreichen.

Schulklassenspezifische Unterschiede

Schulklassenspezifische Einstellungsmuster sind bereits mehrfach sichtbar geworden. Sie deuten darauf hin, daß die sozialen Beziehungen innerhalb kleiner Gruppen, so auch in Schulklassen, einen wichtigen Faktor bei der Einstellungsbildung darstellen. Wie sich bei Unterrichtsversuchen zeigt, ist auch die gezielte erzieherische Einflußnahme der Wirkung dieses Faktors unterworfen.

Die verfügbaren Untersuchungen⁶⁸⁾ machen deutlich, daß eine ungünstige gruppenspezifische Situation, sofern sie durch den Lehrer nicht rechtzeitig erkannt und verändert wird, den Staatsbürgerkundeunterricht nicht nur um den angestrebten Effekt bringen, sondern diesen sogar in das Gegenteil verkehren kann. Hier liegt, ungeachtet des vergleichsweise geringen quantitativen Ausmaßes, auch die Bedeutung der oben dargestellten Polarisierung. Hat sich — unter dem Druck des Unterrichts — erst einmal eine Gruppe mit „verfestigten Vorbehalten“ in einer Klasse gebildet, dann dürfte eine ungünstige Ausgangssituation für die weitere erzieherische Einwirkung bestehen. Das gilt besonders dann, wenn zu dieser Gruppe auch Funktionäre des Jugendverbandes zählen.

schen Bewußtseins der Schüler im frühen Jugendalter, in: Probleme und Ergebnisse der Psychologie, Heft 28/29 (1969), S. 58.

⁶⁵⁾ Vgl. Hausten, a. a. O., Anhang 7, S. 15, und Werner, a. a. O.

⁶⁶⁾ Sauer mann, a. a. O., Anlage 5, S. 8, 11.

⁶⁷⁾ Vgl. Vier, Niveau und Struktur ..., S. 182 ff., sowie Albrecht, a. a. O., S. 155 f.

⁶⁸⁾ Oelsner, a. a. O., S. 201 f.; Sauer mann, a. a. O., S. 303 ff.

Geschlechtsspezifische sowie Stadt/Land-Unterschiede

Zur Frage, ob der politische Unterricht je nach Geschlecht oder regionaler Herkunft der Schüler eine unterschiedliche Wirkung zeigt, erteilt nur eine der verfügbaren Studien Auskunft. Es handelt sich dabei um die 1967/68 von Hausten im Bezirk Cottbus durchgeführte Erhebung in 8. Klassen. Bei zentralen Einstellungen (Verbundenheit mit der Arbeiterklasse; Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland) gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede⁶⁹⁾. Es erweist sich, daß sowohl beim Versuchsunterricht als auch bei regulärem Unterricht Mädchen immer eine im Vergleich zu den Jungen „positivere“ Entwicklung haben. Das gilt selbst dann, wenn bei Jungen eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen ist.

Auch hinsichtlich der Herkunft der Schüler aus der Stadt oder vom Land ergeben sich beträchtliche Differenzen⁷⁰⁾. Die Ausgangssituation ist durch große Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen gekennzeichnet. Der Glaube an den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland ist bei Schülern aus der Stadt wesentlich weiter verbreitet als bei

solchen vom Land. Schüler aus Industrieschwerpunkten — gemeint ist vermutlich das Kombinat Schwarze Pumpe — nehmen eine mittlere Position ein. Diese Situation überrascht nicht. Bemerkenswert ist hingegen der Effekt der erzieherischen Einwirkung.

In den Versuchsklassen, in denen intensiver politischer Unterricht erteilt wurde, sind die „positiven“ Veränderungen bei den Landkindern am größten, bei den Stadtkindern dagegen geringer; bei den Kindern aus Industrieschwerpunkten zeigt sich eine leicht „negative“ Tendenz. Im Ergebnis bedeutet das eine weitgehende Nivellierung der vorher bestehenden Unterschiede durch politischen Unterricht.

Völlig anders entwickeln sich die Kontrollklassen, in denen eine durchschnittliche schulische Situation gegeben ist. Hier verschärfen sich die Differenzen. In dem Maße, in dem der Glaube an den Sieg des Sozialismus bei den ohnehin in dieser Hinsicht vorn liegenden Stadtkindern zunimmt, läßt er bei den Kindern vom Land nach. In Industrieschwerpunkten gibt es auch hier wenig Veränderung. Bei anderen Einstellungsbereichen werden die gleichen Tendenzen sichtbar.

V. Zusammenfassende Interpretation

Es zeigte sich, daß die Erziehungsziele hinsichtlich genereller politischer Einstellungen weitgehend erreicht wurden: Die Jugendlichen bekennen sich auf Befragen in ihrer Mehrzahl zu den gewünschten Überzeugungen. Angesichts der stark verbal orientierten Erhebungsinstrumente ist aber zu vermuten, daß sich in dem Ergebnis in vielen Fällen die Wiedergabe angelernter Formeln niederschlägt. Darauf deutet auch die von DDR-Pädagogen vielfach beklagte geringe Anwendungsbereitschaft genereller Einsichten hin⁷¹⁾. Gleichwohl darf das Ergebnis nicht unterschätzt werden. Es ist davon auszugehen, daß so gut wie alle Jugendlichen, auch diejenigen, die der DDR oder der marxistischen Doktrin distanzieren gegenüberstehen und den

„Westen“ bewundern, unterhalb der Schwelle der offiziellen Formeln Denk- und Wertmuster verinnerlicht haben, die in vielen Punkten mit den Erziehungszielen übereinstimmen. Diese Denk- und Wertmuster dienen als Raster bei der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität innerhalb und außerhalb der DDR; sie werden auch durch die westlichen Medien nicht nachhaltig in Frage gestellt.

Das Ausmaß, in dem dieses Ergebnis auf die Wirkung der Schule, speziell auf den politischen Unterricht, zurückzuführen ist, dürfte allerdings vergleichsweise gering sein. Wie die gelegentlich zu beobachtende polarisierende Wirkung des Unterrichts erkennen läßt, schwinden die Durchsetzungschancen der Staatsbürgerkunde dann, wenn sie auf Jugendliche mit „Vorbehalten“ stößt.

Die Leistung der Schule besteht hauptsächlich darin, die bereits in der Familienerziehung geformten und auch während der Schulzeit weiterhin von dieser Seite beeinflussten Grundeinstellungen zu differenzieren und kognitiv

⁶⁹⁾ Hausten, a. a. O., Anhang 7, S. 60 ff.

⁷⁰⁾ Hausten, a. a. O., Anhang 7, S. 48.

⁷¹⁾ Besonders eindringlich bei Gisela Diecke, Zum Beitrag des Faches Staatsbürgerkunde zur Entwicklung geistiger Fähigkeiten und des Könnens der Schüler, Dissertation (B) Halle-Wittenberg 1975, S. 212 f.

abzustützen. Ihre Wirkungschancen beruhen damit wesentlich auf der indifferenten bis „positiven“ Richtung der Familienerziehung. Die Einbeziehung eines Teiles der Familien in das offizielle Erziehungsziel verpflichtete „Sozialisationskartell“ stellt eine wichtige Grundlage für die Erfolge der politischen Erziehung in der DDR dar. Dieses „Sozialisationskartell“ ist jedoch nicht als aktive Zusammenarbeit der Erziehungsträger zu verstehen. Es wirkt vielmehr hauptsächlich dadurch, daß für die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen keine Instanz vorhanden ist, die dem offiziell propagierten Deutungsmuster der Wirklichkeit eine Alternative gegenüberstellen könnte.

Als Kehrseite der Einreihung der Familie in die „einheitliche Erziehungsfront“ von der Schule über die FDJ bis zu den Medien sind Rückzugstendenzen der Jugendlichen in andere Bereiche zu verzeichnen. Hier sind vor allem die in ihrer Bedeutung gestiegenen altersgleichen Gruppen und die starke Nutzung der westlichen Medien zu nennen.

Daß in der Erweiterten Oberschule günstigere Voraussetzungen für die politische Erziehung als in der Polytechnischen Oberschule bestehen, ist nur zum Teil das Werk der Schule selbst. Zwar dürfte es hier Schüler geben, die vom philosophischen System des Marxismus-Leninismus überzeugt sind. Man darf jedoch annehmen, daß die bei den Schülern dieses Schultyps anzutreffenden „positiveren“ Einstellungen, ihr größeres Interesse an Politik im allgemeinen und an ideologischen Fragen im besonderen, auch durch die Selektionskriterien bei der Zulassung zu diesem wichtigen Zugangsweg zur akademischen Ausbildung und durch die starke Aufstiegsorientierung zu erklären sind. Allerdings scheinen andere für diese Gruppe charakteristische Bedingungen eine ambivalente Wirkung zu haben. Ideologische Rückschritte und eine stärkere kritische Einstellung am Ende der Schulzeit in der EOS lassen sich auch als Folge der dauerhaften Entfernung von der Arbeitswelt und der mit diesem Spielraum verbundenen Möglichkeiten zur Entwicklung eines kritischen Bewußtseins interpretieren.

Die politisch-ideologischen Grundüberzeugungen haben nicht nur die Einstellungen zu prägen, sie müssen darüber hinaus das tatsächliche Verhalten bestimmen. Nur dann kann von einer erfolgreichen politischen Erziehung

die Rede sein. Dazu schreibt Diecke⁷²⁾: „Viele Schüler neigen dazu, sich subjektiv ehrlich vorschnell für den Standpunkt der marxistischen Weltanschauung zu entscheiden, ohne aber in jedem Falle die sich daraus ergebenden Konsequenzen für ihr weltanschaulich-politisches Verhalten in aktuellen Bewährungssituationen in genügendem Maße abzusehen“. Dieckes Beobachtung wurde durch die oben analysierten Befunde voll bestätigt. Zwischen den in Befragungen geäußerten politischen Einstellungen einerseits und dem Verhalten bzw. den Verhaltensorientierungen andererseits war für viele Jugendliche kein Zusammenhang festzustellen.

Vielmehr ließen sich bei zahlreichen Jugendlichen Tendenzen erkennen, die diesem Zusammenhang zwischen politisch-ideologischen Überzeugungen und persönliche Verhalten direkt zuwiderlaufen. Dem öffentlichen Bereich, zu dem auch die Schule mit ihren politischen Forderungen gerechnet wird, steht der private Bereich gegenüber, den man gegen Erwartungen von außen abzuschirmen versucht.

Damit ergibt sich hinsichtlich der weitergehenden Erwartung an eine erfolgreiche politische Erziehung — nämlich der Verhaltensrelevanz — eine im Sinne der Zielsetzung weit weniger zufriedenstellende Bilanz: Die geforderten politisch-ideologischen Grundüberzeugungen sind zwar bei der Mehrzahl der Jugendlichen vorhanden, sie schlagen sich jedoch nur bei einem beträchtlich geringeren Teil im konkreten Handeln nieder.

Die Ursache für diese Diskrepanz zwischen Zielsetzung und Zielverwirklichung besteht indessen nicht allein und auch nicht in erster Linie in unzureichenden Anstrengungen oder in unangemessenen Mitteln. Sie liegt weit mehr in der Art der Zielsetzung selbst, der Vorstellung nämlich, daß es sowohl notwendig als auch möglich ist, *alle* Gesellschaftsmitglieder nicht nur mit einer umfassenden und geschlossenen Weltanschauung auszustatten, sondern diese auch als primäre Richtschnur für das Handeln in *allen* Lebensbereichen verbindlich zu machen. Die Annahme, eine solche Zielsetzung lasse sich in die Realität umsetzen, steht im Widerspruch zu fundamentalen Existenzbedingungen moderner Gesellschaften, die auch für die DDR gelten.

⁷²⁾ Diecke, Die Spezifik . . . , S. 397.

Bibliographie zu den Ereignissen des 17. Juni 1953

I. Bibliographien

Auswahlbibliographie westlicher Literatur über die DDR, in: Deutschlandarchiv, Köln 1974, H. 10, S. 1056—1061.

Bibliographie zur Deutschlandpolitik 1941—1974, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt 1975, 248 S.

Bibliographie zur Zeitgeschichte. Beilage der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1953 ff.

Jahresbibliographie der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart 1960 ff.

Bibliographische Hinweise auf neuere Veröffentlichungen aus dem In- und Ausland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958, 210 S.

Politische Dokumentation, hrsg. v. der Leitstelle Politische Dokumentation, München 1960 ff.

Schrifttum über Deutschland 1918—1963. Ausgew. Bibliographie zur Politik und Zeitgeschichte, bearb. v. Forschungsinstitut der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Bonn u. a. 1964, 292 S.

II. Allgemeine einführende Literatur zum Problemkreis

Bartsch, Günter, Revolution und Gegenrevolution in Osteuropa 1948—1968, Bonn 1971, 307 S.

Berlin. Chronik 1953—1955, in: Scholz, Arno, Zwischen Krieg und Frieden, Berlin 1956, S. 529—558.

Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschland, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1969.

DDR Handbuch, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln 1975, 992 S.

Faber, Dorothea, Einkommensstruktur und Lebenshaltung in der sowjet. Besatzungszone, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, 96 S.

Haas, Gerhard, Die rechtliche und soziale Lage der Arbeitnehmer in der sowjetischen Besatzungszone, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1959.

Kopp, Fritz/Fischbach, Günter, SBZ von 1945—1954, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1964, 361 S.

Sontheimer, Kurt/Bleck, Wilhelm, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1972, 259 S.

Tezcan, Güdemi, Das Neue Ökonomische System der DDR als Demokratisierung einer geplanten Wirtschaft und Gesellschaft oder Formwechsel der Herrschaft?, Berlin FU Diss. 1974.

Die Wahrheit über die Lebensbedingungen in der Sowjetzone, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1953, 32 S.

Wulffen, Christian, Mitteldeutsches Tagebuch 1952—1954, Esslingen 1955, 117 S.

III. Der 17. Juni 1953*1. Verzeichnis der Bücher*

Der Aufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der Sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1963.

Baring, Arnulf, Der 17. Juni 1953, Köln 1966.

Brant, Stefan, The East German Rising, 17th June 1953, New York 1957, 202 S.

Brant, Stefan, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung. Der 17. Juni 1953, o. O. 1954.

Berlin im Widerstand, hrsg. v. Hannes Schwenger, Berlin 1965, 134 S.

Deml, Manfred, 17. Juni, Bad Reichenhall 1963.

Denkschrift über den Juni-Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn Dok. 25, 45 S.

- Conze, Werner, Der 17. Juni, Frankfurt 1960, 61 S.
- Eppler, Erhard, Spannungsfelder, Stuttgart 1968, 284 S.
- Die Ereignisse um den 17. Juni und die welt-politische Lage. Sechs Artikel der „Prawda“. 25. 4. bis 10. 7. 1953, Ost-Berlin 1953, 63 S.
- Falk, Theodor, 17. Juni 1953, Bonn 1963.
- Fricke, Karl Wilhelm, Selbstbehauptung und Widerstand in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn 1964, 191 S.
- Giordano, Ralph, Die Partei hat immer recht, Köln 1961, 271 S.
- Hetmann, Frederik, Enteignete Jahre, München 1961, 191 S.
- Hildebrandt, Rainer, Was lehrte der 17. Juni? Eine Denkschrift, Berlin 1954, 18 S.
- Hildebrandt, Rainer, Als die Fesseln fielen... Neun Schicksale in einem Aufstand, Berlin 1956, 210 S.
- Jänicke, Martin, Krise und Entwicklung in der DDR — Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, in: Elsenhans, H./Jänicke, M. (Hrsg.), Innere Systemkrisen der Gegenwart, Hamburg 1975, S. 148—166.
- Jänicke, Martin, Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964, 267 S.
- Es geschah im Juni 1953. Fakten und Daten, Bonn/Berlin 1963, 47 S.
- Der 17. Juni. Der Tag der Volksbefreiung, Berlin 1953.
17. Juni 1953. 10 Jahre danach, Bonn 1963, 26 S.
17. Juni 1966. Feierstunde im Bundestag, Sonderdruck des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 81—82, Bonn 1966.
- Der 17. Juni. Die Volkserhebung in Ostberlin und in der Sowjetzone, hrsg. v. Arno Scholz u. a., Berlin 1953, 95 S.
- Der Juni-Aufstand. Ein Tatsachenbericht vom Volksaufstand in Ostberlin und in der Sowjetzone, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, o. O. u. J., 32 S.
- Leithäuser, Joachim, Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht, Berlin 1954.
- Müller, Arthur, Die Deutschen. Ihre Klassenkämpfe, Aufstände, Staatsstrieche und Revolutionen. Eine Chronik, München 1972, 411 S.
- Nationalfeiertage. Erinnerung oder Verpflichtung?, Troisdorf 1972, 59 S.
- Panzer am Potsdamerplatz, hrsg. v. Arno Scholz/Werner Nieke, Berlin 1954, 221 S.
- Paul, Wolfgang, Kampf um Berlin, München/Wien 1962, 357 S.
- Richert, Ernst, Macht ohne Mandat, Köln 1958, 161 S.
- Riess, Curt, Der 17. Juni, Berlin 1954, 260 S.
- Sarel, Benno, Arbeiter gegen den Kommunismus, München 1975, 238 S.
- Schulz, Klaus Peter, Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, Berlin 1962, 576 S.
- Stamm, Eugen, Juni 1953, Bonn/Berlin 1961, 47 S.
- Der Volksaufstand in der SBZ und Ostberlin, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953.
- Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, 88 S.
- Winkler, Erich, Warum 17. Juni? Voraussetzungen und Ursachen des 17. Juni, hrsg. im Auftrag des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des DGB, Berlin 1954, 99 S.

2. Zeitschriftenaufsätze

Ammer, Thomas/Bohm, Gunhild, Die Provokation des 17. Juni, in: Politische Studien, Jg. 26, 1975, H. 221, S. 275 ff.

Baring, Arnulf, Die Russen schossen in die Luft. Über den 17. Juni 1953, in: Der Spiegel 25, 1965, S. 78—88.

Barzel, Rainer, Der 17. Juni 1953 — Zehn Jahre danach, in: Deutsche Fragen, Jg. 9, 1963, H. 6, S. 101—102.

Brandt, Heinz, Zum Stellenwert des 17. Juni im Geschichtskalender, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn Jg. 18, 1971, S. 494—497.

Brondis, Udo, Zur Bewertung des Widerstandes in der BRD und der DDR. Ein Vergleich von Darstellungen in Geschichtsbüchern, in: Deutschland Archiv, Jg. 4, 1971, H. 7, S. 689—700.

Anleitung zur Erarbeitung einer Analyse über die Vorgänge am 17. Juni 1953, in: Hochschulinformation, 1953, Jg. 7, S. 8.

- Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht, in: Monat, Jg. 5, 1952/53, T. 2, S. 595—624, und Jg. 6, 1953/54, T. 1, S. 45—66.
- Contius, W. G., Der 17. Juni in der Sowjetzone, in: Osteuropa, Sonderdruck, Stuttgart 1953, S. 269—277.
- Dirksen, Herbert von, Die Auswirkungen der mitteldeutschen Erhebung vom 16. und 17. Juni, in: Schweizer Monatshefte, Jg. 33, 1953/54.
- Heimpel, Hermann, Gedanken zu einer Selbstbestimmung der Deutschen, in: Die Sammlung, Jg. 9, 1954, H. 9, 14 S.
- Hildebrandt, R., Fehler des 17. Juni, in: Colloquium, Jg. 8, Nr. 3, 1954
- Noch immer 200 Häftlinge aus dem Juni-Aufstand 1953, in: IWE (Informationsbüro West) Berlin, 10. 6. 1958.
- Beteiligter des 17. Juni vorläufig entlassen, in: IWE Berlin, 4. 6. 1956.
- Zur Lage in der SBZ. Einzelberichte über die Aufstände am 17. Juni, in: IWE Berlin, 23. 6. 1953.
17. Juni — Gefangene sollen entlassen werden, in: IWE Berlin, 1. 6. 1956.
- Zum 17. Juni. Der Volksaufstand und die SED, in: Information für die Truppe, 1967, H. 6, S. 378—384.
- Der 17. Juni, in: Sozialistische Hefte, Nr. 11, Juni 1956, 20 S.
17. Juni: Tag der deutschen Einheit. Durch Bundesgesetz zum gesetzlichen Feiertag erklärt?, in: Bulletin Nr. 82, vom 4. 5. 1954, S. 727.
- Zum 17. Juni. Erklärungen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, in: Bulletin Nr. 72, 1976, vom 19. Juni, S. 85—686.
- Kopp, Fritz, Die Tat des 17. Juni 1953, in: Unteilbares Deutschland, 1964, 3, S. 2—3.
- Kraft, K., Tag des Versagens oder Tag der Bewährung?, Ein offenes Wort zum 10. Jahrestag des 17. Juni 1953, in: Alte Kameraden, Jg. 11, 1963, Nr. 6, S. 3—4.
- Krater, D., Am 17. Juni vor zehn Jahren, in: Digest des Osten, Jg. 6, 1963, H. 6, S. 21—24.
- Latey, Maurice, Der 17. Juni 1953, in: Englische Rundschau, 18. 6. 1954, S. 1.
- Leithäuser, G., Der Aufstand im Juni. Ein dokum. Bericht, in: Der Monat, 5 (1952/53), H. 60/61.
- Lemma, Ernst, 17. Juni 1959. Zum Jahrestag der mitteldeutschen Volkserhebung. Die Bevölkerung der Sowjetzone will die Freiheit, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1959.
- Löwenthal, Richard, Der internationale Hintergrund des 17. Juni 1953, in: SBZ Archiv 1967, 11/12, S. 171—173.
- Mampel, S., Vom Besatzungsregime zur verdeckten Fremdherrschaft, in: Deutsche Fragen, Jg. 9, 1963, H. 10, S. 181—182.
- Reform des 17. Juni, in: Europa, Jg. 19, 1968, H. 6, S. 4—10.
- Herr Rosenberg und der 17. Juni. Den Tag der Einheit nicht einfach streichen, in: Mitteldeutsche Berichte 1968, 4, S. 5.
- Rosenthal, Walter, Gerechtigkeit. Gedanken zum 17. Juni, in: Deutsche Fragen 1961, 6, S. 103—104.
- Schenk, Fritz, Wie die Regierung den 17. Juni erlebte, in: SBZ Archiv 1962, 10, S. 150—153.
- Schierbaum, Hans Jürgen, Der 17. Juni 1953, in: Unteilbares Deutschland 1963, 4, S. 1—2.
- Scholmer, Joseph, Der 17. Juni 1953 im Zentralkomitee der SED, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B XXIV/56 v. 13. 6. 1956.
- Scholmer, Josef, Die Opposition in der Sowjetzone am 17. Juni 1953 und heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B XXIII/57 v. 12. 6. 1957.
- Verpflichtung für Deutschland. Staatsakt im Bundeshaus am 17. Juni 1963, Sonderdruck, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 104, 1963, 15 S.
- Wehner, Herbert, Zwanzig Jahre danach, in: Deutschland Archiv, Jg. 6, 1973, S. 561—563.
- Witsch, Joseph, Die unerwartete Revolution, in: SBZ Archiv, 1953, 12, S. 177—178.

3. Reden

- Delekat, Friedrich, Rede zum Gedächtnis der Toten des 20. Juli 1944 und des 17. Juni 1953 in der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz am 16. 6. 1954, in: Die Sammlung, Jg. 10, 1955, H. 1, S. 12—18.
- Franke, Egon, Bundestagsreden und aktuelle Beiträge zur Deutschlandpolitik, Bonn 1975, 286 S.

Grewe, Wilhelm, Der 17. Juni 1953, Bonn o. J.

Hassel, Kai-Uwe, Verantwortung für die Freiheit, Boppard am Rh. 1965, 426 S.

17. Juni. Reden zum Tag der Deutschen Einheit. Zusammengestellt von Herbert Hupka, hrsg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1964, 156 S.

Mann, Golo, Rede zum Gedenken des 20. Juli 1944 und des 17. Juni 1953, in: Reden zu akademischen und politischen Problemen der Gegenwart, Frankfurt/M. 1962, S. 9—23.

Ramm, Thilo, Tag der deutschen Einheit. Ansprache, Neuwied 1963, 46 S.

Stoltenberg, Gerhard, Die Einheit unserer Nation — Heute und morgen; und ebd., Erdmann, Karl, Die dialektische Einheit unserer Nation, in: Die Einheit unserer Nation. Ansprache zur Feierstunde der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung am 17. Juni 1973 in Lübeck, hrsg. v. Amt für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein, Kiel 1973, 23 S.

Thielicke, H., An die Deutschen. Rede am 17. Juni 1962, Tübingen 1962⁵, 22 S.

Ders., Die Chance der Freiheit nützen. Rede zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1962, Bundesdruck, 15 S.

IV. Dokumente und Materialien

Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht, Berlin 1954⁸, 55 S.

Die Bemühungen der Bundesregierung um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente

und Akten, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1958.

Dokumentationen über Deutschland. Auswahl amtlicher und von amtlicher Seite geförderter Publikationen, 2. neubearb. Aufl., bearb. von Inter Nationes, Bonn 1964, 198 S.

Dokumente des Unrechts 1952—1955, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1952—1955.

Juni-Aufstand. Dokumente und Berichte über den Volksaufstand in Ost-Berlin und in der Sowjetzone, 2. erw. Aufl., hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, 80 S.

Stellungnahmen des Auslandes zu der Volkerhebung in Ost-Berlin und Mitteldeutschland, zusammengest. v. Auswärtigen Amt, Bonn 1953, 50 S.

Widerstand gegen die Teilung. Eine Dokumentation, hrsg. v. Kuratorium Unteilbares Deutschland, Berlin/Bonn 1966, 129 S.

Woehl, Hans Joachim, Materialzusammenfassung über den Juni-Aufstand in der SBZ, Friesdorf o. J.

V. Zur Rezeption des 17. Juni in der Literatur

Grass, Günter, Die Plebejer proben den Aufstand, Neuwied/Berlin 1966, 107 S.

Ein Trauerspiel. Der 17. Juni des Günter Grass, in: Die politische Meinung 1966, 111, S. 8—9.

Heym, Stefan, 5 Tage im Juni, München 1974, 382 S.

Gerald K. Zschorsch: Nirgendwo zu Hause. Eine Jugend in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/78, S. 4—14

In diesen autobiographischen Aufzeichnungen soll ein Stück DDR-Vergangenheit aus dem Erleben eines zunächst um Verständnis bemühten, dann opponierenden Jugendlichen sichtbar gemacht werden. Die harten Reaktionen der Staatsmacht auf öffentlich vorgebrachte kritische Gedichte und Lieder des Verfassers werden von ihm mit dem ebenfalls öffentlich erhobenen Anspruch dieses Staates auf bestimmte Werte und Normen konfrontiert. Diese Reflexion selbst konnte jedoch nicht mehr öffentlich erfolgen, sondern nur noch in der Haft bzw. nach der Abschiebung außerhalb der Grenzen. Obwohl sich der Verfasser durchaus zu einigen zentralen Werten des Staates bekennt, wurde ihm eine Existenzmöglichkeit dort vorenthalten. Die aus der — durch den Staat erzwungenen — Loslösung erwachsenden Identifikations- und Orientierungsprobleme sind, darauf deuten zahlreiche Äußerungen zumal von Schriftstellern hin, symptomatisch für das gestörte Verhältnis zwischen der Staatsführung und einem Teil der kritischen Jugend.

Jörg Bernhard Bilke: Die verdrängte Wirklichkeit. DDR-Literatur unter Erich Honecker 1971—1978

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/78, S. 15—35

Da eine umfassende Darstellung der DDR-Literatur unter Erich Honecker noch aussteht, wird hier versucht, die wichtigsten Stationen in der literarischen Entwicklung der Jahre 1971 bis 1978 in ihrem Kontext mit der politischen Entwicklung verständlich zu machen. Nach den kulturpolitischen Lockerungsübungen, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Aufgabe des längst antiquierten „Bitterfeldes Weges“ 1973 und in der Veröffentlichung unter Walter Ulbricht verbotener Bücher 1973/74 fanden, wurde bald wieder die alte Restriktionspolitik fortgesetzt, da die Funktionärsbürokratie ihre Machtpositionen durch eine allzu kritische Literatur gefährdet glaubte. Statt Gesprächsbereitschaft zu zeigen, wie sie 1971 von Erich Honecker propagiert worden war, ging man seit 1973/74 gegen Schriftsteller und Intellektuelle zunehmend administrativ vor, was zu verstärkter Zensur, öffentlicher Beschimpfung, Veröffentlichungsverbot und Ausweisung führte. Mit der zum Standardwerk hochgelobten „Geschichte der Literatur der Deutschen Demokratischen Republik“ (1976) wurden offizielle Kriterien für die „sozialistische Nationalliteratur“ gesetzt.

Die Literatur freilich hatte die staatlich verordnete Literaturideologie längst überholt und die DDR-Wirklichkeit entdeckt. Nicht nur Volker Brauns „Unvollendete Geschichte“ (1975) bot Kritik aus sozialistischer Perspektive am selbstherrlichen Staatsapparat, auch die Arbeiten von Klaus Schlesinger und Reiner Kunze waren von Pessimismus, Trauer und Verzweiflung erfüllt. Seit 1975/76 war außerdem die Entstehung einer systemkritischen Untergrundliteratur (Thomas Brasch, Siegmund Faust, Jürgen Fuchs, Gerald Zschorsch) zu verzeichnen, die das Nachrichtenmonopol der Staatspresse durchbrach.

Seit der KSZE-Konferenz im Sommer 1975 begann sich die kritische Literatur auch teilweise mit der politischen Opposition (Rudolf Bahro) und der Bürgerrechtsbewegung zu verbinden, worauf der Staatsapparat mit Verhaftungen und Ausweisungen reagierte. Die autobiographischen Zeugnisse von Rolf Mainz, Nico Hübner, Helgard Krumm, die die ausweglose innenpolitische Situation am eigenen Fall darstellen, bieten ein wertvolles Hilfsmittel zum Verständnis des Verhältnisses von Staat und Literatur.

Die Unruhe in der Gesellschaft macht sich aber auch in den Veröffentlichungen nicht verbotener Autoren bemerkbar, zum Beispiel in den Romanen von Werner Heiduczek „Tod am Meer“ (1977) und von Jurek Becker „Schlaflose Tage“ (1978). Verantwortlich für diese Unruhe und Verzweiflung ist die pathogene Situation einer seit 17 Jahren anhaltenden „Mauererfahrung“ und die gespannte Beziehung zwischen Partei und Schriftstellern seit der Ausweisung Wolf Biermanns im Herbst 1976. Eine Reihe von Autoren, die man zur literarischen Opposition rechnen kann, veröffentlicht überwiegend in westdeutschen Verlagen und verständigt sich, der Meinungsfreiheit beraubt, durch „Offene Briefe“ in der Westpresse.

Karl Schmitt: Zur Wirksamkeit der politischen Erziehung in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/78, S. 36—50

Ausgehend von der Auffassung, daß sich auch im Sozialismus Klassenbewußtsein nicht spontan entwickelt, werden in der DDR beträchtliche Anstrengungen unternommen, die Jugend politisch-ideologisch zu erziehen. In der Schule ist das nicht allein Angelegenheit des Fachs Staatsbürgerkunde, sondern aller Unterrichtsfächer sowie einer Vielzahl außerunterrichtlicher Veranstaltungen. Ziel ist die Herausbildung einer „sozialistischen Persönlichkeit“, die sich vor allem durch einen „festen Klassenstandpunkt“ auszeichnet. Entsprechend steht die Vermittlung marxistisch-leninistischer „Grundüberzeugungen“ im Zentrum von Bildung und Erziehung überhaupt.

Trotz der gleichsinnigen Ausrichtung aller kontrollierbaren Erziehungsträger und trotz großen Aufwandes konnte die Zielsetzung bisher nur zum Teil erreicht werden. Zwar bekennt sich die Mehrzahl der Schüler verbal zu den angestrebten Überzeugungen. Es zeigt sich jedoch, daß bei vielen Jugendlichen zwischen den in Befragungen geäußerten politischen Einstellungen und dem tatsächlichen Verhalten bzw. den Verhaltensorientierungen wenig Zusammenhang besteht. Dem öffentlichen Bereich, in dem Politik als Ritual behandelt und erfahren wird, steht der private Bereich gegenüber, den man gegen Erwartungen von außen abzuschirmen versucht. Das äußert sich im Freizeitverhalten, in der Lernmotivation, bei der Berufswahl und bei der Einstellung gegenüber der vormilitärischen und militärischen Ausbildung.

Die Ursachen für das beträchtliche Zurückbleiben der Erziehungsergebnisse hinter den angestrebten Zielsetzungen liegen zunächst im Verfahren des Unterrichts selbst. Die Vermittlung einer dogmatisierten Ideologie zwingt zu Unterrichtsmethoden, die der Auseinandersetzung der Schüler weder mit den Lehrsätzen noch mit der gesellschaftlichen Realität einen Spielraum lassen. Das Ergebnis ist eher Abneigung gegen die Ideologie als eine Beziehung selbständig erworbener Einsichten zu konkretem Handeln. Eine weitere Ursache für die Diskrepanz zwischen Zielsetzung und Zielverwirklichung liegt in der Art der Zielsetzung selbst. Der Vorstellung, daß es sowohl notwendig als auch möglich ist, *alle* Gesellschaftsmitglieder nicht nur mit einer umfassenden und geschlossenen Weltanschauung auszustatten, sondern diese auch als primäre Richtschnur für das Handeln in *allen* Lebensbereichen verbindlich zu machen, widersprechen zentrale Strukturmerkmale moderner Industriegesellschaften, die auch in der DDR nicht aufhebbar sind.

Heinz Theisen: Bibliographie zu den Ereignissen des 17. Juni 1953

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/78, S. 51—54